

Aus Natur und Geisteswelt
Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen

57. Band

**Die Entwicklung
des deutschen Wirtschaftslebens
im letzten Jahrhundert**

Fünf Vorträge von

Prof. Dr. Ludwig Pohle

Fünfte Auflage

27.—32. Tausend



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1923

Aus Natur und Geisteswelt
Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen

57. Band

**Die Entwicklung
des deutschen Wirtschaftslebens
im letzten Jahrhundert**

Fünf Vorträge von

Prof. Dr. Ludwig Pohle

Fünfte Auflage

27.—32. Tausend



Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1923

ISBN 978-3-663-15545-4 ISBN 978-3-663-16117-2 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-663-16117-2

**Schutzformel für die Vereinigten Staaten von Amerika:
Copyright 1923 by Springer Fachmedien Wiesbaden**

Ursprünglich erschienen bei B. G. Teubner in Leipzig 1923.

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten

Vorwort zur fünften Auflage.

Das „letzte“ Jahrhundert der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens, das in diesem Bändchen darzustellen versucht wird, hatte bisher zwar einen bestimmten Anfang — den Zusammenbruch des alten Deutschen Reichs —, nicht aber auch ein bestimmtes Ende; das Ende verlief vielmehr ins Ungewisse. Jetzt hat der unglückliche Ausgang des Weltkrieges ihm auch einen bestimmten Abschluß gegeben. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Zeitraum, der von 1803 bis zum Zusammenbruch der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Stellung, die sich das neue Deutsche Reich errungen hatte, im Jahre 1918 reicht, ein nunmehr abgeschlossenes Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte darstellt, und zwar ein Kapitel, das wohl, wenn nicht noch eine ganz unvorhergesehene Wendung unseres Schicksals eintritt, auf lange hinaus das glänzendste Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte bleiben wird. Abgesehen von einem kurzen Ausblick in die jetzt so dunkel vor uns liegende wirtschaftliche Zukunft Deutschlands in den Schlußbetrachtungen bricht die Darstellung daher auf allen Gebieten mit dem Ende des Weltkrieges ab.

Dem dringenden Wunsch der Verlagsbandlung entsprechend sind erhebliche Kürzungen vorgenommen, insbesondere sind die statistischen Tabellen, die seit der zweiten Auflage dem Werkchen beigegeben waren, zum größten Teil wieder weggelassen worden.

Aus dem gleichen Grunde ist, wie schon in der letzten Auflage, der Literaturnachweis weggelassen, der sonst im Vorwort gegeben wurde. Leser, welche die in Betracht kommende Literatur kennen zu lernen wünschen, müssen sich also schon die Mühe machen, das Vorwort zur dritten Auflage nachzusehen.

Leipzig, im September 1922.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erster Vortrag: Der allgemeine Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert, insbesondere der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat	5
Zweiter Vortrag: Die Umgestaltung der Landwirtschaft unter dem Einfluß der Agrarreformen und dem Drucke der zunehmenden Bevölkerung	33
Dritter Vortrag: Die Lage von Handwerk und Hausindustrie . .	59
Vierter Vortrag: Die Entwicklung der Großindustrie, die industrielle Kartellbewegung und die Entstehung der gewerblichen Arbeiterfrage	79
Fünfter Vortrag: Die Umgestaltung des Verkehrswezens und die Wandlungen im Handel	111
Schlußwort: Die Lage der deutschen Volkswirtschaft nach dem Weltkrieg.	136

Erster Vortrag.

Der allgemeine Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert, insbesondere der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat.

Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes hat wiederholt schon, seitdem Cäsar und Tacitus uns zum ersten Male die Wirtschaftsweise unserer Vorfahren beschrieben haben, gewaltige Veränderungen in kurzer Zeit erfahren. Man braucht nur etwa an das Aufblühen der deutschen Städte und ihres Gewerbefleißes in der zweiten Hälfte des Mittelalters oder an den wirtschaftlichen Verfall Deutschlands in und nach dem Dreißigjährigen Kriege zu denken. Allein eine so vollständige Umwälzung aller überkommenen Wirtschaftsverhältnisse, ein so gewaltiges und allgemeines Niederreißen und Neuaufbauen auf wirtschaftlichem Gebiete, wie das letzte Jahrhundert es uns gebracht hat, hat sich in der ganzen deutschen Wirtschafts-geschichte noch nie in einer so kurzen Zeitspanne abgepielt. Im letzten Jahrhundert vollzog sich der Übergang Deutschlands zu einer ganz neuen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, es ist das Zeitalter der Entstehung der modernen Volkswirtschaft in Deutschland.

Zunächst erhebt sich da die Frage: wann hat eigentlich die Periode der Neubildungen, Umwälzungen und Verschiebungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens begonnen, aus der die deutsche Volkswirtschaft in der Gestalt hervorgegangen ist, in welcher der Ausbruch des Weltkrieges sie fand? Mit welchem Jahre fängt das „letzte“ Jahrhundert an, dessen Wirtschaftsentwicklung hier in einem raschen Überblick an uns vorüberziehen soll, und in welche Unterabschnitte gliedert sich wieder der Gesamtzeitraum? Die Perioden der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung fallen ja nur ausnahmsweise mit den Kalenderjahrhunderten zusammen. Überhaupt hat alles Periodisieren der Geschichte etwas Willkürliches. Die Geschichte ist ein zusammenhängender Prozeß, der nur künstlich in

scheinbar voneinander getrennte Abschnitte zerlegt werden kann. Wenn wir aber doch, den Bedürfnissen unseres Denkens nachgebend, solche Abschnitte unterscheiden, dann müssen wir die darin liegende Willkür wenigstens auf ein Mindestmaß beschränken. Wir müssen verfahren wie der Anatom, der, wenn er einen Körper zerlegt, mit seinen Schnitten die Gelenke zu treffen sucht.

Wenn wir in diesem Sinne nach einem bestimmten Anfange des letzten großen Abschnittes der deutschen Wirtschaftsgeschichte suchen, des Abschnittes, der als die Periode der Entstehung der modernen Volkswirtschaft in Deutschland zu charakterisieren ist, so kann es für den, der die politische Geschichte kennt, im Grunde keinen Zweifel geben, welche Zeit als Ausgangspunkt zu wählen ist. Die Jahre, die den Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches in politischer Beziehung bedeuten, stellen zugleich den Anfang vom Ende der Wirtschaftsweise und der Wirtschaftsordnung dar, die bis dahin in Deutschland geherrscht hatten. Als an der Jahrhundertwende unter den wuchtigen Schlägen Napoleons das alte Reich zertrümmert und ein großer Teil der Duodezstaaten, aus denen es bestanden hatte, durch den Reichsdeputationshauptschluß endgültig von der Karte Deutschlands gestrichen wurde, und als dann 1806 bei Jena auch das alte Preußen dem Ansturm des korsischen Imperators erlag, da war zugleich der Untergang des noch mehr als halb mittelalterlichen Wirtschaftssystems besiegelt, das bis dahin die wirtschaftlichen Kräfte der Nation an ihrer freien Entfaltung gehindert hatte. Und die politischen Veränderungen der Napoleonischen Zeit haben zum großen Teil auch die Grundlagen geliefert, auf denen später der Neubau einer einheitlichen und modern eingerichteten deutschen Volkswirtschaft sich erheben konnte. Niemand vielleicht hat ja neben Bismarck, so paradox das zunächst auch klingen mag, so viel geleistet für die politische und wirtschaftliche Einigung Deutschlands wie Napoleon I.

Nehmen wir die Zeit zwischen 1803 und 1806 als den Beginn der Periode, in der die Umwandlung des deutschen Wirtschaftslebens zu seinen modernen, den „hochkapitalistischen“ Formen, wie man sie gewöhnlich nennt, sich vollzogen hat, so ist es dann nicht schwer, den Gesamtverlauf der deutschen Wirtschaftsgeschichte im letzten Jahrhundert in einige leicht und zwanglos voneinander abzugrenzende Abschnitte zu zerlegen. Und zwar zerfällt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesem Zeitraume in drei deutlich von-

einander sich abhebende Perioden, deren jede ihren besonderen Beitrag zur Entstehung einer neuen wirtschaftlichen Welt in Deutschland geleistet hat. Der erste Abschnitt reicht von 1806 bis zur Gründung des deutschen Zollvereins im Jahre 1834, der zweite umfaßt die Zeit vom Inkrafttreten des Zollvereins bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs, wobei das Jahr 1848 wieder einen Unterschnitt bildet, die Jahre nach 1871 endlich bis zum Ausbruch des Weltkriegs bilden den dritten Abschnitt, denn die Gründung des neuen Reichs bedeutet nicht nur in der politischen, sondern auch in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands den Beginn einer neuen Periode.

Obwohl die erste dieser drei Perioden in die Zeit fällt, die in politischer Beziehung zur neuen und teilweise sogar zur neuesten Zeit gerechnet wird, so gehört sie in wirtschaftlicher Hinsicht doch mehr noch zum Mittelalter als zur Neuzeit. Von einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft kann beim Eintritt Deutschlands in das 19. Jahrhundert nicht die Rede sein. Deutschland setzte sich damals aus einer ganzen Reihe kleiner Volkswirtschaften zusammen, die, durch Zollschranken mehr oder weniger streng voneinander abgeschlossen, nach dem treffenden Vergleich von Friedrich List das Bild eines lebendigen Organismus boten, dessen Glieder durch Bänder voneinander abgeknüpft sind, so daß eine freie Blutzirkulation zwischen ihnen nicht stattfinden kann. Nicht einmal innerhalb der einzelnen Staaten herrschte freier wirtschaftlicher Verkehr. In Preußen bestanden bis zur Zolltarifreform von 1818, die mehr eine Revolution als eine Reform war, mehr als 60, zum Teil grundverschiedene Zolltarife und natürlich auch ebenjoviel Zollgrenzen. In den ostelbischen Provinzen waren die Städte meist von dem platten Lande durch Zollschranken getrennt, und nur mit Begleitscheinen der Akziseämter und unter beständiger Aufsicht von Steuerbeamten konnte bei vielen Waren der Transport von einer Stadt zur anderen vorgenommen werden. Diese Zustände, die uns heute durchaus unerträglich erscheinen würden, waren damals nur dadurch möglich, daß sich das deutsche Wirtschaftsleben zum ganz überwiegenden Teile noch auf der Entwicklungsstufe der mittelalterlichen Stadtwirtschaft befand, neben der auf dem platten Lande in großem Umfange auch noch die hauswirtschaftliche Eigenproduktion herrschte. In beiden Fällen handelte es sich um einen örtlich gebundenen Verkehr, um eine Produktion für den am Orte selbst vorhandenen Bedarf, und zwar viel-

fach um eine Produktion auf Bestellung. Die interterritoriale und die internationale Arbeitsteilung spielten dagegen eine verhältnismäßig noch unbedeutende Rolle.

Das von der hauswirtschaftlichen Eigenproduktion Gesagte wird verständlich, wenn man bedenkt, ein wie großer Teil der Bevölkerung damals noch der Landwirtschaft angehörte. In Preußen entfielen 1804 über 73 Prozent der Gesamtbevölkerung von rund 10 Millionen auf das platte Land und nicht ganz 27 Prozent auf die Städte. Die ländliche Bevölkerung jener Zeit kann ohne weiteres bis auf einen geringen Rest der Landwirtschaft zugerechnet werden. War doch die Niederlassung von Handwerkern auf dem Lande zu Anfang des Jahrhunderts vielfach noch direkt verboten oder wenigstens an erschwere Bedingungen geknüpft, aber auch in den Städten nährte sich ein sehr beträchtlicher Teil der Einwohner von Ackerbau und Viehzucht. Der bekannte Statistiker Dieterici nimmt in seinen Untersuchungen über den Volkswohlstand im preussischen Staate an, daß häufig mehr als die Hälfte der städtischen Bevölkerung als Ackerbürger gelebt habe, und daß daher zu Beginn des Jahrhunderts vielleicht mehr als 80 Prozent der Gesamteinwohnerzahl der preussischen Monarchie mit dem Landbau beschäftigt gewesen seien. Diese Tatsache verliert das Auffallende, das sie zunächst für uns hat, wenn wir uns den Charakter der damaligen preussischen „Städte“ etwas näher vergegenwärtigen. Von den mehr als 1000 Orten mit Stadterecht, die es um das Jahr 1800 in Preußen gab, hatten, abgesehen von dem damals vorübergehend zu Preußen gehörigen Warschau, nur 17 mehr als 10 000 Einwohner. Preußen hatte am Anfang des Jahrhunderts weniger Städte mit über 10 000 Einwohnern, als es am Schluß solche mit mehr als 100 000 Seelen zählte! Von den übrigen preussischen Städten hatten im Jahre 1800: 102 zwischen 3000 und 10 000, 502 zwischen 1000 und 3000 und der ganze Rest hatte weniger als 1000 Einwohner. Die ganz überwiegende Mehrzahl der preussischen Städte stellen sich uns also als kleine und kleinste Landstädte dar.

Die städtischen Ackerbürger unterschieden sich in ihrer Wirtschaftsführung nicht allzu sehr von den Bewohnern des platten Landes. Beide vermieden es nach Möglichkeit, die Dienste selbständiger Gewerbetreibender in Anspruch zu nehmen, abgesehen etwa von denen des Schmieds und des Stellmachers. Die Bauern jener Zeit waren

in großem Umfange noch ihre eigenen Schlächter, Bäcker, Maurer, Zimmerleute, Schreiner, Spinner, Weber, Walker, Färber, Schneider, auch Seifensieder und Bierbrauer. Vor allem wichtig ist die Tatsache, daß die ländliche Bevölkerung ihren Bedarf an Textilprodukten in der Hauptsache noch durch eigene Produktion deckte. Der selbstgewonnene Flachsz, dessen Anbau soviel Abwechslung in das landschaftliche Bild brachte und es belebte, und die selbstgezogene Schafwolle wurde in der Regel im Bauernhause selbst zu Wäsche und Kleidern weiter verarbeitet; nur ausnahmsweise zog man für einzelne Arbeitsverrichtungen fremde, besonders dazu vorgebildete Arbeitskräfte heran. Das Spinnen wurde ganz überwiegend von dem weiblichen Teile der Bevölkerung, teils zu Hause, teils bei geselliger Unterhaltung in den Spinnstuben besorgt. Auch das Weben war noch vielfach Sache des Hauses. Noch nach der Mitte des Jahrhunderts kamen in der Provinz Preußen nach Schmoller auf 765 gewerbmäßige Leinenwebstühle fast 115 000, die in den Bauernhäusern standen und dort wesentlich für den eigenen Bedarf der ländlichen Bevölkerung benutzt wurden. Auch das Walken und das Färben der Stoffe nahm die ländliche Bevölkerung selbst vor, wie sie auch ein Hauptfärbemittel der früheren Zeit, den Krapp, manchmal in der eigenen Wirtschaft baute.

Was von den häuerlichen Wirtschaften gilt, das trifft auch bei den landwirtschaftlichen Großbetrieben, insbesondere den Rittergütern des Ostens zu. Auch bei den großen Gutsherrschaften, die von der Agrarverfassung des ostelbischen Deutschlands einen so wichtigen Bestandteil ausmachen, sehen wir deutlich das Bestreben, einen möglichst großen Teil dessen, was für den Bedarf des Guts und seiner Angehörigen gebraucht wird, in der Gutswirtschaft selbst zu erzeugen. Soweit die Geschicklichkeit der gewöhnlichen Landarbeiter zur Verrichtung gewisser Arbeiten nicht ausreicht, werden Handwerker, die in einem festen Kontraktverhältnis zur Gutsherrschaft stehen, ständig auf dem Gutshofe angestellt.

Und von den ländlichen Verhältnissen unterscheiden sich die Zustände in der Stadt nur dem Grad, nicht der Art nach. Allerdings waren die Städte Sitze zahlreicher selbständiger Gewerbetreibender, und die Selbstgenügsamkeit der Hauswirtschaft war in den Städten nicht mehr in dem Maße vorhanden wie auf dem Lande; allein die Trennung von Konsumtions- und Produktionswirtschaft hatte doch

auch in den Städten noch längst nicht den Grad erreicht wie gegenwärtig. Und wenn in der Stadt viele wirtschaftliche Bedürfnisse schon nicht mehr in der eigenen Wirtschaft und mit den eigenen Arbeitskräften befriedigt werden konnten, so suchte man wenigstens immer noch soweit als irgend möglich unabhängig von fremder Hilfe zu bleiben. Man kauft daher, soweit es geht, nicht fertige Produkte von den Gewerbetreibenden, sondern liefert ihnen die Rohmaterialien und bezahlt sie für ihre Arbeit. Der Schneider, der Bäcker, der Sattler und Tapezierer, der Schuhmacher, der Weber und mancher andere besonders häufig gebrauchte Gewerbetreibende, vor allem die Bauhandwerker, sie alle waren für große Teile ihrer Kundschaft nur Lohnwerker und zwar vielfach in der Form von Störarbeitern, die ihr Gewerbe nicht in eigenen Werkstätten, sondern in den Häusern der Kunden ausübten. Manche Handwerker wurden für ihre Dienstleistungen gleich durch eine jährliche Pauschalsumme entschädigt, so wie heute in einzelnen Familien noch der Hausarzt honoriert wird. Für eigene Rechnung arbeiteten die Handwerker jener Zeit oft nur zum kleinen Teil, vielleicht sogar zu einem geringeren Teil, als dies im 15. und 16. Jahrhundert, zur Zeit der höchsten Blüte des deutschen Kunsthandwerks, der Fall gewesen war. Die materielle Lage der Handwerker der guten alten Zeit dürfen wir uns daher nicht gerade glänzend vorstellen. Sie lebten meist in recht bescheidenen, um nicht zu fagen in dürftigen Verhältnissen.

Wie das deutsche Wirtschaftsleben zu Anfang des letzten Jahrhunderts in bezug auf die Entwicklung der Produktionstechnik, der Betriebsformen und des Verkehrs in der Hauptsache noch halb mittelalterliche Verhältnisse zeigt, so trägt erst recht die Wirtschaftsverfassung, die Rechtsordnung des Wirtschaftslebens in wichtigen Punkten noch einen durchaus mittelalterlichen Charakter. Die Wirtschaftsverfassung Deutschlands in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch zwei Institute, die ihrem Ursprung und ihrem Wesen nach der ständisch gegliederten Gesellschaft des Mittelalters angehören, nämlich durch die Zunftverfassung auf gewerblichem und durch die Erbuntertänigkeit auf landwirtschaftlichem Gebiete.

Die Zunftverfassung der städtischen Gewerbe war allerdings durch die Gesetzgebung der Territorialstaaten des 17. und 18. Jahrhunderts schon in vielen Punkten durchbrochen und von einigen der schlimmsten Mißbräuche gesäubert worden, aber im Prinzip hielt

man auch im 19. Jahrhundert zunächst noch überall in Deutschland am Zunftzwang fest. Man hatte noch nicht den Mut, sich grundsätzlich auf den Boden der Gewerbefreiheit zu stellen. Wie schwerfällig und engherzig der Geist war, der trotz aller Reformversuche zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch in den deutschen Zünften herrschte, davon hat Max Eyth in seinem „Schneider von Ulm“ eine sehr anschauliche Schilderung gegeben.

Die Erbuntertänigkeit aber, die von besonderer Bedeutung für den deutschen Osten, das Gebiet des landwirtschaftlichen Großbetriebs war, hatte ihre Ausbildung und ihre gesetzliche Festlegung überhaupt erst in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit erfahren. Nur deutschen Osten lebte die große Menge der Bauern als Erbuntertanen der Rittergutsbesitzer in gutsherrlichen Dörfern. Die Erbuntertänigkeit war ein erblicher Stand gleich dem Bürger- und dem Adelsstand und brachte eine ganze Reihe von Pflichten gegen die gnädige Herrschaft mit sich. Die Erbuntertanen dürfen von dem Gut ohne Erlaubnis der Herrschaft nicht wegziehen. Entwichene Untertanen können samt den auswärtsgelobenen Kindern zur Rückkehr gezwungen werden. Zur Heirat bedürfen die Untertanen der Genehmigung der Herrschaft, die aus verschiedenen Gründen versagt werden kann. Ihre Kinder dürfen ohne ausdrückliche Erlaubnis der Gutsherrschaft weder studieren noch ein bürgerliches Gewerbe ergreifen. Sobald sie herangewachsen sind, haben sie sich der Herrschaft vorzustellen, damit diese die ihr tauglich erscheinenden zu Zwangsgesindediensten verwenden kann, für die nur eine kärgliche Entlohnung gewährt wird. Die Herrschaft besitzt das Recht zu mäßigen körperlichen Züchtigungen des Gesindes, und zu den mäßigen Züchtigungen wird auch der Gebrauch einer ledernen Peitsche sowie die Anwendung des Halzeisens für das weibliche und das Einsetzen in den Stock für das männliche Gesinde gerechnet. Dazu kommen, zwar nicht als Ausfluß der Erbuntertänigkeit, sondern als Gegenleistung für den meist unerblichen Landbesitz, den der Gutsherr dem erbuntertänigen Bauern eingeräumt hat, die Fronen, die der Bauer in Gestalt von Hand- und Spanndiensten in der Gutsherrschaft zu leisten hat. Da der Bauer aber dem Gute von Geburt zugehört und die Übernahme des Bauernhofes nicht verweigern darf, so kann er sich der Verpflichtung zur Leistung der Fronendienste, wenn sie auch nur auf seinem Besitz, nicht auf seiner Person lastet, auf keine Weise entziehen.

Erbuntertänigkeit und Zunftverfassung sind die beiden Einrichtungen, von denen sich Deutschland sehr früh, noch in der ersten der drei von uns unterschiedenen Perioden befreit hat. Schon im 18. Jahrhundert war man sich in aufgeklärten Kreisen über die Unhaltbarkeit des Institutes der Erbuntertänigkeit oder Leibeigenschaft, des Rechts, Unrecht zu tun, wie es der Königsberger Nationalökonom Kraus bezeichnete, einig. Und in einzelnen Teilen Deutschlands ist die sogenannte Leibeigenschaft der Bauern auch schon Ende des 18. Jahrhunderts aufgehoben worden. Markgraf Karl Friedrich von Baden war der erste deutsche Fürst, der 1783 diese Reform in seinen Landen durchführte, nachdem Kaiser Joseph II. in Oesterreich damit schon zwei Jahre früher vorangegangen war. Im Jahre 1797 folgte Schleswig-Holstein diesem Beispiele. In Preußen dagegen bedurfte es erst der politischen Ereignisse des Jahres 1806, bis man sich nach manchen vergeblichen Anläufen wirklich dazu entschloß, sich, wie es in einer Denkschrift des Ministers Hardenberg von 1807 heißt, „mit Aufrechterhaltung von Moralität und Religion die Ziele der Revolution anzueignen, demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung zu verwirklichen“.

So radikal und umfassend, wie man in Frankreich in der berühmten Nacht des 4. August 1789 vorgegangen war, war das preußische Vorgehen jedoch nicht. Das vom Freiherrn v. Stein unterzeichnete, aber schon vor seinem Eintritt in die Regierung vorbereitete Edikt vom 9. Oktober 1807 verkündete zunächst nur, daß alle Bauern spätestens vom Martinitage 1810 ab persönlich frei und aus der Erbuntertänigkeit entlassen sein sollen. Die Frondienste dagegen und der unerblitterliche Besitz der meisten Bauern, der ihnen keine freie Verfügung über ihre Höfe gestattete, blieben vorläufig noch bestehen. Erst ein Edikt von 1811 ordnete auch die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, d. h. die Beseitigung der Frondienste und die Umwandlung der leiblichen Besitzrechte der Bauern in volles Privateigentum an. Und zur tatsächlichen Regulierung ist es meist erst auf Grund der den Bauern weniger günstigen Deklaration von 1816 gekommen. Immerhin sind durch die Deklaration von 1816 wenigstens die größeren spannsfähigen leiblichen Bauern freie Eigentümer ihrer Höfe geworden. Dafür mußten sie freilich einen großen Teil ihres Landes, ein Drittel bis zur Hälfte, an die Gutsherren abtreten. Den Abschluß der großen preußischen Agrarreformen der ersten Hälfte des

19. Jahrhunderts bildete dann die Gemeinheitssteilungsordnung von 1821. Durch sie kamen auch den Bauerngütern die wirtschaftlichen Vorteile zugute, welche die großen Rittergüter schon unter Friedrich dem Großen erlangt hatten, der sie durch das Separationsverfahren aus der Gemengelage mit den bäuerlichen Hufen befreit und ihnen für ihren Anteil am Gemeindelände Landabfindung gewährt hatte. Die wichtigste Wirkung der Gesamtheit dieser agrarischen Reformen bestand in dem erst durch sie ermöglichten Übergang zu intensiveren, den Rohertrag von der gleichen Bodenfläche steigenden Landwirtschaftssystemen. Und dadurch wiederum wurden die bis dahin meist noch sehr dünn besiedelten Gebiete des deutschen Ostens in den Stand gesetzt, Raum und Nahrung für eine viel größere Bevölkerung zu bieten als sie bisher ernähren konnten. Natürlich hat sich dieser Prozeß aber erst allmählich im Laufe der nächsten Jahrzehnte vollzogen.

Wie für den wichtigsten Teil der Agrarreform zweifellos das französische Beispiel maßgebend gewesen ist, so ist auch der Anstoß zum Übergang zur Gewerbefreiheit aus Frankreich gekommen. Als einzelne Teile Deutschlands zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter französische Oberherrschaft gerieten, da wurde in ihnen sofort auch der in Frankreich schon 1791 gesetzlich anerkannte Grundsatz der Gewerbefreiheit eingeführt, und damit fiel die Einrichtung des Befähigungsnachweises, die den Mittelpunkt der alten Zunftverfassung gebildet hatte. Preußen schloß sich diesem Vorgehen durch Gesetze von 1810 und 1811 an, und seinem Beispiele folgten einige kleinere Staaten wie Nassau und Weimar nach, während andere allerdings noch längere Zeit an Zunftzwang und Befähigungsnachweis festhielten.

Durch die Gesamtheit der erwähnten und noch manche anderen Reformen, wie die Aufhebung des Mühlenzwanges und anderer Banngerechtigkeiten, war der Grundstein zu einem Neubau der deutschen Volkswirtschaft gelegt. Zur wirklichen Ausführung des neuen Gebäudes ist es jedoch in der Hauptsache erst in der zweiten Periode gekommen. Die Einführung der wirtschaftlichen Freiheitsrechte, die Beseitigung der Gebundenheit der Person und des Eigentums genügten noch nicht, um die moderne Technik und die neuen großgewerblichen Betriebsformen, die in England schon in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts das Wirtschaftsleben revolutioniert

hatten, ihren Einzug in Deutschland halten zu lassen. Dazu bedurfte es vor allem noch der Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes und einer Umgestaltung des Verkehrswezens. Auch hatte Deutschland, das durch die Napoleonischen Kriege gänzlich erschöpft und ausgezogen war, erst eine kleine Erholungszeit nötig, ehe es den gewaltigen Kapitalerfordernissen der neuen Technik genügen konnte. In der Mitte der 30er Jahre waren diese Voraussetzungen erfüllt. Nachdem Preußen schon durch die Tarifreform von 1818 die Binnenzölle zwischen den einzelnen Teilen der Monarchie beseitigt hatte, wurde durch die Zollvereinsverträge von 1833 der größte Teil Deutschlands, 18 Staaten mit einem Gebiet von über 7700 Quadratmeilen und rund 23 Millionen Einwohnern, zu einem einheitlichen Zoll- und Handelsgebiet zusammengeschweißt. Fast bei jeder Verlängerung konnte der Zollverein dann seine Grenzen erweitern.

Ein bedeutsamer Zufall fügte es, daß das Jahr, das dem Inkrafttreten der Zollvereinsverträge folgte, den Beginn des Eisenbahnbaues in Deutschland bedeutete. Im Jahre 1835 gelang es Friedrich List, das Aktientkapital für die Linie Leipzig-Dresden zusammenzubringen, und noch im selben Jahre konnte die erste deutsche Lokomotiv-Eisenbahn Nürnberg-Fürth, die freilich nur eine Länge von 6 km hatte, eröffnet werden. Dann machte der Eisenbahnbau schnell gewaltige Fortschritte. 1845 betrug die Bahnlänge schon über 2300, 1850 über 6000 km. Und waren bis zur Mitte des Jahrhunderts meist nur einzelne Linien gebaut worden, die noch der rechten Verbindung untereinander ermangelten, so kann man am Ende der Periode, mit der wir uns jetzt beschäftigen, bereits von einem systematisch ausgebauten Eisenbahnnetz von nahe an 20 000 km Länge in Deutschland sprechen. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges hat sich dieses dann auf rund 64 000 km vergrößert, so daß Deutschland von allen europäischen Ländern das größte Eisenbahnnetz besitzt und auch Rußland auf diesem Gebiete noch hinter sich läßt.

Schon vor dem Beginn des Eisenbahnbaues war die Dampfschiffahrt auf den größten Strömen Deutschlands eingeführt worden. Auf der Weser begann man damit 1817, auf Rhein und Elbe ein Jahr später, 1830 folgte die Donau. Die stärkere Benutzung der Dampfschiffahrt setzte aber doch erst in den 30er und 40er Jahren ein.

Mit der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit und der Umgestaltung des Verkehrswezens waren die beiden Hauptbedingungen für die

Entstehung einer modernen Großindustrie sowie auch einer stärkeren interterritorialen Arbeitsteilung gegeben. Nun erst wurde das ganze Deutschland eine große Volkswirtschaft. Wilhelm Raabe sagt im Hinblick hierauf einmal treffend: „Das Deutsche Reich ist mit der ersten Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth gegründet worden.“ Denn nun rückten die einzelnen Landesteile einander näher, ihr Zusammenhang wurde enger, ihre Verflechtung miteinander immer inniger. Die Preisbildung im ganzen Zollvereinsgebiete wurde auf einheitliche Grundlagen gestellt. So große Preisunterschiede, wie sie noch in der ersten Periode zwischen dem Westen und dem Osten vorgekommen waren, konnten nach der Gründung des Zollvereins und dem Ausbau der Haupteisenbahnlinien nicht mehr bestehen. Im Jahre 1817 z. B. hatte nach den Untersuchungen des Statistikers Engel in der Rheinprovinz der Scheffel Weizen $166\frac{1}{4}$ und der Scheffel Roggen $132\frac{1}{2}$ Silbergroschen im Durchschnitt gekostet, während gleichzeitig in Posen der Weizenpreis nur $96\frac{5}{6}$ und der Roggenpreis nur $56\frac{5}{6}$ Silbergroschen betrug, also Differenzen von $69\frac{1}{2}$ bzw. $75\frac{2}{3}$ Silbergroschen. Im Jahre 1855 dagegen, ebenfalls einem Teuerungsjahr, belief sich der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Jahresdurchschnittspreis in den preussischen Provinzen nur noch auf 17 Groschen beim Weizen und auf 23 beim Roggen. Es hatte sich also ein Ausgleich vollzogen um 75 Prozent der früheren Preise. In ähnlicher Weise ist auch auf allen übrigen Gebieten seit 1834 eine Annäherung und Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Teilen Deutschlands eingetreten. Zugleich aber differenzierten sich die einzelnen Landesteile mehr und mehr in bezug auf die in ihnen betriebenen Produktionszweige. Früher waren eigentlich in jeder Stadt fast alle Gewerbe vertreten gewesen, und der Bedarf des städtischen Wirtschaftsbezirks war der Hauptsache nach durch die einheimische Produktion gedeckt worden. Nunmehr verschwinden einzelne Gewerbe aus vielen Städten fast ganz, während andere sich dafür hypertrophisch entwickeln. Jede Industrie sucht sich da zu konzentrieren, wo sie die günstigsten natürlichen und sozialen Produktionsbedingungen findet. Dieser Vorgang läßt sich z. B. bei der Textil- und ebenso bei der Lederindustrie deutlich verfolgen. Sie sterben vielfach als Lokalgewerbe aus, um dafür bestimmte Plätze fast ausschließlich zu besetzen.

Im Zusammenhang hiermit beginnt in Deutschland dieselbe Entwicklung, die in England und anderen Staaten schon mehr als ein Menschenalter früher eingesetzt hatte, zu der sich aber in Deutschland bis zur Gründung des Zollvereins, abgesehen von dem vorübergehenden Aufschwung einiger Industriezweige, wie namentlich der Baumwollspinnerei unter der Kontinentalsperre, nur erst schwache und dürftige Ansätze gezeigt hatten. Schon bald nach der Gründung des Zollvereins beginnt die moderne Technik in raschem Siegeslauf die deutsche Industrie umzugestalten. Dieses Werk gelingt ihr um so leichter, seitdem der Deutsche Zollverein in den 40er Jahren, namentlich infolge der unermüdlischen Agitation von Friedrich List, die mehr freihändlerische Handelspolitik, die er zunächst von Preußen übernommen hatte, im schutzzöllnerischen Sinne revidiert und der deutschen Industrie dadurch einen vor der englischen Konkurrenz besser geschützten Markt verschafft. Die großen Industriezentren, die wir heute in Rheinland und Westfalen, ferner in Sachsen, Schlesien und anderwärts besitzen, sie alle fast verdanken der Zeit nach der Gründung des Zollvereins ihre Entstehung und die Anfänge ihrer jetzigen Bedeutung. Überall wurden damals industrielle Unternehmungen ins Leben gerufen. Berichte aus den 30er Jahren, die uns Schmoller mitteilt, erzählen z. B.: „Wenn ein Bauer oder ein Müller sich zu wohl fühlte, baute er eine Baumwollspinnerei.“ Im Gegensatz zu den vielen kleinen, dem Handwerk noch nahe stehenden Baumwollspinnereien, die es anfänglich gegeben hatte, setzt sich in dieser Periode aber bald auch der Großbetrieb in der Spinnerei siegreich durch. Das hängt damit zusammen, daß in dieser Zeit König Dampf in die Industrie einzieht. Im Jahre 1812 hatte es in der sächsischen Baumwollspinnerei, deren Spindelzahl in der Treibhausluft der Kontinentalsperre rasch auf $\frac{1}{4}$ Million angeschwollen war, noch nicht einen einzigen Betrieb mit Dampfkraft gegeben. Vielmehr wurden 58 Prozent der Spindeln mit Wasserkraft betrieben, 29 Prozent durch Zugvieh, d. h. durch Göpelwerke, und 13 gingen sogar noch an Menschenhand. Das wurde in der Mitte des Jahrhunderts rasch anders. Im Bergbau, in der Textilindustrie und in vielen anderen Gewerbebezügen greift die Verwendung der Dampfmaschine rasch um sich. Im Jahre 1846 brachte Gabriel Sedlmahr zum erstenmal in der Bierbrauerei eine Dampfmaschine erfolgreich in Gang, die freilich nur eine einzige Pferdestärke zählte.

Die erste Dampfmühle in Deutschland kam 1822 in Berlin in Betrieb, 1837 gab es in Preußen schon 27 Dampfmühlen, Anfang der 60er Jahre dagegen bereits nahe an 700. Im ganzen repräsentierten die im Dienste der Industrie stehenden Dampfmaschinen 1837 in Preußen erst etwas über 7000 Pferdekraft, 1855 waren es schon fast 62000 und 1875 nahe an $\frac{2}{3}$ Million. Am 1. April 1914 aber betrug die Zahl der Pferdestärken bei den feststehenden Dampfmaschinen in Preußen 6493000.

Hand in Hand mit der zunehmenden Verwendung des Dampfes als motorischer Kraft vollzogen sich in der Industrie bedeutsame Betriebsveränderungen in der Richtung einer Rationalisierung des gesamten Arbeitsprozesses auf wissenschaftlichen Grundlagen. Von der rohen Empirie, mit der man sich bis dahin begnügt hatte, gelangte man zur wissenschaftlichen Beherrschung des ganzen Produktionsprozesses. Man erkannte die natürlichen Ursachen und Bedingungen, von denen eine erfolgreiche Produktion abhing, und indem man sich bei der Einrichtung der Betriebsanlagen und bei dem Arbeitsverfahren von dieser Erkenntnis leiten ließ, erreichte man eine größere Sicherheit des Produktionsergebnisses. Noch 1805 konnte es von einem Kenner der Bierbrauerei als etwas besonders Anerkennenswertes bezeichnet werden, wenn es einem Brauer unter 10 Suden siebenmal gelingen mochte, ein gutes Bier zu brauen. Und in einer Schrift von 1791, in der die auffallend günstigen Brauerfolge einer Brauerei in der Nähe von Nürnberg geschildert werden, wird sogar die Vermutung ausgesprochen, daß da wohl nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei und der Braumeister vielleicht gar mit dem Schwarzen im Bunde gestanden habe. Heute ist es dank den Fortschritten, welche die Gärungschemie gemacht hat, und dank den modernen Kühlmaschinen eine Ausnahme, wenn einmal ein Sud mißrät, obwohl nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer gebraut wird.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Betriebsverbesserungen, welche die Eisenindustrie in dieser Periode erfuhr, allerdings erst in ihrer zweiten Hälfte. Der große Aufschwung der Eisenindustrie in der Neuzeit hebt bekanntlich mit der Ersetzung der Holzkohle durch die Steinkohle als Brennmaterial an. In Preußen verwendeten aber 1847 von den 227 damals im Betrieb befindlichen Hochofen erst 32 Steinkohle. Ähnlich wie der Steinkohlenbetrieb fanden auch

wichtige andere technische Fortschritte, die am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht worden waren, wie die Verbesserung des Gebläses, das Puddelverfahren u. a. nur langsam und zögernd in Deutschland Eingang. So kam es, daß in den 40er und 50er Jahren in Roheisengewinnung im Deutschen Zollverein nicht nur hinter der von Frankreich, sondern auch hinter der von Belgien zurückstand. Nach der Mitte des Jahrhunderts indessen überholte die deutsche zunächst die belgische und zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges auch die französische Roheisenproduktion. Sie eroberte damit den dritten Platz in der Reihe der eisenproduzierenden Staaten, und seit 1902 hatte sie sogar die englische Produktion überholt und damit die zweite Stelle erlangt, übertroffen lediglich von der Erzeugung der Nordamerikanischen Union. Die deutsche Eisenerzeugung hat sich von 1840 bis 1871 aber auch auf nicht weniger als das Zehnfache erhöht. In ähnlichem Maße stieg in der Periode von 1834 bis zur Gründung des Reichs übrigens auch die Produktion der Kohle, des täglichen Brotes der modernen Industrie. An die Fortschritte in der Eisengewinnung schlossen sich ebenso bedeutsame Verbesserungen in der Eisenverarbeitung. Und vor allem entwickelt sich seit 1850 im Anschluß an den Aufschwung der Eisengewerbe in Deutschland auch diejenige Industrie zu größerer Bedeutung, welche in vieler Hinsicht die wichtigste und charakteristischste der modernen Volkswirtschaft ist: die Maschinenindustrie. Von den großen deutschen Maschinenbauanstalten in Berlin und anderwärts, die heute zum Teil Weltruf genießen, sind eine ganze Reihe in der Zeit zwischen 1850 und 1870 gegründet worden. Sie beschäftigten damals freilich kaum so viel Hunderte von Arbeitern, als sie vor dem Weltkrieg vielleicht Tausende zählten.

Das Ausblühen der neuzeitlichen Großindustrie in größerem Maßstabe gehört also in Deutschland der Periode von 1834 bis 1871 an, und ganz besonders der zweiten Hälfte dieser Periode, den Jahren nach 1848. Die Zeit von 1849 bis 1870 ist recht eigentlich die Zeit des ersten stärkeren Eindringens des Großkapitalismus in Deutschland gewesen. Diese Zeit, die politisch, zumal bis zu den 60er Jahren, ungeheuer still und ruhig erscheint, war in wirtschaftlicher Hinsicht ungemein reg und lebendig. Wenn man sich den starken Gegensatz zwischen dem politischen und dem wirtschaftlichen Leben dieses Zeitabschnitts vergegenwärtigt, dann gewinnt man fast den Eindruck,

als ob die besten Kräfte der Nation, entmutigt durch den Ausgang der politischen Bewegung von 1818/49 und in der politischen Betätigung gehemmt durch die reaktionäre Strömung der 50er Jahre, sich nun mit voller Wucht auf das Wirtschaftsleben geworfen hätten, um durch Leistungen auf diesem Gebiete Ersatz zu finden für die getäuschten politischen Hoffnungen. Für die industrielle Entwicklung Deutschlands ist diese Wendung von größter Bedeutung geworden.

Das Aufkommen der Großindustrie stellte auch neue Anforderungen an das Bank- und Kreditwesen. Dem Bedürfnisse nach einer Vermehrung der Umlaufsmittel wurde, namentlich seit der Mitte des Jahrhunderts, durch Gründung zahlreicher Notenbanken entsprochen. Bei der Gründung des neuen Reiches zählte Deutschland mehr als 30 Banken, die das Privilegium der Banknotenausgabe besaßen und davon auch in fast überreichem Maße Gebrauch machten. Bis auf einige wenige sind diese Notenbanken sämtlich erst nach 1849 errichtet worden. Bald gesellen sich zu den Notenbanken auch die ersten Effektenbanken, die das Kreditgeben an Handel und Industrie und die Gründung industrieller Unternehmungen sowie alle sonstigen Spekulationsgeschäfte in großem Stile betreiben. So entsteht 1848 der A. Schaaffhausensche Bankverein in Köln, 1853 die Bank für Handel und Industrie, die, um den Schwierigkeiten zu entgehen, die man ihr in Preußen bereitet, ihr Domizil in Darmstadt aufschlägt, 1856 wandelt sich die ursprünglich für ganz andere Zwecke gegründete Diskonto-Gesellschaft in eine Effektenbank um, 1856 entstehen die Berliner Handelsgesellschaft und die Mitteldeutsche Kreditbank in Meiningen, 1870 endlich die Deutsche Bank und 1872 die Dresdner Bank.

Die Kapitalien, über welche diese Banken anfänglich verfügten, erscheinen gegenüber den gewaltigen Kapitalzusammenballungen, die heute das deutsche Bankwesen beherrschen, freilich sehr bescheiden. Das Gründungskapital des A. Schaaffhausenschen Bankvereins betrug 15,6 Millionen Mark, die Diskonto-Gesellschaft besaß 1856 erst 30, die Darmstädter Bank $42\frac{3}{4}$, die Mitteldeutsche Kreditbank 24 Millionen. Und das Kapital, mit dem 1870 die Deutsche Bank konzessioniert wurde, belief sich auf 15 Millionen Mark.

Wie im Bankwesen so war auch im Versicherungswesen das Jahrzehnt von 1850 bis 1860 die eigentliche Gründungszeit in Deutschland. Allein in den vier Jahren von 1853 bis 1857, allerdings einer

der lebhaftesten Aufschwungszeiten, welche die deutsche Wirtschaftsgeschichte kennt, sind mehr als die Hälfte von 50 deutschen Versicherungsgesellschaften mit einem Kapital von über 60 Millionen Taler entstanden.

Die Unternehmungsform, in der die neuen Großbanken und Versicherungsgesellschaften ins Leben traten, war die der Aktiengesellschaft, daher finden wir seit der Mitte des Jahrhunderts eine rasche Ausbreitung des Aktienwesens in Deutschland. Bis 1825 waren in Preußen im ganzen erst 21 Aktiengesellschaften mit 36 Millionen Mark Kapital gegründet worden, in den folgenden 25 Jahren wuchsen sie auf mehr als 100 mit fast 640 Millionen Mark Kapital, und im Sommer 1870 existierten in Preußen bereits über 300 Aktienunternehmungen mit rund 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark Kapital. Von der Gesamtsumme des Kapitals entfielen Mitte 1870 auf

Bergbau, Hütten und Salinenwesen	275,41	Millionen	Mark
Panzen	94,65	"	"
Vericherungsgesellschaften	158,46	"	"
Eisenbahnen	1 722,44	"	"

Unter den bis 1870 gegründeten Aktienunternehmungen herrscht also durchaus der Eisenbahnbetrieb vor. Daraus erklärt sich auch der hohe Kapitalbetrag, der in dieser Zeit im Durchschnitt auf eine Gesellschaft entfällt. Eisenbahnaktien und Eisenbahnobligationen waren unter diesen Umständen bis in die 70er Jahre auch die wichtigsten Wertpapiergattungen, die neben den Staatsanleihen an den deutschen Effektenbörsen gehandelt wurden.

In der eigentlichen Industrie dagegen spielt, vom Bergbau abgesehen, das Aktienwesen vor 1870 nur eine relativ unbedeutende Rolle. Vereinzelt ist die Aktiengesellschaft allerdings sogar schon vor 1848 in die Industrie eingedrungen. So wurde 1838 in Dresden die erste deutsche Aktienbrauerei gegründet, und auch in der Textilindustrie finden sich schon vor der Mitte des Jahrhunderts Aktienbetriebe, wie das Beispiel der Rammgarnspinnerei zu Leipzig zeigt. In der Regel wurde aber für industrielle Unternehmungen die staatliche Konzession, die bis 1870 zur Errichtung einer Aktiengesellschaft erforderlich war, nicht so leicht gegeben wie für Eisenbahnbau, Versicherungsgesellschaften oder Bankinstitute.

Die starke Zunahme des Verkehrs zwischen den einzelnen Bundesstaaten, wie sie der Ausbau des Eisenbahnnetzes in Verbindung mit

der Entwicklung der Großindustrie zur Folge hatte, rief bald Bestrebungen nach Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Gesetzgebung in den deutschen Bundesstaaten hervor. Zuerst und am stärksten machte sich das Bedürfnis nach übereinstimmenden Vorschriften auf den Gebieten des Wechsel- und des Handelsrechts geltend. Zu Beginn der 40er Jahre standen in den deutschen Bundesstaaten nicht weniger als 56 verschiedene Wechselordnungen in Kraft, von denen die älteste noch vom Jahre 1603 datierte. Infolge einer Anregung, die Württemberg 1846 auf der Generalkonferenz der Zollvereinsstaaten gab, fanden ein Jahr später in Leipzig Beratungen von Delegierten sämtlicher Staaten des Deutschen Bundes über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Wechselordnung statt. Der von der Kommission genehmigte Entwurf wurde dann zwischen 1849/51 in den einzelnen Bundesstaaten durch Akte der Partikulargesetzgebung eingeführt. Nicht so schnell wie die Vereinheitlichung des Wechselrechts gelang die des Handelsrechts. Nach mehreren vergeblichen Anläufen ging endlich aus den Verhandlungen der Kommission, die von 1857 bis 1861 in Nürnberg tagte, ein Handelsgesetzbuch hervor, dessen Einführung durch Landesgesetz von fast allen deutschen Staaten, unter ihnen auch Oesterreich, in der ersten Hälfte der 60er Jahre beschlossen wurde.

Auf den übrigen Gebieten der wirtschaftlichen Gesetzgebung wurde eine Vereinheitlichung erst erreicht, als die politischen Einigungsbestrebungen zum Ziele geführt hatten. Die Einheit des Gewerberechts, und zwar auf dem Boden der Gewerbefreiheit, brachten, zunächst für den Norddeutschen Bund, Gesetze von 1868 und 1869, die Einheit im Geld- und Münzwesen wurde erst einige Jahre nach der Gründung des neuen Reichs hergestellt (1873). Schon lange vorher (seit der Dresdner Münzkonvention von 1838) hatten allerdings die Staaten des Zollvereins, seit 1857 außerdem noch vereint mit Oesterreich, in den Zweitaler- und später auch den Eintalerstücken einen wenigstens teilweise gemeinschaftlichen Geldumlauf gehabt. Die Einheit des Bürgerlichen Rechts endlich wurde erst erreicht, als schon wieder ein Menschenalter seit der Wiederaufrichtung des Reichs verfloßen war, ganz zum Schlusse des 19. Jahrhunderts.

Wir haben damit den Ereignissen etwas vorgegriffen. Zunächst bleibt noch die Frage zu erörtern: Welche Veränderungen erfuhr der Charakter des deutschen Wirtschaftslebens

und die Struktur der deutschen Volkswirtschaft in der Periode von 1834 bis 1871, insbesondere unter dem Einfluß der Ausbreitung des mechanischen Großbetriebs im Gewerbetwesen? Mit dem stärkeren Hervortreten der Industrie in Deutschland prägte sich einmal auch im deutschen Wirtschaftsleben jener eigentümliche Rhythmus der Entwicklung allmählich deutlicher aus, der für alle modernen Industrieländer so kennzeichnend ist. Namentlich seit der Mitte des Jahrhunderts läßt sich deutlich verfolgen, wie die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft den Charakter einer beständigen Wellenbewegung annimmt, wie in regelmäßigem Wechsel Zeiten des allgemeinen geschäftlichen Aufschwungs und solche des Niedergangs, Haufe- und Depressionsperioden, aufeinanderfolgen. Diese Wellenbewegung, die aufs engste mit dem Vorgang der Kapitalbildung in der heutigen Wirtschaftsordnung zusammenhängt, wiederholt sich auf den verschiedensten Gebieten: die Warenpreise, die Arbeitslöhne, die Unternehmergewinne, die Streikbewegung, die Eheschließungen, die Einnahmen der Eisenbahnen und des Staates usw., sie alle zeigen im Zusammenhang mit der Bewegung des Zinsfußes ein periodisches Anschwellen, dem nach gewisser Frist wieder eine rückläufige Bewegung folgt. Besonders durch die mit einem allgemeinen Preissturz von großer Heftigkeit verbundene Wirtschaftskrisis von 1857, die dem geschäftlichen Aufschwunge der Jahre 1853 bis 1856 folgte, wurde man in Deutschland auch in weiteren Kreisen auf den sprunghaften oder stoßweisen Charakter der Wirtschaftsentwicklung in der modernen Volkswirtschaft aufmerksam, und noch stärker bewegte die Gemüter darauf der Konjunkturschlag von unerhörter Heftigkeit, der Mitte der 70er Jahre nach einer Periode überaus lebhaften Geschäftsganges auf allen Gebieten eintrat und an den sich dann eine mehrjährige Depression angeschlossen.

Das Umsichgreifen der Großindustrie bedeutete sodann auch eine Veränderung in der sozialen Schichtung der Bevölkerung. Die Klasse der selbständigen Gewerbetreibenden verlor an Bedeutung zugunsten der Klasse der abhängigen Lohnarbeiter. Dadurch wurde insbesondere der Charakter der Einwohnerschaft der Städte tiefgehend beeinflusst, wenn auch erst nach und nach. An die Stelle des Kleinbürgertums, das behaglich in der noch halb mittelalterlich aussehenden Stadt dahinlebte, — die Bilder von Ludwig Richter, W. von Schwind und Spitzweg haben es in einer Reihe köstlicher

Typen festgehalten —, traten unruhige Proletariermassen, die zu bestimmten Stunden zur Fabrik eilen und von ihr wieder entlassen werden. Die Arbeiter der neuentstehenden großindustriellen Gewerbebranche waren sich allerdings im Anfang der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und der Macht, die sie durch ihren Zusammenschluß erlangen konnten, noch nicht recht bewußt. Und vor allem erschwerten die Koalitionsverbote, welche die älteren deutschen Gewerbeordnungen nach dem Vorbilde des französischen Code pénal enthielten, die Bildung gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen. Infolgedessen ist die moderne gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland erst in Gang gekommen, nachdem durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 die Koalitionsverbote beseitigt worden waren.

Die Zeit von 1834 bis 1871 ist endlich gekennzeichnet durch eine Erscheinung, die uns dann auch in der dritten Periode wieder begegnet, und die darum gleich im Zusammenhang behandelt werden soll, nämlich durch die Erscheinung des Anwachsens der gewerblich tätigen auf Kosten der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. Diese Tatsache, für die man das Schlagwort des Übergangs vom Agrarstaat zum Industriestaat geprägt hat, und die als die Grundtendenz der gesamten neueren Wirtschaftsentwicklung in Deutschland nicht nur, sondern auch in den anderen westeuropäischen Kulturstaaten anzusehen ist, wird durch folgende Daten illustriert. Nach den Angaben Schmollers, die sich für die ältere Zeit auf Schätzungen Dietericis stützen, belief sich in Preußen die Prozentziffer, mit der die Urproduktion, also insbesondere Land- und Forstwirtschaft, in der Gesamtbevölkerung vertreten war, 1816 noch auf 78 Prozent, 1849 auf 64 und 1867 auf 48 Prozent. Im Deutschen Reiche lebten 1882 noch 42,5 der Gesamtbevölkerung von der Landwirtschaft, 1895 waren es nur noch 35,8 und 1907, nach der neuesten Berufszählung, nur noch 28,6 Prozent. Das ganze letzte Jahrhundert hindurch ist also der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung gesunken, während der der Industrie und ebenso der des Handels stieg. Allein von 1882 bis 1907 ist der Anteil der Berufsabteilungen Industrie sowie Handel und Verkehr an der Gesamtbevölkerung Deutschlands von 45,5 auf 56,2 Prozent gestiegen. Die Formen, in denen sich dieser Prozeß vollzog, waren indessen vor 1870 andere als nach diesem Kriege, und ebenso lagen seine Wur-

zeln in der dritten Periode in der Hauptsache auf anderen Gebieten als in der zweiten.

Zunächst ein Wort über die verschiedenen Formen des Prozesses! Vor 1870 regulierte sich die Verteilung des Bevölkerungszuwachses noch nicht so, daß Handel und Industrie so gut wie alles, die Landwirtschaft dagegen fast nichts bekam. Damals nahm auch die Landwirtschaft treibende Bevölkerung noch zu, wenn auch das Tempo ihrer Zunahme langsamer war als das der Industrie. Weiter vor allem aber kam bis 1870 von dem Wachstum der Industrie noch ein beträchtlicher Teil dem platten Lande zugute. Zunächst vermehrte sich gleich in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts unter dem Einfluß der veränderten Gesetzgebung über das Landhandwerk die Zahl der Handwerksmeister auf den Dörfern sehr beträchtlich. Und noch schneller als die Zahl der Meister nahm die der Gesellen zu. Auf 100 Landmeister kamen 1828 in Preußen erst 26, 1858 jedoch schon 72 Gehilfen. Aber auch das Anwachsen der kapitalistisch betriebenen Industrien kam damals nicht einseitig bloß den Städten zugute. Wir dürfen in dieser Beziehung nicht ohne weiteres Anschauungen, die aus der Gegenwart abgeleitet sind, auf die Verhältnisse der Vergangenheit übertragen. Schon Schmoller hat darauf hingewiesen, daß in der ersten Hälfte des Jahrhunderts die größere Industrie sich teilweise auf das platte Land zurückgezogen hatte. Und neuerdings hat uns Sombart geschildert, wie die beiden Hauptindustrien, in denen in Deutschland der Kapitalismus bereits vor 1850 festen Fuß gefaßt hatte, die Montan- und die Textilindustrie, ihren Sitz zum großen Teil auf dem Lande hatten, die Eisenindustrie schon deshalb, weil sie meist noch mit Holzkohle arbeitete. Und in der Textilindustrie waren einmal die neuen mechanischen Spinnereien vielfach an Wasserläufen im Gebirge angelegt worden, und zum anderen war die Weberei, soweit sie kapitalistisch betrieben wurde, zum größten Teil in der Form von ländlichen Hausindustrien organisiert. In der gleichen Form suchte man aber auch andere Industrien, wie die Spiel- und Kurzwarenverfertigung, ins Leben zu rufen, besonders in abgelegenen Gegenden mit relativ dichter Bevölkerung. Trotz der Zunahme der industriellen auf Kosten der agrarischen Quote der Bevölkerung ist daher bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts das platte Land an Einwohnerzahl nicht viel langsamer gewachsen als die Städte. In Preußen betrug z. B. von

1816 bis 1858 die Zunahme der städtischen Bevölkerung 81 und die der ländlichen Bevölkerung 67 Prozent. Das wurde nach der Gründung des Reichs total anders. Nach 1870 ist ein vollständiger Stillstand des Wachstums der ländlichen Bevölkerung eingetreten, und der ganze, sehr beträchtliche Bevölkerungszuwachs hat sich in die Städte ergossen. Die Stadtbevölkerung wuchs von 1870 bis 1910 von 14,8 auf 38,2 Millionen, d. h. der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung stieg von 36 auf mehr als 60 Prozent.

Den Löwenanteil an dieser Entwicklung haben die Großstädte, die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, davongetragen. Ihre Zahl im Deutschen Reich betrug 1871 erst 8, 1910 dagegen 46, und ihre Mauern bargen 1871 noch nicht ganz 5, 1910 aber 21,28 Prozent der Gesamtbevölkerung. Einzelne deutsche Städte, wie z. B. Dortmund, Essen, Mannheim, Ludwigshafen sind in einem Tempo gewachsen, für das man nur noch in der Nordamerikanischen Union Beispiele findet.

Das Aufrücken so zahlreicher Orte in die Klasse der Großstädte hat auch die Wohnweise der Bevölkerung Deutschlands in tiefgehender Weise beeinflusst. In großem Umfang ist an die Stelle des Kleinhauses das Massenmiethaus, an die Stelle der Eigenüberwohnung die Mietwohnung getreten. Es gibt heute, abgesehen lediglich von Bremen und Lübeck, keine einzige Großstadt im Deutschen Reich mehr, in der nicht mindestens 80 Prozent der Einwohnerschaft in Mietwohnungen untergebracht sind. Diese Entwicklung wird von vielen Seiten beklagt, und in mancher Hinsicht sicher mit Recht. Die vielverkläfterte Mietkaserne, die in der Mehrzahl der deutschen Großstädte dominiert, hat aber doch das Gute gehabt, uns an größere und höhere Räume zu gewöhnen, als sie das Kleinhaus der guten, alten Zeit im Durchschnitt besaß.

Diese Entwicklung des Städtewesens hängt natürlich aufs innigste mit der wachsenden Industrialisierung Deutschlands und mit den besonderen Ursachen zusammen, welche von 1871 bis zur Gegenwart die Verschiebung des Schwerpunktes der deutschen Volkswirtschaft nach der industriellen Seite hin bewirkten. Denn, um darauf etwas näher einzugehen, bei dem stärkeren Hervortreten der Industrie stehen bis zum Anfang der 70er Jahre andere Ursachen im Vordergrund als im letzten Viertel des abgelaufenen Jahrhunderts. Bis zur Gründung des neuen Reichs ist die schärfere Ausprägung des

industriestaatlichen Charakters Deutschlands ganz überwiegend das Ergebnis der Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse. Das Maß von Industrialisierung, das Deutschland bis zu diesem Zeitpunkte erreichte, hat es in der Hauptsache aus eigener Kraft erreicht. Der Handelsverkehr mit dem Auslande ist dagegen zur Erklärung der Erscheinung erst in zweiter Linie heranzuziehen. Die Hauptursache der Zunahme der gewerblichen Quote der Bevölkerung bis 1871 ist im Grunde höchst einfacher Natur. Sie liegt in der fortschreitenden Loslösung der gewerblichen Tätigkeit von der Hauswirtschaft und ihrer Verfestigung zu besonderen Berufen. Bei immer mehr Gewerbezeugnissen tritt an die Stelle der familienwirtschaftlichen Eigenproduktion die berufsmäßige gewerbliche Herstellung. Und dieser Prozeß, z. B. das Aufhören des Spinnens und Webens für den eigenen Bedarf, war unbedingt notwendig, wenn man der Vorteile der neuen Technik, die für diese Gewerbe im 18. Jahrhundert erfunden worden war, teilhaftig werden wollte. Nur bei einer Produktion im großen konnten die neuen Arbeitsmethoden ihre gewaltige verbilligende Wirkung entfalten. Infolgedessen ist nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern im 19. Jahrhundert die gewerbliche Arbeit im Hause für die Bedürfnisse des Hauses, die zu Anfang des Jahrhunderts noch so erheblichen Umfang besaß, immer mehr eingestellt worden. Das Spinnen und Weben, das Nähen und Schneidern, das Baden und Schlachten, das Seifekochen und Lichterziehen, das Bierbrauen und Krauteinlegen und noch eine ganze Reihe anderer gewerblicher Arbeiten, sie hören zunehmend auf, hauswirtschaftliche Tätigkeiten zu sein und werden besondere gewerbliche Berufe. Statistisch stellt sich der Vorgang aber als eine Zunahme des gewerblichen auf Kosten des landwirtschaftlichen Teiles der Bevölkerung dar.

Eigentlich handelt es sich dabei freilich, wie unschwer zu erkennen, nur um eine scheinbare Verschiebung. Denn die Landwirte, deren Zahl nach der Statistik abnimmt, dürfen nur *cum grano salis* als Landwirte bezeichnet werden. In Wirklichkeit sind sie Berufszwitzer, die vielleicht $\frac{2}{3}$ ihrer Arbeitszeit mit landwirtschaftlichen und $\frac{1}{3}$ mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt sind. Wenn nun an Stelle dieses Zustandes ein neuer tritt, bei dem sich die Landwirte viel ausführlicher der Urproduktion widmen, auf die Eigenproduktion der von ihnen gebrauchten Gewerbeprodukte *cher* verzichten, diese viel-

mehr von fremden Wirtschaften fertig beziehen, so ist klar, daß in der Statistik hieraus eine prozentuale Zunahme der Gewerbetreibenden sich ergeben muß. Denn die Statistik ermittelt ja nur, wieviel Menschen sich berufsmäßig den verschiedenen Produktionszweigen widmen, und die Zahl der berufsmäßigen Gewerbetreibenden nimmt naturgemäß durch diese Entwicklung zu, sie untersucht aber nicht, wieviel gewerbliche Arbeit früher und jetzt in den einzelnen Haushaltungen geleistet worden ist.

Zu dieser ältesten und vielleicht wichtigsten Ursache der wachsenden Industrialisierung der modernen Kulturstaaten gesellt sich als zweiter in der gleichen Richtung wirkender Umstand die zunehmende Ersetzung organisierter durch unorganisierte Materie, wie Sombart, der hierauf als einer der ersten aufmerksam gemacht hat, den Vorgang treffend bezeichnet. Wenn z. B. das Holz als Brennmaterial durch die Kohle und als Baumaterial beim Häuser-, Brücken- und Schiffsbau durch das Eisen verdrängt wird, so ergibt sich hieraus in der Berufsstatistik ein Anwachsen der Industrie, weil die im Bergbau und in den Eisengewerben beschäftigten Personen der Berufsabteilung Industrie zugezählt werden. Das gleiche Resultat wird erzielt, wenn an die Stelle des tierischen Motors in Bergbau und Industrie die Dampfmaschine tritt, wie dies bei uns um die Mitte des letzten Jahrhunderts in großem Umfange geschah. Ein gewisser, wenn auch seinem Umfang nach unmöglich genau festzustellender Teil der Verschiebung, die in den Anteilen der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Bevölkerung an der Gesamtvolkszahl eingetreten ist, ist also auf Rechnung dieses Umstandes zu setzen.

Neben diesen beiden Hauptursachen, welche vor 1870 die Umbildung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat bewirkt haben, hat nun aber auch schon in dieser Zeit die Gestaltung des Handelsverkehrs mit dem Auslande eine Rolle gespielt, wenn auch nur eine Rolle von sekundärer Bedeutung. Es ist durchaus falsch, wenn man Deutschland als ein Land hinstellt, das im Beginn des 19. Jahrhunderts noch über einen großen Überfluß an Bodenprodukten verfügte, von dem es einen Teil dem Auslande mitteilte. Allerdings hat Deutschland damals einen beträchtlichen Getreide-, Holz- und Schafwolleexport gehabt, allein bei Bodenprodukten im ganzen ergibt sich keine Mehrausfuhr, sondern im Gegenteil eine Mehreinfuhr. Soweit wir den deutschen oder preussischen

Außenhandel statistisch zu verfolgen in der Lage sind, immer zeigen die Zahlen, daß Deutschland das ganze 19. Jahrhundert hindurch in gewissem, wenn auch zunächst noch recht bescheidenem Umfange, ein Exportindustriestaat gewesen ist, d. h. daß bei Bodenprodukten seine Einfuhr größer war als seine Ausfuhr, während bei industriellen Fabrikaten umgekehrt der Export den Import übertraf. Die Kargheit des deutschen Bodens machte es den Bewohnern unseres Vaterlandes auch damals schon unmöglich, die Bodenprodukte, die sie in Form von Nahrungs- und Genußmitteln sowie von Rohstoffen von auswärts bezogen, dem Auslande wieder mit Bodenerzeugnissen zu bezahlen, sie mußten ihm für die empfangenen Agrarprodukte zum großen Teil Erzeugnisse des deutschen Gewerbesfleißes, insbesondere Gewebe, anbieten. Die Kolonialwaren z. B., welche Deutschland in den ersten Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts einfuhrte, wurden zum großen Teil mit schlesischer Leinwand bezahlt. Und nicht einmal den Flach, den die deutsche Leinenindustrie damals verarbeitete, konnte Deutschland vollständig selbst produzieren. Der Übergang zum Exportindustriehystem, den die deutsche Volkswirtschaft nach der Wiedererrichtung des Reichs in beständig wachsendem Maße vollzog, war also nicht durchaus Neues für Deutschland. Neu und unerhört war nur das Tempo, in dem seit 1871 und speziell in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Kriege die Ausbreitung der Exportindustrie vor sich ging. Von dem Gesamtwerte der Ausfuhr im deutschen Spezialhandel machten im Durchschnitt der Jahre 1874 bis 1877 die Fabrikate erst etwa 37 Prozent aus, ein Menschenalter später, von 1907 bis 1910, betrug der Anteil der Fabrikate am Gesamtwerte der Ausfuhr schon über 65 Prozent.

In diesem beschleunigten Anwachsen der Exportindustrie haben wir die Hauptursache dafür zu erblicken, daß auch nach 1871 die Zunahme des industriellen auf Kosten des agrarischen Deutschland noch weitere Fortschritte gemacht hat. Nach 1870 liegen also die Wurzeln dieser Erscheinung nicht mehr hauptsächlich in den inneren deutschen Verhältnissen, sondern sie sind in erster Linie zu suchen in der Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Auslande.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Auslande haben indessen nicht bloß auf dem Wege der Ausbreitung des Exportindustriehystems den Übergang Deutschlands zum überwiegen-

den Industriestaat gefördert. Betrachtet man die neueste ökonomische Entwicklung Deutschlands lediglich unter dem Gesichtspunkte des Übergangs zum Exportindustrialismus, so stößt man auf eine mit dieser Annahme in keiner Weise zu vereinigende Tatsache, nämlich die Tatsache, daß unsere Produktion auf industriellem Gebiete vor dem Weltkrieg schneller wuchs als unsere Ausfuhr an Fabrikaten, und daß demgemäß unsere Fabrikatenausfuhr einen abnehmbaren Teil unserer industriellen Produktion darstellte. Hier liegt ein Wachsen der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes der deutschen Volkswirtschaft vor, das aber aus den vorhin erörterten primären Ursachen der wachsenden Industrialisierung und auch aus der Zunahme des Volkswohlstandes, die einen steigenden Teil des Einkommens für Industrieerzeugnisse auszugeben gestattete, allein nicht erklärt werden kann. So sehr diese Erscheinung vom Standpunkte des Exportindustriesystems ein unlösbares Rätsel bleibt, so einfach gestaltet sich ihre Erklärung vom Standpunkte des Exportkapitalismus aus. Deutschland war bis nach der Mitte des Jahrhunderts ein kapitalarmes Land, und einen großen Teil des Kapitals, das es zum Bau seiner Eisenbahnen und der städtischen Pferdebahnen, für Gas- und Wasserwerke und andere Unternehmungen brauchte, ließ es damals von seinen reicheren Nachbarstaaten im Westen, insbesondere von England und Belgien. Infolgedessen mußte es dem Auslande Zinsen bezahlen. Die Ausgleichung solcher Forderungen geschieht ja aber regelmäßig nicht durch bares Geld, sondern vielmehr durch Warensendungen. Bis 1870 ist die deutsche Handelsbilanz daher meist noch aktiv, sie zeigt einen Überschuß der Warenausfuhr über die Wareneinfuhr. Nach dem Deutsch-Französischen Kriege schlägt dieses Verhältnis in sein Gegenteil um, zunächst vor allem unter dem Einfluß der Kriegskostenentschädigung von 5 Milliarden, die Frankreich an Deutschland zu zahlen hatte, und die einen gewaltigen Warenstrom nach Deutschland führte. Dauernd passiv ist die Handelsbilanz Deutschlands aber erst seit 1889 geworden, und die Erscheinung steht in engem Zusammenhange mit der erst 1888/89 erfolgten Aufnahme der Hansestädte Bremen und Hamburg in das deutsche Zollgebiet. Zugleich aber hat bei der immer stärker werdenden Passivität der deutschen Handelsbilanz der Umstand mitgewirkt, daß Deutschland im letzten Menschenalter immer mehr aus einem Schuldnerstaat in einen

Gläubigerstaat sich umwandelte. Namentlich seit dem Ende der 80er Jahre ist die Auswanderung deutschen Kapitals in das Ausland eine ganz regelmäßige und stetig größere Bedeutung gewinnende Erscheinung geworden.

Durch die Zinsenansprüche, die Deutschland für das geliehene Kapital an das Ausland zustehen, erklärt sich das rasche Anwachsen der Passivität der deutschen Handelsbilanz zum großen Teile. In den Jahren 1909 bis 1913 betrug die Spannung zwischen Einfuhr- und Ausfuhr rund 1500 Millionen Mark durchschnittlich. Zur Bezahlung dieses scheinbaren Defizits des deutschen Außenhandels stand aber neben den Einnahmen der Reederei und der Seeversicherung usw. ein Zinsguthaben Deutschlands an das Ausland zur Verfügung, dessen Höhe von sachverständiger Seite bis auf $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark geschätzt worden ist. Dieses Zinsguthaben floß, soweit es nicht gleich wieder zur Kapitalanlage im Auslande verwendet wurde, Deutschland hauptsächlich in Gestalt von ausländischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die Industrie zu. Und Deutschland erhielt auf diese Weise durch das im Auslande angelegte deutsche Kapital die Möglichkeit, eine größere industrielle Bevölkerung zu unterhalten, als es sonst hätte ernähren können.

Die Wurzeln der Umbildung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat liegen somit auf sehr verschiedenen Gebieten, und es ist vor allem wichtig, festzuhalten, daß die treibenden Kräfte dieser Entwicklung in der Zeit vor 1870 in der Hauptsache andere sind als nach 1870. Die Ursachen der Verschiedenheit der deutschen Wirtschaftsentwicklung vor und nach 1870 aber sind vor allem in der Verschiebung der Rentabilitätsverhältnisse zwischen Landwirtschaft und Industrie zu suchen. Die Menschen und die Kapitalien strömen ja immer den Produktionszweigen zu, in denen ihnen die höchsten Löhne und die größten Gewinne winken. Bis zum Anfang der 70er Jahre waren Landwirtschaft und Industrie in diesem Punkte im wesentlichen noch gleichgestellt, und ihre Entwicklung war daher im großen und ganzen auch eine gleichmäßige, nur daß in dieser Periode das Normalverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie sich etwas zugunsten der letzteren änderte. Noch in den 70er Jahren selbst wurde das aber anders durch das Auftreten der überseeischen Konkurrenz auf dem Getreidemarkte. Über die deutsche und westeuropäische Landwirtschaft überhäupt drohte eine schwere Krisis herein-

zubrechen. Dadurch kam die bisherige Parallelbewegung in der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie zum Stillstand. Die Landwirtschaft vermochte, obwohl sie rein technisch dazu noch sehr gut imstande gewesen wäre, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage von dem starken Bevölkerungszuwachs Deutschlands nichts mehr aufzunehmen, und so blieb, wenn dieser Bevölkerungszuwachs nicht durch Auswanderung verlorengehen sollte, gar nichts anderes übrig, als ihn, soweit nicht der Exportkapitalismus helfend eintrat, mit der Herstellung von Fabrikaten für fremde Völker zu beschäftigen, die dafür Rohstoffe und Lebensmittel lieferten. Dieser Vorgang bedeutete natürlich zugleich eine Wandlung in den Grundlagen, auf denen die deutsche Volkswirtschaft ruhte. Aus dem Inlande wurden sie zu einem beträchtlichen Teil ins Ausland verschoben.

In dem stärkeren Hervortreten der Exportindustrie und des Exportkapitalismus haben wir ohne Zweifel das wichtigste Ereignis in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach 1871 zu erblicken. Was im übrigen noch zur Charakterisierung des Zeitraumes nach 1870 zu bemerken ist, läßt sich mit wenigen Worten sagen. Abgesehen von dem Wandel, der sich in den Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft vollzog, ist diese dritte Periode einfach als die Fortsetzung der zweiten zu kennzeichnen. Alle die Entwicklungen, welche in jener ihren Anfang genommen, wie der Übergang der Landwirtschaft zu intensiveren Betriebssystemen, das Eindringen des mechanischen Großbetriebes in die bisher handwerksmäßig betriebenen Gewerbezweige mit einer veränderten sozialen Schichtung der Bevölkerung als Folge, das Aufhören der gewerblichen Eigenproduktion der Familienwirtschaft, wodurch ein Teil des weiblichen Geschlechts aus dem Hause heraus- und in das Erwerbsleben hineingedrängt wird — die Zahl der weiblichen Erwerbs-ätigen nahm von 1822 bis 1907 von $5\frac{1}{2}$ auf $9\frac{1}{2}$ Millionen zu —, der Ausbau des Eisenbahnnetzes mit seinen die interterritoriale Arbeits-eilung fördernden und Handel und Verkehr umgestaltenden Wirkungen, die Ausbreitung des Aktienwesens, besonders nunmehr in der Industrie, mit dem dadurch bedingten Anschwellen des Börsenverkehrs usw., alle diese Entwicklungen nehmen in der dritten Periode ihren Fortgang, zum Teil in beschleunigtem Tempo. Als eine wirklich neue Erscheinung kommen hierzu neben einem stärkeren Hervortreten des Staats- und Gemeindebetriebs (Verkehrswesen, Gas-, Wasser- und

(Elektrizitätswerke) eigentlich nur die überall sich regenden Organisationsbestrebungen. Es ist, als ob das Wirtschaftsleben aus sich selbst heraus ein Gegengewicht gegen die durch die Einführung der freien Konkurrenz entfesselten Kräfte schaffen wollte, und als solches Gegengewicht dient ihm die Verbandsbildung, vor allem in der Form der einheitlichen Zusammenfassung des Angebots behufs Erzielung besserer Preise. Auf dem Rechtsboden der Gewerbefreiheit sind so Gebilde entstanden, die tatsächlich den Zustand der Gewerbefreiheit mehr oder weniger wieder beseitigen und an seiner Stelle Zustände schaffen, die den im alten Zunftwesen herrschenden in mancher Beziehung ähnlich sind. Das sind auf der einen Seite die Verbände der Unternehmer, die Kartelle, Konventionen, Syndikate, Trusts usw., und auf der anderen die Verbände der Arbeiter, die Gewerkschaften und Fachvereine. Diese zwei Arten von Verbänden werden ja gewöhnlich als wesensverschiedene Gebilde aufgefaßt und demgemäß auch sehr verschieden beurteilt. Wer aber tiefer in den Gegenstand eindringt, dem wird bald die Erkenntnis sich aufdrängen, daß Unternehmerkartelle und Arbeitergewerksvereine, so wenig sie äußerlich scheinbar miteinander gemein haben, in ihrer ökonomischen Verfassung sowie in den Mitteln, durch die sie ihre wirtschaftliche Bedeutung erlangen, auf denselben Prinzipien ruhen. Und zwar besteht die allgemeine Bedeutung beider Arten von Verbänden eben darin, daß durch sie eines der Grundprinzipien, auf denen unsere Wirtschaftsordnung ruht, nämlich die Gewerbefreiheit, aus eigener Kraft in ihr Gegenteil umzuschlagen droht und daß dadurch Verhältnisse entstehen, die als ein Mittelglied zwischen dem Zustand der freien Konkurrenz und dem des eigentlichen Monopols anzusehen sind.

Wie die moderne gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland aber erst mit der Gründung des neuen Reichs stärker einsetzt, so fällt in diese Zeit, und namentlich in die Jahre nach 1880, auch erst der Beginn der eigentlichen Ära der Kartelle, obwohl es bereits vorher vereinzelt Kartelle gegeben hat. Das rasche Umsichgreifen der Verbandsbildung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ist eines der am meisten hervorstechenden Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in der Zeit von 1871 bis 1914.

Als weitere dieser Zeit eigenartige Erscheinungen seien schließlich noch das Eindringen des Großbetriebs auch in den Handel durch Ausbildung neuer Vertriebsformen des Warenabfages, und ferner

die Konzentrationsbewegung im Bankwesen genannt, welche letztere nach mancher Richtung hin mit der industriellen Kartellbewegung verwandt ist, in erster Linie aber als die spezielle Form zu betrachten ist, in welcher der Großbetrieb im Bankwesen sich siegreich durchsetzt und eine dominierende Stellung erlangt.

Überblicken wir zum Schluß noch einmal den Gesamtverlauf der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert, so erkennen wir deutlich, wie jede der drei Perioden, die wir unterschieden haben, dem deutschen Wirtschaftsleben etwas wesentlich Neues gebracht hat.

Die erste Periode führte durch die Bauernbefreiung, die Landes- kulturgesetzgebung und die wenigstens teilweise Verwirklichung der Gewerbefreiheit eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein. Die zweite Periode gab der deutschen Volkswirtschaft durch das Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise, das sich im Anschluß an die zollpolitische Einigung und an die Umgestaltung des Verkehrswesens vollzog, eine neue, eine moderne wirtschaftliche Struktur. In der dritten Periode endlich erhielt der deutsche Wirtschaftskörper durch den Übergang zum Exportindustrialismus und zum Exportkapitalismus eine veränderte, und zwar eine zum großen Teil im Auslande liegende Basis. Zwar beruht auch gegenwärtig noch die wirtschaftliche Existenz des größeren Teiles der deutschen Nation auf der einheimischen agrarischen Basis, auf dem Austausch von Produkten der deutschen Landwirtschaft gegen Produkte der deutschen Industrie, die Signatur der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Kriege war aber unzweifelhaft die, daß der Teil der deutschen Volkswirtschaft, dessen Wurzeln im Auslande lagen, der auf Gedeih und Verderb mit der Weltwirtschaft verbunden war, viel rascher wuchs als der deutsche Agrikultur-Manufakturstaat.

Zweiter Vortrag.

Die Umgestaltung der Landwirtschaft unter dem Einfluß der Agrarreformen und dem Drucke der zunehmenden Bevölkerung.

In manchen Kreisen ist die Auffassung verbreitet, als ob nur die gewerblichen Verhältnisse in Deutschland während des letzten Jahrhunderts eine gewaltige Umwälzung durchgemacht hätten, in der

Landwirtschaft aber im wesentlichen alles beim alten geblieben sei. Nichts kann verkehrter sein als diese Anschauung. Die Umgestaltung, welche die deutsche Landwirtschaft im letzten Jahrhundert erfahren hat, war nicht geringer an Umfang und Bedeutung, wenn sie zum Teil auch nach ganz anderer Richtung ging, als die gleichzeitige Umgestaltung der Industrie. Und namentlich lassen sich die Veränderungen, die während der ersten Hälfte des Jahrhunderts in der Technik des Landwirtschaftsbetriebs eingetreten sind, der Revolution, die sich hauptsächlich erst nach 1850 in der industriellen Technik vollzog, getrost an die Seite stellen. In bezug auf das wirtschaftliche Gesamtergebnis, zu dem die Einführung der neuen Technik führte, zeigen Landwirtschaft und Industrie allerdings, um das schon hier anzudeuten, gerade das entgegengesetzte Bild: in der Industrie ergab sich aus der Anwendung der neuen Arbeitsmethoden, insbesondere der Maschinentechnik, eine Verbilligung der Produktion, in der Landwirtschaft hatte das rationelle, den Bodenertrag steigernde Verfahren umgekehrt eine Erhöhung der Produktionskosten im Gefolge.

Daß die Wandlungen auf agrarischem Gebiete über denen im Gewerbetesen so leicht übersehen werden, liegt wohl einmal daran, daß in der Landwirtschaft die Umgestaltung der Produktionsmethoden und der Produktionskosten mehr als eine Summe kleiner, allmählicher Änderungen eingetreten ist, während in der Industrie die neue Technik im offenen, sofort zu Preisermäßigungen führenden Konkurrenzkampfe zwischen verschiedenen Betriebsformen sich durchsetzte. Zum anderen aber liegt die Umwälzung der landwirtschaftlichen Verhältnisse schon etwas weiter zurück und wird daher eher vergessen als die der industriellen. Das Eindringen des mechanischen Großbetriebes mit seiner Maschinentechnik in das bisher handwerksmäßig betriebene Gewerbe ist in Deutschland in der Hauptsache erst nach 1848 erfolgt. Die Änderungen in der Verfassung und der Betriebsweise der Landwirtschaft dagegen fallen zum größten Teil schon in die ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts, so daß wir etwas summarisch die Zeit von 1800 bis 1850 geradezu als die Periode der Umgestaltung der Landwirtschaft und die Jahre seit 1850 als das Zeitalter der Umwälzung der Industrie bezeichnen können.

Bei einer Untersuchung der Wandlungen, welche die deutsche Landwirtschaft im 19. Jahrhundert durchzumachen hatte, erfordern vor allem drei Punkte eine Besprechung:

1. die Entwicklung der Betriebs- und der Besitzverhältnisse,
2. die Umgestaltung der Arbeitsverfassung und der Arbeiterverhältnisse,
3. der Übergang zu neuen Betriebsystemen und die hieraus entspringende Zunahme der Produktion, aber auch der Produktionskosten.

Die Betrachtung der Betriebs- und der Besitzverhältnisse ist deshalb an die Spitze gestellt, weil auf diesem Gebiet verhältnismäßig nur geringfügige Änderungen im 19. Jahrhundert eingetreten sind. Das gilt zunächst von der Verteilung der Landwirtschaftsbetriebe auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen. Soweit wir überhaupt statistische Unterlagen hierüber besitzen, hat der Großbetrieb während des 19. Jahrhunderts keine erheblich ins Gewicht fallenden Fortschritte in der deutschen Landwirtschaft gemacht. In der Zeit von 1882 bis 1907, für welche zuverlässige Zahlen vorliegen, hat sogar umgekehrt der Kleinbetrieb, und zwar speziell der mittelbäuerliche Betrieb, seinen Anteil sowohl an der Gesamtzahl der Betriebe als auch an der landwirtschaftlich benutzten Fläche auf Kosten desjenigen der größeren, sowie auch zum Teil der kleineren Betriebe vergrößert. In der Landwirtschaft fehlt also das Gegenstück zu der Verdrängung des handwerksmäßigen Kleinbetriebs durch die großkapitalistische Unternehmung. Und wenn man sich die Sache ruhig überlegt, hat diese Erscheinung, über die namentlich von sozialistischer Seite so viel geschrieben worden ist, im Grunde nichts Auffallendes. In der Industrie war die Verdrängung des handwerksmäßigen Kleinbetriebs durch den fabrikmäßigen Großbetrieb nur dadurch möglich, daß beide für den Markt produzierten und beim Absatz ihrer Produkte miteinander konkurrierten. In der Landwirtschaft aber kann von einem Konkurrenzverhältnis zwischen Groß- und Kleinbetrieb oft nur in sehr geringem Grade die Rede sein. Die Produktion der bäuerlichen Kleinbetriebe ist zum großen Teil gar nicht für den Markt, sondern für die Deckung des eigenen Bedarfs des Landwirts und seiner Familie bestimmt. Von einem Konkurrenzverhältnis zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb kann häufig nur indirekt die Rede sein, nämlich mit Bezug darauf, wer von beiden die höheren Preise für den Boden zu zahlen imstande ist. Das ist die Hauptform, wie sich in der Landwirtschaft der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Betriebsformen abspielt. Es

handelt sich also nicht um eine direkte Verdrängung der einen Form durch die andere vom Absatzmarkte, sondern darum, wer den höheren Preis für den Boden zu zahlen und dadurch sich auszubreiten vermag. In diesem entscheidenden Punkte kann nun nicht entfernt etwa von einer allgemeinen Konkurrenzunfähigkeit des Kleinbetriebs gegenüber dem Großbetrieb gesprochen werden, in manchen Beziehungen läßt sich für die Gegenwart eher das Gegenteil feststellen. Das liegt sehr einfach darin begründet, daß der Landwirtschaftsbetrieb zur Anwendung der Momente, auf denen in der Industrie die Überlegenheit des Großbetriebs beruht, wie der Maschinentechnik und des Prinzips der Arbeitserlegung, wegen des Saisoncharakters und der natürlichen Gebundenheit des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses nur wenig Gelegenheit bietet. Außerdem vermag in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb die Maschinen, die der Großbetrieb anwendet, auf dem Wege genossenschaftlichen Zusammenschlusses, der in Deutschland im 19. Jahrhundert so gewaltige Fortschritte gemacht hat, sich ebenfalls nutzbar zu machen, weil sie in der Regel nur kurze Zeit gebraucht werden. Und vor allem hat der Kleinbetrieb, weil er nicht auf fremde Arbeitskräfte angewiesen ist, in der Qualität der Arbeit einen Vorsprung vor dem Großbetrieb.

Wenn man diese Verhältnisse erwägt, dann zeigt sich, daß die Erwartung, daß sich in der Landwirtschaft das Gesetz der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb ebenso wie in der Industrie durchsetzen werde, nichts als eine unberechtigte Übertragung von lediglich aus der industriellen Entwicklung abgeleiteten Beobachtungen auf die Landwirtschaft war.

Wie das Verhältnis zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen, so hat auch die Grundbesitzverteilung in der deutschen Landwirtschaft während des letzten Jahrhunderts eigentlich keine durchgreifende Änderung erfahren, und ebenso ist glücklicherweise die Eigenbewirtschaftung der Güter durch den Besitzer neben der im Vergleich mit Ländern wie Großbritannien und Belgien nur in geringem Umfang vorkommenden Verpachtung die Regel geblieben. Gleich die ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts brachten allerdings eine beträchtliche Verschiebung in dem Verhältnis zwischen Bauernland und Großgrundbesitz. Durch die Deklaration von 1816, nach der die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse zum größten Teil erfolgt ist, wurde bestimmt, daß der Bauer für die Ablösung der

Frondienste, etwaiger Naturalabgaben sowie des Obereigentumsrechtes, das dem Gutsherrn vielfach am Bauerngute zustand, nicht nur auf eine Reihe von Rechtsansprüchen zu verzichten hatte, die er bisher z. B. bei Mißwachs oder bei Viehsterben an den Gutsherrn hatte erheben können, sondern daß er dem letzteren auch noch den dritten Teil seines Landes abzutreten hatte, wenn er erblicher Besitzer war, und sogar die volle Hälfte seines Grund und Bodens, wenn er als unerblicher, als sogenannter laffitischer Besitzer auf der Stelle gefessen hatte. Gleichzeitig beseitigte die Deklaration von 1816, das war eine weitere Konzession an die Gutsherren, den Bauernschutz aus der Zeit Friedrichs des Großen. Wenn die liberale Bewegung jener Zeit für das Bürgertum die Erlaubnis zum Erwerb von Rittergütern verlangte und durchsetzte, so konnte man unmöglich dem Adel die Freiheit wehren, die ihm ein halbes Jahrhundert entzogen gewesen war, Bauernstellen auf dem Wege des Privatrechts zu erwerben und mit seinem Besitz zu vereinigen. So hat die Deklaration von 1816 auf zwei verschiedenen Wegen zu einer Vermehrung des Großgrundbesitzes auf Kosten des bäuerlichen Arealis geführt. Immerhin scheinen im Anschluß an diese Gesetzgebung doch nicht so große Besitzverschiebungen zwischen gutsherrlichem und bäuerlichem Areal eingetreten zu sein, wie man nach dem Gesagten eigentlich erwarten sollte. In den alten preußischen Landesteilen war 1859 die Zahl der spannfähigen Bauerngüter noch fast ebenso groß wie 1816, wo sie etwas über 350 000 betragen hatte. Sie hatte sich nur unbedeutend vermindert. Das zu diesen Bauerngütern gehörige Areal war allerdings um 1 762 000 Morgen oder fünf Prozent zurückgegangen. Bei den Rittergütern dagegen, deren Zahl sich unverändert auf etwa 12 000 hielt, war von 1837 bis 1865 ein beträchtlicher Arealgewinn zu verzeichnen. Interessanterweise haben gleichzeitig mit den Rittergütern aber auch die Kleinbäuerlichen Stellen nicht nur ihre Zahl, sondern auch ihre Fläche beträchtlich vermehrt, so daß die soziale Struktur der ländlichen Bevölkerung im ganzen durch diese Vorgänge nicht wesentlich verändert worden ist.

Auch in der Zeit nach der Mitte des Jahrhunderts haben nach den Untersuchungen Schmollers nennenswerte Veränderungen in der Grundbesitzverteilung nicht stattgefunden. Im Gebiete des vorherrschenden Großgrundbesitzes, in Ostelbien, mag allerdings in der Zeit von 1850 bis zum Ende der 70er Jahre, besonders in gewissen Ge-

genden, noch mancher Bauernhof von den Rittergütern ausgetauft worden sein. In den letzten Jahrzehnten setzt dann aber im deutschen Osten sogar eine rückläufige Bewegung ein. Der Großbesitz verliert zugunsten des Kleinbesitzes an Areal. Diese Entwicklung, welche die historisch überkommene Grundbesitzverteilung in einem volkswirtschaftlich durchaus gesundem Sinne korrigiert, ist wesentlich mit durch das Eingreifen des Gesetzgebers herbeigeführt worden, und zwar war sie das Resultat der preußischen Ansiedlungs- und Rentengutzgesetze. Bis zum Jahre 1910 war durch die innere Kolonisation, welche diese Gesetze einleiteten, bereits eine Mehrung des Kleingrundbesitzes in den östlichen Provinzen um 32 175 neue Stellen und um 438 150 ha Land bewirkt worden, wovon der Löwenanteil auf die „Ansiedlungsprovinzen“ Posen und Westpreußen entfällt. Dadurch ist nach Sering eine viermal größere Fläche an den Bauernstand zurückgefallen, als dieser von 1816 bis 1859 im Wege des freien Güterverkehrs an den Großgrundbesitz verloren hatte. Der Gesamtverlust, den die Bauernschaft des Ostens im Laufe des 19. Jahrhunderts vor allem durch die Agrargesetzgebung erlitten hat, ist dadurch freilich noch nicht wieder eingebracht.

Im großen und ganzen hat also Deutschland die Grundbesitzverteilung, die es vom 18. Jahrhundert übernommen hatte, im 19. unverändert bewahrt. Am Anfang wie am Ende des 19. Jahrhunderts zerfällt Deutschland in drei ungefähr gleich große Gebiete, von denen jedes eine andere Mischung zwischen großen, mittleren und kleinen Gütern zeigt. Das eine Gebiet umfaßt das ganze östliche Deutschland, und für seine Grundbesitzverteilung ist die Tatsache maßgebend, daß die Großbetriebe mehr als $\frac{1}{3}$, teilweise sogar bis zur Hälfte der Gesamtfläche einnehmen. Zu dem zweiten Gebiet gehören ganz Nordwest- und Mitteldeutschland sowie Bayern, abgesehen von der Rheinpfalz; hier kommt mehr als die Hälfte der ganzen Fläche auf die eigentlichen Bauerngüter. Das dritte Gebiet endlich umfaßt Südwestdeutschland; in ihm entfällt mehr als die Hälfte des Landes auf die Parzellenwirtschaften und die bäuerlichen Kleinstellen.

Die Art der Grundbesitzverteilung in Süd-, West- und Mitteldeutschland brachte es mit sich, daß für diese Gebiete die ländliche Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert nie die Bedeutung erlangt hat wie für den deutschen Osten. Wo die größeren Güter nur relativ selten vorkommen und inmitten zahlreicher kleiner und mittlerer Be-

sitzungen von den verschiedensten Abstufungen liegen, da macht dem Großbetrieb die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte meist keine Schwierigkeiten. Die ländliche Arbeiterfrage löst sich hier zum großen Teil von selbst. Die Inhaber solcher Stellen, die die Arbeitskraft ihrer Besitzer nicht ganz in Anspruch nehmen, sind gern bereit, auf den großen Gütern im Tagelohn zu arbeiten, und bewahren dabei ihre Selbständigkeit. Anders lagen und liegen noch jetzt die Dinge im ostelbischen Deutschland. Hier war durch die Aufhebung der Erbuntertänigkeit und die Ablösung der Frondienste der Bauern bald nach Beginn des Jahrhunderts die Arbeitsverfassung zerrümmert worden, auf der bis dahin der landwirtschaftliche Großbetrieb jener Gegenden beruht hatte.

Was aber setzte man an die Stelle des unhaltbar gewordenen Systems der Zwangsarbeit? In der Landwirtschaft des ostelbischen Deutschland sind im Laufe des letzten Jahrhunderts schon verschiedene Arbeitsverfassungen aufeinander gefolgt, aber es ist bisher noch nicht gelungen, zu Zuständen zu gelangen, welche sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer dauernd zu befriedigen vermocht hätten. Und, um das gleich zu bemerken, es ist auch nicht zu erwarten, daß man eher zu Verhältnissen kommen wird, die den Wünschen beider Teile entsprechen, als bis die Grundbesitzverteilung des Ostens auf dem Wege der inneren Kolonisation mehr der des Westens annähert und die jetzige, allzustarke Vertretung des Großbesitzes im Sinne einer Verstärkung des Kleinbesitzes korrigiert sein wird — ein Ziel, auf das das bald nach der Revolution erlassene Reichs-siedlungsgesetz vom 11. August 1919 hinarbeitet, das in die innere Kolonisation ein beschleunigtes Tempo zu bringen sucht.

Als die Formen der alten Arbeitsverfassung zerbrochen wurden, da waren die Gutsherren zunächst in großer Sorge, woher sie die nötigen Arbeitskräfte zur Fortführung ihres landwirtschaftlichen Großbetriebs bekommen sollten. Sie setzten daher durch, daß durch die Deklaration von 1816 nur die größeren, die spannsfähigen Bauern für regulierbar erklärt wurden, und daß ihnen so wenigstens die Handdienste der kleineren Bauern erhalten blieben. Damit war ihr Arbeitsbedarf aber noch nicht gedeckt. Die Beschaffung der Arbeitskräfte, die sie darüber hinaus noch brauchten, ging wieder ihr Erwarten indessen ohne große Schwierigkeiten vor sich, sowohl bei dem ledigen Gesinde als auch bei den verheirateten Arbeitern. Hat-

ten die Bauernkinder früher Zwangsgefindebienste leisten müssen, so waren sie jetzt, wo die Bauernhöfe infolge der Landabtretung weniger Arbeitskräfte erforderten als ehedem, gern bereit, sich freiwillig als Gefinde zu verdingen. Und auch die nötigen verheirateten Gutsarbeiter konnten die Rittergutsbesitzer ohne Mühe bekommen. Die kleineren Bauernstellen waren ja nicht regulierbar. Also konnte sie der Gutsherr bei Neubesetzungen einziehen und dadurch ihre Inhaber zwingen, als Gutstagelöhner auf jährliche Kündigung in seine Dienste zu treten. Aber auch von den Bauern, deren Stellen an sich regulierbar waren, zogen viele es vor, so auffallend das zunächst klingt, die Stelle eines Gutstagelöhners anzunehmen. Wurde doch damit eigentlich zunächst an ihrer wirtschaftlichen Lage nicht viel geändert. Sie blieben im Grunde, was sie waren, nur daß sie nicht mehr auf Lebenszeit an die Stelle gefesselt waren, sondern von Jahr zu Jahr kündigen konnten.

Das Vertragsverhältnis, in das die neugeschaffene Klasse der freien Gutsarbeiter zu ihren Arbeitgebern trat, hat im Laufe des 19. Jahrhunderts allerlei Wandlungen erfahren. Als zuerst freie Tagelöhner an die Stelle der fronenden Bauern traten, da konnten die Gutsbesitzer bei den vorwiegend naturalwirtschaftlichen Verhältnissen, die auf dem platten Lande noch herrschten, ihren Arbeitern nichts anderes geben als Landnutzung, Weidrechte und Ertragsanteile. Das geringe Kapital, über das sie verfügten, brauchten sie, um an Stelle der wegfallenden Spanndienste der Bauern Zugvieh, Wagen und Ackergeräte anzuschaffen, die sie bisher meist nicht selbst gehalten hatten. So finden wir denn die freien Gutsarbeiter, die ständig auf den größeren Gütern angestellt sind und die mit den verschiedensten Namen wie Insten, Diensteute, Dreschgärtner usw. bezeichnet werden, anfänglich in folgendem eigentümlichen Vertragsverhältnis zu ihren Arbeitgebern. Der Gutsbesitzer richtet in der Nähe seines Gutes eine Reihe von Arbeiterwohnungen ein, etwa 10 bis 15. In jedem Häuschen, Katen, wie man in Ostpreußen sagt, setzt er eine Arbeiterfamilie an, die ihm für die Dauer des Kontraktes mit den Arbeitskräften des Mannes, der Frau, dieser wenigstens in der Erntezeit, und eines Gehilfen, den der Mann zu halten verpflichtet ist, des sog. Scharwerkers, für die landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Rittergute tagtäglich zur Verfügung stehen muß. Dafür empfängt die Arbeiterfamilie außer der freien Wohnung bis zu einem Morgen Gartenland, um darauf Kartoffeln und Gemüse

selbst zu bauen, ferner drei bis neun Morgen Getreideland in den gutsherrlichen Schlägen, die für sie bei der allgemeinen Bestellung der Gutsfelder mit bestellt werden, endlich Weide und Winterfutter für eine Kuh, öfter auch noch für Schafe und Gänse. Zur Schweinezucht reichen schon die sonstigen Einnahmen des Arbeiters aus. Außerdem hat der Gutstageselöhner Anspruch darauf, während des Winters das Getreide des Gutsherrn gegen einen bestimmten Anteil am Erdrusch, gewöhnlich den 10. bis 13. Scheffel, auszudreschen. Der Anteil am Dreschergebnis und das, was der Arbeiter auf dem ihm überlassenen Morgen erntet, ist meist so groß, daß der Arbeiter als Getreideverkäufer auftreten kann und daß er daher ebenso wie der Gutsherr ein Interesse an hohen Getreidepreisen hat. Neben diesen Naturalbezügen tritt der Geldlohn ganz in den Hintergrund. Alles in allem befand sich der Gutstageselöhner materiell in keiner ungünstigeren Lage als etwa eine Kleinbäuerliche Familie.

Diese Arbeitsverfassung, die sich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts sehr schnell ausbreitete, schon weil die Guttsbesitzer fürchteten, daß die lassitischen Kleinbauern, wenn sie nicht in Landarbeiter, auf jährliche Kündigung angestellt, verwandelt würden, vom Staate auch noch für regulierbar erklärt werden könnten, was dann in der That 1850 geschah, aber natürlich nunmehr ohne Erfolg, diese Arbeitsverfassung, die zunächst an die Stelle der Einrichtung der Frondienste getreten war, erfuhr seit den 70er Jahren wieder vielfach Veränderungen. An ihre Stelle trat in wachsendem Umfange das sogenannte Deputantenverhältnis. Der Betrieb der Landwirtschaft hatte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts bedeutende Verbesserungen erfahren, und die Erträge von der kultivierten Fläche waren beträchtlich gestiegen. Je mehr dadurch der Wert des Grund und Bodens sich hob, desto unvorteilhafter wurde die bestehende Arbeitsverfassung für den Gutsherrn, sofern die Einnahmen der Arbeiter mit der Steigerung der Getreiderohherträge ebenfalls wuchsen. Die Gutsherrn schränken daher die Landzuweisung an ihre Arbeiter ein, sie lassen ihnen oft nur noch ein Stück Kartoffel- und Gemüseland, sie nehmen ihnen vielfach auch das Recht, eine Kuh zu halten und sie auf die Weide zu treiben. Nur einem Teil der Arbeiterschaft wird dieses Recht noch zugestanden. Als Ersatz geben sie in ihrer Höhe ein für allemal festbestimmte Deputate von Getreide, Kartoffeln usw. Kann der Arbeiter bei dem neuen Verhältnis auch auf Bezüge rech-

nen, die in ihrer Höhe sicher sind, während sonst seine Einnahmen nach den Schwankungen des Ernteausfalls sich richteten, so hat sich seine wirtschaftliche Lage doch im ganzen etwas verschlechtert. Und vor allem: die kleine Produktionswirtschaft, die er bisher führte und die ihn seine Abhängigkeit weniger fühlen ließ, hat durch das Verbot der Kuhhaltung ihren Mittelpunkt verloren. Er ist nun nichts weiter als Lohnarbeiter und seine Wirtschaft wird immer ausschließlicher Konsumtionswirtschaft. Denn die Deputate, die er erhält, sind so bemessen, daß er sie in der Hauptsache zur Deckung seines eigenen Bedarfs verwenden muß und nichts mehr davon verkaufen kann, zumal auch sein Anteil am Getreideertrusch immer mehr herabgesetzt wird. Schließlich führte diese Entwicklung in manchen Gegenden dazu, daß die Naturallohnung immer mehr in den Hintergrund trat und der Geldlohn an ihrer Stelle zur Hauptsache wurde.

Wo aber die Naturallohnung mehr und mehr durch die Geldlohnung ersetzt wurde, wo insbesondere die Landzuweisung an die Arbeiter eingeschränkt wurde, die ihnen die Viehhaltung ermöglichte, da mußte man bald die Erfahrung machen, daß die Arbeiter nicht mehr auf dem Lande zu halten waren, daß sie in wachsendem Umfange abwanderten. Diese Erfahrung, die insbesondere in der Provinz Sachsen gemacht wurde, hat natürlich zur Folge gehabt, daß man mit der Einschränkung der Naturallohnung vorsichtiger wurde. Und so spielt sie auch heutigen Tags noch bei einem großen Teil der Landarbeiterschaft eine wichtige Rolle. Die Verhältnisse auf dem Lande lassen sich in dieser Beziehung ebensowenig wie auf anderen Gebieten mit denen in der Industrie vergleichen. In der Industrie geht die Tendenz der Entwicklung zweifellos auf Abschaffung der Naturallohnung. In den Gewerben, in denen die Gehilfen, den Wohnheiten der Zunftzeit entsprechend, noch Kost und Wohnung vom Meister erhalten, sucht man diesen Zustand jetzt meist zu beseitigen, zumal in den großen Städten. Auf dem Lande liegen die Verhältnisse in bezug auf die Naturallohnung aber noch wesentlich anders. Dort hat sie eine wichtige wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, sie macht aus dem Landarbeiter zugleich eine Art Kleinunternehmer. Ein sozialistischer Landwirt, Dr. A. Schulz, beschreibt einmal ihre Rolle folgendermaßen: „Die Naturallohnung und besonders die Gewährung von Gelegenheit zur Kuh- und Schweinehaltung ist nicht, wie manche Genossen glauben, ein von den böshaftern Junkern will-

kürzlich ausgeklügeltes Mittel, die Instleute, Feuerlinge usw. noch besser auszubeuten, sondern sie ist das gesetzmäßig entstandene und unvermeidliche Ergebnis des Zusammenwirkens dreier Faktoren: der Großbetriebsform, der unabänderlichen Naturtatsache des Saisoncharakters des Landwirtschaftszugewerbes und der Landlosigkeit der Landarbeiter.“

Diese Auffassung trifft entschieden das Richtige. Daß der Landarbeiter einen großen Teil seines Lohnes in Naturalien erhält, hat vor allem auch die Bedeutung, daß die Verarbeitung dieser Naturalien für den Eigenkonsum und teilweise auch für den Verkauf den arbeitsfähigen Familienmitgliedern während der nicht von der Gutsarbeit besetzten Zeit eine nutzbringende Beschäftigung im eigenen Haushalt oder Kleinbetrieb gibt. Die von der Gutsarbeit freigelassene Zeit ist zumal im Winter aber sehr beträchtlich. Darauf hat vor allem auch die Einführung der Dampfdreschmaschine hingewirkt. Diese hat den Unterschied, der in bezug auf den Arbeitsbedarf der Landwirtschaft zwischen Sommer und Winter besteht, noch größer gemacht, als er schon von Natur ist. Mit ihrer Hilfe kann ja in wenig Tagen die ganze Getreideernte auch eines großen Gutes aufgearbeitet werden, und dadurch ist dem Landarbeiter die Arbeit genommen, die in früherer Zeit neben gewissen gewerblichen Berührungen seine Hauptbeschäftigung im Winter bildete. Durch die Einführung der Dampfdreschmaschine hat der Bedarf der Landwirtschaft an ständigen Arbeitern verhältnismäßig abgenommen. Immerhin hat auch jetzt noch jeder größere Landwirtschaftsbetrieb neben dem Gesinde, dem die Wartung des Viehs obliegt, eine Anzahl von verheirateten Arbeitern nötig, über deren Arbeitskraft er im Bedarfsfalle muß verfügen können. Mit diesem Teil der Arbeiterschaft werden regelmäßig Jahreskontrakte abgeschlossen. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt, in dem sich die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft von denen in der Industrie unterscheiden. In der Industrie geht ja die allgemeine Tendenz der Entwicklung offenbar dahin, immer kürzere Kündigungsfristen einzuführen bzw. überhaupt jede Kündigungsfrist abzuschaffen, in der Landwirtschaft werden mit einem großen Teil der Arbeiterschaft, eben demjenigen, in dessen Lohn Wohnung und Landnutzung einen Hauptbestandteil bilden, die Arbeitsverträge auf die Dauer von mindestens einem Jahr abgeschlossen. Diese längere Dauer des Arbeitskontraktes darf bei

den besonderen Verhältnissen, wie sie in der Landwirtschaft herrschen, nicht unter dem Gesichtspunkte einer Fesselung des Arbeiters betrachtet werden, sondern sie liegt auch im Interesse der Arbeiter selbst. Wollte man an Stelle der Jahreskontrakte etwa Monatskontrakte setzen, so könnte das leicht die Folge haben, daß der Arbeitgeber aus Sparsamkeit in der arbeitsarmen Zeit, im Winter, diesen Arbeitern die Stelle kündigte. Jetzt bietet der Abschluß des Vertragsverhältnisses von Jahr zu Jahr dem Arbeiter Gelegenheit, sich auf der Arbeitsstelle, auf der sich während des Sommers sehr stark anstrengen mußte, im Winter einigermaßen wieder zu erholen und auszuruhen. Die mindestens einjährige Dauer des Arbeitskontraktes dient dabei zugleich in gewissem Sinne als Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Der schärferen Ausprägung des Saisoncharakters des Landwirtschaftsgewerbes in neuerer Zeit ist es zuzuschreiben, daß die deutsche Landwirtschaft, insbesondere diejenige der östlichen Provinzen Preußens, in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege in steigendem Maße auf die Heranziehung von Wanderarbeitern, denen nur während des Sommers Beschäftigung gewährt wird, sich einstellte. In der gleichen Richtung wirkte aber noch ein anderer Umstand, das Steigen der Löhne der Landarbeiter. Die Arbeitslöhne der ländlichen Arbeiter, die in der ganzen ersten Hälfte des Jahrhunderts fast unverändert geblieben waren, beginnen seit den 60er Jahren im Zusammenhang mit dem Aufschwung der deutschen Industrie erst langsamer und dann schneller zu steigen. Solange die Getreidepreise gleichfalls eine steigende Richtung verfolgten, trug der ländliche Arbeitgeber die Lohnerhöhungen ohne Beschwerde und hielt dadurch die Abwanderung seiner Arbeiter nach dem Westen auf. Als aber am Ende der 70er Jahre die überseeische Konkurrenz auf dem Getreidemarkt stärker hervorzutreten anfängt und das bisherige Ansteigen der Getreidepreise in einen anhaltenden Rückgang verwandelt, da erliegt die Landwirtschaft in dem Wettrennen mit der Industrie, wer die höheren Löhne zahlen kann. Der Landwirt wird gezwungen, genauer zu rechnen, und sucht nun, wo er Arbeiter findet, die mit den niedrigsten Löhnen zufrieden sind. Als solche bieten sich ihm die Wanderarbeiter slawischer Abstammung, die den Sommer über aus Polen, Rußland und Galizien nach Deutschland kommen. Der deutsche Arbeiter aber räumt vor diesen vielfach das Feld. Er

zieht den höheren Löhnen nach, die er in den Bergbau- und Industriebezirken des Westens, den Hafenstädten usw. findet. Namentlich aus den Gegenden des Ostens, in denen der Großgrundbesitz stark vertreten ist, hat die Abwanderung besonders große Dimensionen angenommen. Der Großgrundbesitz besitzt eben weniger Kraft, die Arbeiter festzuhalten als Gegenden, wo auch der Kleingrundbesitz stärker vertreten ist und daher der Arbeiter mehr Ausichten hat, allmählich zum Besitzer aufzurücken. Von der Vermehrung der Gelegenheiten zum Landerwerb, von der Verstärkung des Mittel- und Kleinbesitzes auf dem Wege der inneren Kolonisation wird es daher in erster Linie mit abhängen, ob es in Zukunft gelingt, der Landflucht wirksamer entgegenzutreten als bisher.

Noch bedeutsamer als die Veränderungen, welche die soziale Stellung des Hauptteils der ländlichen Bevölkerung im letzten Jahrhundert erfahren hat, sind die Wandlungen, die sich im Landwirtschaftsbetrieb selbst vollzogen haben. In dem bei weitem größten Teile der deutschen Landwirtschaft war zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch die alte Dreifelderwirtschaft das herrschende Betriebssystem. Das hatte bereits im 18. Jahrhundert vielfach zu höchst mißlichen, auf die Dauer unhaltbaren Zuständen geführt. Die Dreifelderwirtschaft kann nur da gedeihen, wo neben dem Getreideland große ständige Weiden zur Ernährung des Viehs zur Verfügung stehen. Diese Hauptbedingung der Dreifelderwirtschaft war im 18. Jahrhundert in Deutschland mehr und mehr geschwunden. Deutschland hatte den ungeheuren Menschenverlust, den es im Dreißigjährigen Krieg erlitten, wieder ausgeglichen, und die Zunahme der Bevölkerung nötigte dazu, immer mehr Boden aus Wiese oder Weide in Ackerland zu verwandeln. Infolgedessen wurden die Ernährungsverhältnisse des Viehs, insbesondere des Rindviehs, immer schwieriger. Den Anbau von Futtergewächsen auf dem Felde kannte man im 18. Jahrhundert zunächst noch nicht. Im Sommer waren die Zustände immer noch leidlich. Die Wiesen und die Trach- und Stoppelweiden boten da ausreichendes Futter. Aber im Winter war das Vieh bei der sehr geringen Heugewinnung auf das gänzlich unzureichende Stroh als Hauptnahrungsmittel angewiesen. Es kam daher vor, wie v. d. Goltz berichtet, daß Kühe wegen ungenügender Ernährung im Winter so schwach wurden, daß sie, wenn der sommerliche Weidegang anfang, nicht allein aufstehen und gehen konnten.

ten, sondern mit dem Schwanz auf eine Schleife gezogen und so auf die Weide geschleppt werden mußten. Solche Tiere wurden Schwanzvieh genannt, und im Frühjahr erzählten sich dann wohl die Gutsbesitzer, wenn sie zusammentamen, wieviel Schwanzvieh jeder gehabt hatte.

Der fehlerhafte Kreislauf, in dem sich der Betrieb der deutschen Landwirtschaft unter diesen Umständen bewegen mußte, ist nicht schwer zu erkennen, und er ist schon im 18. Jahrhundert von einsichtigen Volkswirten, so von dem berühmten Kameralisten v. Justi, klar erkannt worden. Die hergebrachte Art der Bodenbewirtschaftung, d. h. eben die Dreifelderwirtschaft, bei der auf dem Felde nur Getreide gebaut wurde, lieferte zu wenig Futter. Infolgedessen konnte nur wenig Vieh gehalten werden, und der Ernährungszustand desselben war schlecht. Das hatte wieder eine geringe Düngerproduktion zur Folge, und infolge der geringen Düngerproduktion konnte wieder der Ertrag an Körnern und Stroh auf dem Ackerlande nicht gesteigert werden.

Schon im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts traten in Deutschland Reformbestrebungen hervor, die auf die Einführung des Futterbaues auf dem Ackerlande zielten. Es ist hier namentlich an die Wirksamkeit von Joh. Christian Schubart und von Friedrich dem Großen zu erinnern. Durch ihre Bemühungen fing schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Anbau von Klee auf dem sonst brachliegenden Ackerlande und im Zusammenhang damit die Sommerstallfütterung des Rindviehs an, sich auch im mittleren und östlichen Deutschland langsam auszubreiten. Zu einer allgemeinen Einführung des Futterbaus auf dem Ackerlande kam es freilich im 18. Jahrhundert noch nicht. Der Aufgabe der alten Dreifelderwirtschaft durch Futterbau auf dem Ackerlande standen als Haupthindernisse die damaligen agrarrechtlichen Zustände entgegen. Noch herrschte in weitem Umfange der Flurzwang, der die Landwirte einer Gemarkung nötigte, auf ihrem Anbaulande einen im wesentlichen gleichen Fruchtbau mit übereinstimmenden Bestellungs-, Aussaat- und Erntefristen einzuhalten. Auf dem Drittel der Ackerflur, das regelmäßig alljährlich brachlag, hatten die Grundbesitzer gemeinsame Weiderechte, ebenso auf den Getreidefeldern, sobald die Ernte eingebracht war. Infolgedessen war es nur ganz ausnahmsweise möglich, den Anbau von Klee und anderen Futterkräutern, sowie von Rüben und Hackfrüchten

auf dem Ackerlande zu pflegen. Derselbe Mann, der am meisten dazu beigetragen hat, daß die deutsche Landwirtschaft an die Stelle der Dreifelderwirtschaft die Fruchtwechselwirtschaft setzte, hat darum auch mit der gleichen Energie, mit der er für die Einführung verbesserter Ackerbausysteme wirkte, die Reform der gesamten Agrarzustände, der Flurverfassung sowohl als der Arbeitsverfassung, gefordert. Es war Albrecht v. Thaer, der sich so große Verdienste um die deutsche Landwirtschaft erworben hat, wie kaum ein zweiter. Durch zahlreiche Schriften, namentlich durch seine von 1809 bis 1812 veröffentlichten „Grundsätze der rationellen Landwirtschaft“ hat er die Kenntnis der Fortschritte, welche die englische Landwirtschaft im 18. Jahrhundert gemacht hatte, nach Deutschland gebracht und den Betrieb der deutschen Landwirtschaft auf neue, solidere Grundlagen gestellt. Zugleich suchte er aus den deutschen Landwirten, die bisher ihr Gewerbe rein schablonenmäßig nach althergebrachten Grundsätzen betrieben hatten, rechnende Kaufleute zu machen, die sich bei der Bewirtschaftung ihrer Güter von dem Streben nach dem höchsten, nachhaltig erzielbaren Reinertrage leiten ließen. In diesem Punkte vertrat Thaer sogar richtigere Anschauungen als der andere, der neben ihm den größten Einfluß auf die Technik des Landwirtschaftsbetriebs im 19. Jahrhundert ausgeübt und das Werk Thaers in der Mitte des Jahrhunderts nach der naturwissenschaftlichen Seite hin fortgeführt und vollendet hat, Justus v. Liebig. Die unsterbliche Leistung Liebig's auf agrilkulturchemischem Gebiet, die in der Darlegung der Bedingungen der Pflanzenentwicklung und -ernährung besteht, wird nicht verkleinert und herabgesetzt, wenn wir zugestehen, daß Liebig die in letzter Instanz doch ausschlaggebende ökonomische Seite neben der rein wissenschaftlich-technischen vernachlässigt hat.

Der Wirksamkeit Thaer's ist es in erster Linie zu danken, daß in der deutschen Landwirtschaft in der Zeit von 1800 bis 1850 überall neue, bessere Betriebssysteme eingeführt wurden. An die Stelle der reinen trat entweder die verbesserte Dreifelderwirtschaft, bei der die Brachhaltung eingeschränkt und ein großer Teil des bisher brachliegenden Bodens mit Futterkräutern und Hackfrüchten, insbesondere mit Klee und Kartoffeln bestellt wurde, oder die Dreifelderwirtschaft wurde durch die Fruchtwechselwirtschaft ersetzt, bei der die Brache ganz wegfiel und ein regelmäßiger Wechsel in dem Anbau von Pflanz-

früchten und Blattpflanzen stattfand. Durch die Einschlebung von Blattpflanzen zwischen die Getreidearten erreichte man dasselbe Ziel, das man durch die Brachhaltung des Ackers mit zu erzielen gesucht hatte: der Boden wurde für den Getreidebau im nächsten Jahre sogar besser vorbereitet, als wenn man ihn unbenutzt hätte liegen lassen. Auch die Feldgraswirtschaft, bei der ein periodischer Wechsel zwischen Grasnutzung und Kornfruchtbau auf dem Ackerlande geübt wird, wurde durch die Anwendung des Prinzips des Fruchtwechsels wesentlich umgestaltet und vervollkommenet.

Hand in Hand mit der Einführung neuer Landwirtschaftssysteme und zum großen Teil erst durch den Wechsel des Betriebssystems veranlaßt, vollzogen sich bedeutende Veränderungen der Betriebsweise im einzelnen. Man ging dazu über, den Boden tiefer zu pflügen und ihn überhaupt sorgfältiger zu bearbeiten. Die vollkommeneren Bodenbestellung erforderte freilich auch bessere Ackergeräte, als man sie bis dahin in Deutschland gehabt hatte. Solche Geräte mußte man zunächst aus England beziehen. Von Thier und seinen Nachfolgern wurden sie durch kleine Änderungen mehrfach den deutschen Verhältnissen besser angepaßt. In der Mitte des Jahrhunderts begann man dann auch in Deutschland selbst mit dem Bau von rationell konstruierten landwirtschaftlichen Geräten. Man lernte ferner den Boden besser düngen. Zu der Verwendung des natürlichen Düngers, dessen Produktion durch den Übergang zu Stallfütterung und Fruchtwechselwirtschaft gewaltig gesteigert worden war, gesellten sich bald die künstlichen Düngemittel und die Gründüngung. Endlich ging man dazu über, das Saatgut sorgfältiger zu behandeln und zu reinigen und der Auswahl der anzubauenden Pflanzensorten größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Durch die Züchtung zahlreicher neuer Pflanzenvarietäten wurde dieses Streben unterstützt, und so gelang es, den wechselnden Ansprüchen der verschiedenen Bodenarten und der klimatischen Verhältnisse besser als bisher gerecht zu werden. Das Ziel, dem man auf diesem Gebiete zustrebt, ist das, für jedes Einzelgebiet Deutschlands die beste, den größten Ertrag liefernde Sorte zu finden bzw. zu züchten.

Das Gesamtergebnis aller dieser kleinen und großen Betriebsverbesserungen war eine gewaltige Vermehrung der Produktion der deutschen Landwirtschaft. Bei der Körnerernte ist nach den sorgfältigen Berechnungen Rybarsk's anzunehmen, daß ihr Ertrag im

letzten Jahrhundert in noch stärkerem Maße wie die Einwohnerzahl gewachsen ist. Zu diesem Ergebnis hat einmal die Ausdehnung des Getreidebaues durch Einschränkung des Brachlandes sowie die Heranziehung neuer Bodenklassen zum Ackerbau beigetragen. Im Anfang des 19. Jahrhunderts betrug das Ackerland auf dem Gebiete des Deutschen Reiches nach der genannten Quelle erst etwa $33\frac{1}{3}$ Prozent, im Jahre 1900 dagegen entfielen 47,67 Prozent des Gesamtareals auf das Ackerland. Von 1878 bis 1900, für welchen Zeitraum vergleichbare Erhebungen vorliegen, sind dabei in der prozentualen Verteilung der Gesamtläche auf die verschiedenen Nutzungsweisen keine allzu bedeutenden Verschiebungen mehr eingetreten, abgesehen von der Verminderung des Weide- und Brachlandes zugunsten des Hackfrucht- und Futterpflanzenanbaues sowie auch zugunsten der für menschliche Wohnzwecke verwendeten Fläche. Der Anteil des Ackerlandes insbesondere aber war 1878 schon fast genau ebenso groß wie 1900.

Zu der Steigerung der Ernteerträge, die aus der Vermehrung der landwirtschaftlich kultivierten Fläche sich ergab, gesellte sich im letzten Jahrhundert sodann aber noch ein Anwachsen der Ernteergebnisse infolge Erhöhung der Hoherträge von der Flächeneinheit. In welchem Maße diese beiden Faktoren bei der Steigerung der Ernteerträge der einzelnen Getreidesorten zusammengewirkt haben, läßt folgende kleine Zusammenstellung erkennen. Nach den Ermittlungen Rybark's sind während des 19. Jahrhunderts gestiegen bei

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	%	%	%	%
die Anbaufläche um	102,5	29	-19	62
die Erträge pro ha um	70	65	109	170
die Gesamtzeugung um	244,25	112,85	69,29	337,4.

Die Zahlen sind nach mehr als einer Hinsicht interessant. Am langsamsten zugenommen hat die Gerstenproduktion, was sich aus der Ersetzung der Gerste als Viehfutter durch andere Futtermittel und aus dem wachsenden Import von Braugerste erklärt, am größten war die Steigerung der Ernten bei Hafer. Der Hafer war aber auch diejenige Getreideart, die früher beim Anbau sehr stiefmütterlich behandelt wurde, den schlechtesten Boden und die geringste Düngung erhielt. Von den beiden Brotgetreidearten hat die Weizenproduktion doppelt so schnell zugenommen wie die an sich ebenfalls sehr

schnell gewachsene Roggenerzeugung. Die Verdrängung des Roggens durch den vornehmeren Weizen bedeutet eine Verfeinerung des Konsums, eine Steigerung der Lebensansprüche. Aus der verbesserten Lebenshaltung der großen Menge der Bevölkerung ist es auch zu erklären, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege einen so starken, auf $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ unseres ganzen Brotgetreidebedarfs zu schätzenden Import namentlich von Weizen — im letzten Jahrzehnt durchschnittlich etwas über 2 Millionen Tonnen jährlich — bekommen hat, obwohl am Schluß des Jahrhunderts nach eingehenden Untersuchungen aus der inländischen Getreideerzeugung allein schon eine fast genau ebenso große Menge Brotgetreide für den Konsum pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stand wie am Anfang desselben. Daß zuletzt aber dieses Quantum zur Befriedigung des einheimischen Bedarfs nicht mehr ausreichte und daher die Einfuhr in starkem Maße zur Ergänzung herangezogen werden mußte, ist darauf zurückzuführen, daß von der inländischen Roggenernte ein beträchtlicher Teil gar nicht mehr dem menschlichen Konsum diente, sondern an das Vieh verfüttert wurde, und daß bei Roggen sowohl wie bei Weizen allgemein viel feinere Mehle als früher für die Brotbereitung verwendet wurden. Diese feineren Mehle können aber nur dadurch erzielt werden, daß man sich bei der Vermahlung des Getreides mit einer geringeren Mehlausbeute begnügt und relativ mehr Kleie und Futtermehl erzeugt. Infolge dieses Umstandes wurde vor dem Kriege zur Herstellung des gleichen Quantums Mehl etwa $\frac{1}{4}$ mehr Getreide verbraucht als vor hundert Jahren.

Auch in dem zweiten Hauptzweige der Landwirtschaft, in der Viehzucht, hat in Deutschland während des letzten Jahrhunderts eine gewaltige Zunahme der Produktion stattgefunden; anscheinend ist auf diesem Gebiet das Wachstum der Erzeugung sogar noch wesentlich größer gewesen als beim Getreidebau und hat das Tempo der Bevölkerungsvermehrung im allgemeinen erheblich übertroffen. Die Viehhaltung selbst hat sich in den fünf größten deutschen Bundesstaaten, in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, nach den Berechnungen Nybarks in folgender Weise entwickelt, wenn man die Jahre 1800 und 1900 miteinander vergleicht, wobei die Angaben für 1800 allerdings nicht ebenso zuverlässig sind wie die für 1900. In den genannten Ländern zusammen betrug die Zahl der

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine	Ziegen
1800:	1 947 197	8 065 787	12 075 750	3 227 313	303 495
1900:	3 150 833	14 106 436	6 856 394	11 508 219	1 901 433
	+ 62 %	+ 75 %	- 43 %	+ 259 %	+ 626 %

Bei allen Tiergattungen sind also die Viehbestände stark in die Höhe gegangen, abgesehen lediglich von Schafen, wo der Rückgang der Wollerzeugung und ihre Verlegung nach den australischen, afrikanischen und südamerikanischen Weidegebieten eine Abnahme der Schafhaltung bedingte. Die Vermehrung der Viehbestände gibt aber nur ein unvollständiges Bild von der Steigerung der Fleischproduktion der deutschen Landwirtschaft im letzten Jahrhundert. Auf diese haben noch zwei andere Faktoren Einfluß gehabt. Einmal hat sich das Durchschnittsalter des geschlachteten Viehs im Laufe der Jahrzehnte immer mehr in der Richtung geändert, daß das Vieh jetzt durchschnittlich in wesentlich jüngerem Alter zur Schlachtkant geführt wird als ehemals. Diese Beschleunigung des Umschlags bedeutet natürlich bei gleichbleibender Viehhaltung eine Zunahme der Fleischproduktion. Sodann ist aber auch das einzelne Stück Schlachtvieh infolge der besseren Ernährung, die ihm zuteil wird, und der Züchtung besserer Viehassen nach und nach entschieden schwerer geworden; das durchschnittliche Schlachtgewicht des Viehs hat zugenommen, und zwar sehr erheblich, bei Rindvieh um etwa 120 Prozent, bei Schweinen um fast 100 Prozent. Im ganzen ist nach der vorhin genannten Quelle unter Berücksichtigung aller aufgeführten Umstände für das 19. Jahrhundert eine Zunahme der Fleischproduktion der deutschen Landwirtschaft um fast 600 Prozent oder, wenn wir das Wachstum der Bevölkerung in Betracht ziehen, um beinahe 200 Prozent pro Kopf der Bevölkerung anzunehmen. Und diese Annahme hat gar nichts Unwahrscheinliches, wenn wir aus der Statistik über die Ergebnisse der Schlachtsteuer im Königreich Sachsen erfahren, daß dort der jährliche Verbrauch an Rind- und Schweinefleisch pro Kopf der Bevölkerung im Jahrzehnt 1835/44 erst 15,8, dagegen 1895/1904 mehr als das 2 $\frac{1}{2}$ fache, nämlich 40,75 kg betrug, und dabei bedenken, daß der Fleischbedarf Deutschlands stets bis auf einen relativ geringen Rest durch die inländische Produktion gedeckt worden ist. Die Vorbedingungen für diese ungeheure Vermehrung der deutschen Fleischproduktion waren dadurch gegeben, daß die deutsche Landwirtschaft auch ihre Erzeugung an

Futtermitteln beträchtlich zu steigern imstande war. Insbesondere ist hier an die Einführung der Fruchtwechselwirtschaft zu erinnern. Vor 100 Jahren war der Anbau von Futterpflanzen auf dem Ackerlande, wie erwähnt, fast noch etwas Unbekanntes. 1900 bedeckten die Futterpflanzen über 10 Prozent der Ackerfläche. Der Kartoffelbau beanspruchte vor 100 Jahren kaum $1\frac{1}{2}$ Prozent des Ackerlandes, vor dem Kriege dagegen über 13 Prozent. Dazu ist ferner die für die Viehzucht so wichtige Kultur der Zuckerrübe als etwas ganz Neues hinzugekommen, und endlich hat sich zu der inländischen Futtermittelerzeugung in den letzten Jahrzehnten auch noch eine außerordentlich starke Einfuhr von ausländischen Futtermitteln, z. B. von Mais, Gerste, Dinkeln usw., gesellt, ohne welche die vor dem Kriege erreichte Höhe der deutschen Viehzucht nicht denkbar ist.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der gewaltigen Steigerung der agrarischen Produktion beruht vor allem auf der durch sie ermöglichten starken Bevölkerungsvermehrung. Die Einwohnerzahl Deutschlands ist von 1816 bis 1910 von 24,8 auf 64,9 Millionen gewachsen. Auf dieses rasche Wachstum seiner Bevölkerung gründete sich nicht in letzter Linie die politische Machtstellung, welche das Deutsche Reich vor dem Kriege in der Welt erlangt hatte. Ein sehr großer Teil dieser Bevölkerungszunahme war aber nur dadurch möglich gewesen, daß die deutsche Landwirtschaft durch den Übergang zu rationelleren und intensiveren Wirtschaftssystemen gelernt hatte, dem vaterländischen Boden mehr Fleisch, Brot und andere Agrarprodukte abzugewinnen. Vor allem der Bevölkerungszuwachs, den Deutschland bis in die Mitte der 70er Jahre erfahren hat, beruht in der Hauptsache auf der gesteigerten Produktionsfähigkeit der einheimischen Landwirtschaft. Das tritt sehr deutlich darin zutage, daß in der Periode bis 1871 der Löwenanteil an der Bevölkerungszunahme den agrarischen Gebieten des deutschen Ostens zugefallen ist. Die im letzten Menschenalter in ihrer Bevölkerungszahl kaum noch wachsenden preussischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen haben von 1816 bis 1875 ihre Einwohnerzahlen verdoppelt.

Die starke Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion hat in dessen auch ihre Rehrseite, und auf diese Rehrseite der Medaille sei zum Schluß noch mit eingegangen, weil wir dadurch zugleich zum Verständnis der schweren Krisis gelangen, die in den letzten Jahrzehnten

vor dem Kriege über die deutsche Landwirtschaft hereinzubrechen drohte und in gewissem Umfang auch tatsächlich hereingebrochen ist, die aber noch ganz andere Dimensionen angenommen haben würde, wenn der Landwirtschaft nicht rechtzeitig Zollschutz gegen die überlegene auswärtige Konkurrenz gewährt worden wäre. Das nötige Brot und Fleisch für die beständig wachsende Bevölkerung hatte nur dadurch gewonnen werden können, daß man Boden unter den Pflug nahm, der bisher noch nicht als Ackerland benutzt worden war, und daß man zugleich durch sorgfältigere Bodenbestellung und reichlichere Düngung die Roherträge von der bisher schon kultivierten Fläche steigerte. Bei der Heranziehung neuen Bodens zum Getreidebau handelte es sich naturgemäß um Land von minderer Güte, das eben seiner geringeren Ertragsfähigkeit wegen früher nicht bestellt worden war. Insbesondere wurden geringwertige Hutungen in Ackerland verwandelt. In Preußen z. B. ging allein von 1849 bis 1893 die Fläche der ständigen Weiden und des unbebauten Landes von $8\frac{1}{2}$ auf 2 Millionen Hektar zurück, während das dem Acker- und dem Gartenbau gewidmete Areal um fast 3 Millionen Hektar zunahm. Für einzelne Güter läßt sich nachweisen, wie Hand in Hand mit der Ausdehnung des Getreidebaues auf neue Grundstücke eine Abnahme der durchschnittlichen Ernteerträge pro Hektar ging. Das heißt mit anderen Worten, der Anbau neuer Bodenklassen zog eine Erhöhung der Produktionskosten des Getreidebaues nach sich. Ebenso führte auch die Steigerung der Ernteerträge von der schon bebauten Fläche zu einer Vermehrung des Produktionsaufwandes beim Getreidebau. Die Verdoppelung der Roherträge von derselben Fläche, die in vielen Gegenden nach und nach erzielt wurde, konnte meist nur dadurch erreicht werden, daß man den Arbeits- und Kapitalaufwand auf die Flächeneinheit mehr als verdoppelte.

Die landwirtschaftliche Produktion steht ja im allgemeinen unter der Herrschaft des sogenannten Gesetzes des abnehmenden Bodenertrags, d. h. die Steigerung der Ernteerträge von der gleichen Fläche ist in der Regel nur unter einer mehr als verhältnismäßigen Zunahme der Produktionskosten möglich. Unter dem Einfluß dieses Gesetzes hat auch die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert gestanden. Allerdings haben der Tendenz zum Anwachsen der Produktionskosten in der Landwirtschaft auch verschiedene Umstände entgegengewirkt. Das letzte Jahrhundert

hat nicht nur die industrielle, sondern auch die landwirtschaftliche Arbeit, wenn letztere auch in geringerem Grade als die erstere, durch die Erfindungen der Technik mit Geräten und Maschinen ausgerüstet, die vielfach zu Arbeitersparnissen und somit zur Verringerung der Produktionskosten führten — die Hauptbedeutung der Maschinenverwendung in der Landwirtschaft liegt freilich nicht in der durch sie bewirkten Kostenersparnis. Weiter hat der Ersatz der Zwangsarbeit durch die freie Arbeit, mit dem das neue Säkulum anhub, infolge der damit verknüpften Steigerung des Arbeitsfleißes das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung in der Landwirtschaft ebenfalls verbessert. Die größten Ersparnisse an Produktionskosten aber hat die deutsche Landwirtschaft im letzten Jahrhundert durch einen Vorgang erzielt, dem die Industrie nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen hat. Dieser Vorgang ist die Reform der Flurverfassung. Als Deutschland in das 19. Jahrhundert eintrat, da stellte in großen Gebieten unseres Vaterlandes die Flureinteilung, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hatte, das genaue Gegenteil einer idealen Gestaltung der Flurverfassung dar. Zu jedem Gute gehörte eine stattliche Vielheit ganz zerstreut liegender und im Durchschnitt sehr kleiner Grundstücke. Bauerngüter mittleren Umfanges zerfielen oft in 200 bis 300 Einzelparzellen. In der Rheinprovinz gab es insolgedessen Wiesen von der Größe eines Bettuch's. Viele Parzellen hatten dabei auch noch eine unregelmäßige Form und lagen vom Gutshofe weit entfernt.

Durch diese Umstände wurden die Bestellungs- und Erntekosten der Landwirtschaft ungemein erhöht. Ihre Produktionskosten sind ja um so niedriger, je näher die Felder dem Gutshofe liegen, je größer die einzelnen Grundstücke sind und je regelmäßiger ihre Gestalt ist. Nach diesen drei Richtungen hat im 19. Jahrhundert eine Reform der Flurverfassung in vielen Gemarkungen stattgefunden, und noch gegenwärtig wird dieses Werk in verschiedenen Ländern fortgesetzt. Selbstverständlich konnte eine in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Grundbesitzer so tief einschneidende Maßregel nur auf dem Wege der Gesetzgebung sich vollziehen, und zwar ist es das Verdienst der sogenannten Flurbereinigungsgesetzgebung in ihren verschiedenen Formen, diese so dringend nötige Reform der Flurverfassung ermöglicht zu haben.

Bei der zweckmäßigen Neugestaltung der Flur wurde gewöhnlich

auch die hergebrachte gemeinschaftliche Benützung landwirtschaftlicher Grundstücke durch mehrere Besitzer aufgehoben. Es wurden einmal die zahlreichen Weide- und Wegefervituten beseitigt, die sich als eine lästige Fessel des rationellen Landwirtschaftsbetriebs erwiesen hatten, und zum anderen wurden die Ländereien, die sich bis dahin meist in der Form von Wald und Weide noch im Gemeinbesitz der Dorfgenossen befunden hatten, zu Sondereigentum aufgeteilt, um sie einer besseren Kultur zuzuführen. Die Beseitigung der sogenannten „Gemeinheiten“ in dem eben dargelegten doppelten Sinne des Wortes bildete sogar den Ausgangspunkt der preussischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts auf diesem Gebiete, die mit der Gemeinheitssteilungsordnung von 1821 beginnt. Welche Tragweite dieser Gesetzgebung zukommt, erhellt aus folgenden Zahlen: Bis zum Jahre 1895 sind in Preußen über 2 Millionen Grundbesitzer mit rund $\frac{3}{5}$ der Gesamtfläche der Monarchie der Gemeinheitssteilung und Grundstückszusammenlegung unterworfen worden.

Die wirtschaftlichen Vorteile, insbesondere die Arbeitersparnisse, die durch die Flurregulierung erzielt wurden, waren ganz gewaltig, wenn sie naturgemäß auch nicht in bestimmten Zahlen sich ausdrücken lassen. Allein, so gewaltig sie auch gewesen sein mögen, das Anwachsen der Produktionskosten, das sich beim Übergang zu intensiveren Anbauystemen aus dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags ergab, haben sie nicht völlig aufheben und ausgleichen, sondern nur verlangsamen und mildern können. Das geht deutlich aus dem beständigen Anziehen der Preise aller wichtigeren Bodenprodukte hervor, das sich für die Zeit von der Beendigung der Napoleonischen Kriege bis in die 70er Jahre feststellen läßt.

Im preussischen Staate betragen nach den Untersuchungen Conrad's die Durchschnittspreise in Mark bei

Jahrzehnt	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Kartoffeln	Butter	Rindfleisch	Schm.-fleisch
	pro Tonne						pro Meterzentner		
1821/30	121,4	86,8	76,6	79,8	97	24,8	101,6	46,6	55
1831/40	138,4	100,6	87,6	91,6	107,4	26,4	110	51,6	61,6
1841/50	167,8	123	111,2	100,6	130	34	120	56,6	73,6
1851/60	211,4	165,4	150,2	144	176	47,4	146,6	70	91,6
1861/70	200	154,6	146	140,2	168,2	44,8	178,4	86,6	05
1871/80	223,2	172,8	166,4	157,9	228,1	60,5	227,6	114,75	125

Bei Fleisch und Butter also ein vollkommen regelmäßiges Ansteigen der Jahrzehntsdurchschnittspreise, bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln u. s. w. ein Ansteigen, das nur in dem Jahrzehnt von 1860/70 durch einen kleinen Rückschlag unterbrochen wird. Dieses Höhergehen der Preise der Agrarprodukte in der Zeit von 1820 bis 1880 spiegelt aber nur das gleichzeitige Anwachsen der Produktionskosten wieder. Bis in die 70er Jahre hinein wurden ja die Getreidepreise in Deutschland noch nicht vom Weltmarkt diktiert, sondern sie richteten sich in erster Linie nach dem inländischen Ernteaussfall und der Höhe der Produktionskosten des einheimischen Getreidebaues.

Naturgemäß war das Anziehen der Getreide- und Fleischpreise zugleich von einem Anwachsen der ländlichen Grundrente, einer Aufwärtsbewegung der Güterpacht- und -verkaufspreise begleitet. Die Verteuerung der Produktion bezog sich, genau genommen, nur auf die mehrgewonnenen Erzeugnisse, nicht auf die gesamte Produktionsmenge. Da aber die Steigerung der Preise nicht bloß der Produktionsvermehrung, sondern der gesamten Produktion zugute kam, so mußte sich zugleich ein Steigen der Reinerträge der Landwirtschaft ergeben. Und in der Tat können wir ein Anwachsen der landwirtschaftlichen Reinerträge im 19. Jahrhundert in großem Umfange feststellen. Dasselbe fand seinen Niederschlag in einer allgemeinen Steigerung der Güterverkaufs- und der Pachtpreise. In Mecklenburg beispielsweise hat sich der Durchschnittspreis einer Hufe sowohl bei Allodial- als auch bei Lehngütern in der Zeit von 1830 bis 1878 um das $2\frac{1}{2}$ fache erhöht. Bekannt sind ferner die beständig steigenden Preise, die bei der Neuverpachtung der preussischen Domänen bis zum Anfang der 80er Jahre erzielt worden sind. Das sind aber nicht nur vereinzelte Ausnahmen, das Steigen der Bodenpreise war in der deutschen Landwirtschaft bis zum Ende der 70er Jahre eine ganz allgemeine Erscheinung, die mit Notwendigkeit aus den Bedingungen hervorging, unter denen sich die Vermehrung der Produktion vollzog.

Dieser stetig aufsteigenden Entwicklung wurde nun mit einem Male seit dem Ende der 70er Jahre durch das stärkere Auftreten der überseeischen Konkurrenz auf dem Getreidemarkte ein jähes Halt geboten. Durch den gewaltigen Rückgang der Frachtsätze, der im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Dampferverkehrs in den letzten Jahrzehnten vor sich ging, wurde es dem amerikanischen Ge-

treibebau möglich, die große Überlegenheit, die er infolge seines äußerst extensiven Charakters von Anfang an über die westeuropäische Landwirtschaft besessen hatte, wirksam zur Geltung zu bringen. Die Verbilligung des Transports ist die unmittelbare Veranlassung, das extensiv betriebssystem aber, das in der überseeischen Landwirtschaft herrscht, die eigentliche Ursache der modernen westeuropäischen Agrarkrise. Daß der amerikanische Farmer noch nicht gezwungen ist, sparsam mit dem Boden umzugehen, daß es für ihn vorteilhafter ist, viel Land schlecht, als wenig Land gut zu bewirtschaften, wie einmal ein amerikanischer Staatsmann sich ausdrückt hat, darin liegt der wichtigste Grund, weshalb er soviel billiger zu produzieren imstande ist, als sein westeuropäischer Kollege.

Bei dem extensiv betriebssystem, wie es in der überseeischen Landwirtschaft infolge des großen Bodenüberflusses noch möglich ist, kann die Ausaat im Verhältnis zur Ernte wesentlich geringer sein, es werden weniger Wirtschaftsgebäude gebraucht, beim Pflügen wird der Boden viel weniger tief bearbeitet, nach der Saat bis zur Ernte findet keine Bearbeitung der Felder weiter statt usw. Vor allem aber spart man die mit der Düngung des Landes verbundenen Ausgaben dort in großem Umfange noch so gut wie ganz. Was das besagen will, läßt die Tatsache erkennen, daß nach der Berechnung eines hervorragenden Vertreters der landwirtschaftlichen Betriebslehre von den gesamten Gestehungskosten des Getreidebaues in Deutschland allein 41 Prozent auf die Kosten der Düngung entfallen. Alle diese Umstände zusammen bewirken, daß der Arbeits- und Kapitalaufwand des überseeischen und russischen Landwirts für den Zentner Getreide, den er erntet, ganz erheblich niedriger ist als der des deutschen Landwirts. Der letztere kann die zum Teil mehr als doppelt so großen Ernteerträge, die er gegenüber dem russischen, argentinischen und nordamerikanischen Landwirt von der gleichen Bodenfläche erzielt, nur dadurch erreichen, daß er den Boden reichlicher düngt, tiefer pflügt, überhaupt viel sorgfältiger bestellt. Dabei steigen aber sein Kapitalaufwand und seine Ausgaben für Hand- und Spannarbeit nicht nur im Verhältnis zu der Erhöhung des Rohertrags, auf Boden von nur durchschnittlicher Fruchtbarkeit geht die Steigerung der Produktionskosten noch wesentlich schneller vor sich. Seine Produktionskosten pro Zentner waren dadurch so hoch geworden, daß er trotz dem an sich niedrigeren Stand des Zinsfußes

und der Arbeitslöhne in Westeuropa der Konkurrenz des extensiven Ackerbaues in Rußland und Amerika nicht gewachsen war. In der Landwirtschaft ist es gerade umgekehrt wie in der Industrie. Während in der Industrie die bessere Technik die rückständige erschlägt und verdrängt, siegt in der Landwirtschaft die scheinbar schlechtere Technik im Konkurrenzkampf mit der besseren, der sogenannten rationellen Betriebsweise. Das fortgeschrittene, den Boden sorgfältiger behandelnde Verfahren ist eben infolge des Gesetzes des sinkenden Bodenertrags zugleich das kostspieligere. Auf diese Umstände ist die Notlage, in welche die deutsche Landwirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts geraten war, in letzter Linie zurückzuführen.

Aus dieser Diagnose der agrarischen Krise am Ende des 19. Jahrhunderts folgt aber zugleich, daß die Gefahr, welche die Landwirtschaft und speziell den Getreidebau in Deutschland im letzten Menschenalter bedrängte, nur als eine vorübergehende Erscheinung anzusehen ist. Die Überlegenheit der überseeischen Getreideproduktion über die westeuropäische gründet sich in der Hauptsache nicht auf dauernde Faktoren, sondern auf vorübergehende Umstände. Mit dem schnellen Anwachsen der Bevölkerung jener Gebiete muß der extensive Landwirtschaftsbetrieb, der jetzt dort herrscht, notwendig früher oder später rationelleren Formen des Ackerbaues weichen, die ein Ansteigen der Produktionskosten nach sich ziehen und damit die jetzige Überlegenheit des überseeischen Getreidebaues wieder beseitigen. Das ist ein Gesichtspunkt, der bei der Beurteilung der Agrarzölle stark in Betracht zu ziehen ist. Es handelte sich bei diesen vor allem darum, die einheimische Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, daß sie ohne wesentliche Verminderung des einmal erreichten Umfangs ihrer Hauptproduktionszweige die schwierige Übergangszeit bis zu jenem Ausgleich glücklich zu überstehen vermochte. Bisher ist dieses Ziel bei allen Hauptgetreidearten in Deutschland glücklich erreicht worden, während der des Zollschutzes entbehrende Getreidebau in England gleichzeitig einen gewaltigen Rückgang erfahren hat. Wesentlich diesem mit Hilfe der deutschen Handelspolitik seit 1879 erreichten Erfolge ist es zu danken, daß Deutschland, obwohl es während des Weltkrieges von allen seinen früheren Hauptzufuhrgebieten an Getreide abgeschnitten wurde, so viele Jahre aus eigener Kraft die wenn auch knappe Ernährung seiner Bevölkerung sicherstellen konnte. Hätte Deutschland um der rascheren Aus-

dehnung der Exportindustrie willen seine Landwirtschaft nach englischem Muster verfallen lassen, so würde seine Lage nach dem Verlust des Weltkrieges noch viel ungünstiger sich gestalten als sie jetzt ist.

Dritter Vortrag.

Die Lage von Handwerk und Hausindustrie.

Als Deutschland in das 19. Jahrhundert eintrat, da war in seinem Gewerbe die weitaus wichtigste Betriebsform das Handwerk. Neben dem Handwerk konnte nur noch die Hausindustrie, die äußerlich dem Handwerk oft nahe verwandt erscheint und der man damals mit Absicht einen möglichst handwerksmäßigen Charakter zu bewahren suchte, eine größere Bedeutung beanspruchen. Manufakturen und Fabriken dagegen bildeten erst vereinzelte Erscheinungen, welche die Regel des handwerksmäßigen Betriebs nur bestätigten. Wie hat sich nun das Schicksal der beiden ältesten Betriebsformen des berufsmäßigen Gewerbes in Deutschland, das Schicksal von Handwerk und Hausindustrie im 19. Jahrhundert gestaltet?

Wir beginnen mit der Darstellung der Lage des Handwerks. Wer die Entwicklung des deutschen Handwerks im letzten Jahrhundert zu schildern hat, der pflegt in der Regel nur dunkle Farben auf seiner Palette zu haben. Und es ist ja auch zweifellos richtig, daß das Handwerk in dem Zeitraum, den wir im Auge haben, große und wichtige Arbeitsgebiete an andere gewerbliche Betriebsformen verloren hat, Gebiete, die es wohl niemals zurückerobert wird. Allein hieraus folgt noch nicht, daß das Handwerk, als Gesamtheit betrachtet, ebenfalls verloren haben müsse. Und in der Tat ist dem auch nicht so. Wenn wir untersuchen, wie sich im Laufe des Jahrhunderts die Zahl der Handwerker im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entwickelt hat, so kommen wir sogar zu folgendem überraschenden Ergebnis. Nach den alten preussischen Handwerker tabellen entfielen 1816 auf je 1000 Einwohner 39 Handwerker, wobei zu den Handwerkern sowohl Meister als Gesellen und Lehrlinge gerechnet sind. In der Mitte des Jahrhunderts, im Jahre 1846, waren es nach der gleichen Quelle 52, und am Ende des Jahrhunderts, im Sommer 1895, wurden bei den Erhebungen, die das Kaiserliche Statistische Amt veranstaltete, im Deutschen Reich 57 Handwerker auf je 1000 Einwohner ermittelt. Von diesem Wachstum entfällt der Hauptteil

allerdings auf die Zahl der Gehilfen; die Zahl der Meister ist ziemlich unverändert geblieben. Selbst wenn wir nun annehmen, daß bei der letzten Erhebung eine Reihe von Kleingewerbetreibenden, die nicht mehr selbständige Meister, sondern abhängige Heimarbeiter waren, irrtümlich dem Handwerk zugerechnet worden sind, so können wir doch mit ziemlicher Bestimmtheit behaupten, daß die Zahl der zum Handwerk gehörigen Personen im Verhältnis zur Bevölkerung nicht zurückgegangen ist, sondern eher noch etwas zugenommen hat. Hat trotzdem das Handwerk seine Stelle als vorherrschendes gewerbliches Betriebssystem an die Fabrik abtreten müssen, so erklärt sich das einfach daraus, daß der Platz, den Gewerbe und Industrie in der modernen Volkswirtschaft einnehmen, gleichzeitig sich ganz gewaltig ausgedehnt hat. Der Anteil der im Gewerbe Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung hat sich, wie wir früher sahen (S. 23 ff.), mehr als verdoppelt. Von diesem Zuwachs ist dem Handwerk jedoch nur ein ganz kleiner Teil zugute gekommen, der bei weitem größte Teil des Bodens, der für das Gewerbe neu gewonnen wurde, ist dem mechanischen Großbetrieb, der Fabrik, zugefallen, und damit hat letztere überhaupt die Führung auf gewerblichem Gebiete erlangt.

Der Lage des deutschen Handwerks im letzten Jahrhundert fehlen aber auch die Lichtpunkte nicht gänzlich. Die wirtschaftliche Entwicklung hat dem Handwerk nicht bloß Verluste, sondern auch einzelne Gewinne gebracht. Vor allem sind da zwei dem Handwerk günstige Momente zu nennen. Einmal hatten dafür, daß manche Teile seines alten Bestandes dem Handwerk ganz entzogen wurden, andere und zwar gerade einige besonders wichtige Handwerke eine regelmäßige Steigerung der Nachfrage nach ihren Erzeugnissen aufzuweisen. Damit war natürlich zugleich eine Erweiterung des Arbeitsfeldes der betreffenden Handwerke und die Gelegenheit zu vermehrter Niederlassung von Handwerkern gegeben. Dieser günstigen Konjunktur hatten sich insbesondere die Nahrungsmittelgewerbe zu erfreuen. Die Seelenzahl, die auf eine gewerbeltätige Person in der Bäckerei und im Fleischerergewerbe entfällt, hat im Laufe des 19. Jahrhunderts andauernd abgenommen, und zwar ist sie, wenn wir die Jahre 1816 und 1895 miteinander vergleichen, ungefähr auf die Hälfte des früheren Betrages zurückgegangen. 1816 hatte in Preußen ein Gewerbetätiger im Bäckerergewerbe 412 Einwohner zu versorgen,

1895 im Deutschen Reich dagegen nur noch 224; im Fleischer-gewerbe kam 1816 in Preußen ein Gewerbiätiger auf 574, 1895 im Deutschen Reich schon auf 289,4 Einwohner. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auch für das Schneidergewerbe und für die Schuhmacherei bis zu der Zeit feststellen, wo in sie der mechanische Großbetrieb eindringt. Sie beruht darauf, daß mit dem wachsenden Volkswohlstand der Konsum von Produkten der betreffenden Gewerbe sich dehnte (über die Zunahme des Fleischverbrauchs z. B. s. S. 51).

Trotz des zweifellosen Rückgang, den das Handwerk in zahlreichen Gewerben im letzten Jahrhundert durchzumachen hatte, kann daher von einer irgend erheblichen Abnahme der Handwerksbetriebe im ganzen im deutschen Wirtschaftsleben nicht die Rede sein. Das gilt auch noch für die allerneueste Zeit.

In 17 von J. Conrad zusammengestellten Gewerbearten, welche die Mehrzahl der wichtigsten ehemaligen Handwerke umfassen, war die Entwicklung der Betriebsverhältnisse von 1895 bis 1907 folgende (die berückichtigten Handwerke sind die der Goldschmiede, Uhrmacher, Stellmacher, Böttcher, Tischler, Sattler, Tapezierer, Bäcker und Konditoren, Fleischer, Schuhmacher, Schneider, Buchbinder, Klempner, Töpfer, Seifensieder, Seiler, Grobschmiede).

	Alleinbetriebe	mit 2—5 Personen		mit 6—10 Person.		mit 11—50 Person.		mit 51 u. darüber	
		Zahl der Betriebe	Person.	Zahl der Betriebe	Person	Zahl der Betriebe	Person	Zahl der Betriebe	Person.
1895	565 732	412 011	1 086 105	26 938	193 326	8 685	142 019	1 111	144 486
1907	526 827	448 400	1 166 18	38 833	247 800	13 773	261 809	1 163	363 069

Wenn auch die Großbetriebe hiernach auf den Gebieten der alten Kunsthandwerke viel rascher wachsen als der handwerksmäßige Kleinbetrieb, dafür, daß letzterer etwa schon allgemein zum völligen Untergang verurteilt sei und rapide dahinschwinde, wie man auf sozialistischer Seite oft behauptet, sind noch keine Anzeichen zu entdecken.

Die Vermehrung der Handwerker in einem das Wachstum der Bevölkerung auf manchen Gebieten überholenden Maße hat auch durchaus nicht zu einer Übersezung des Gewerbes und einer Verschlechterung der Lage der einzelnen Gewerbetreibenden geführt. Vielmehr dürfen wir kühnlich behaupten, daß die Einkommensverhältnisse der

Handwerker in vielen Zweigen vor dem Kriege im Durchschnitt wesentlich günstiger waren als 100 Jahre früher. Damals hätte ein großer Teil des Handwerkerstandes in den kleinen Städten ohne die allgemein übliche Verbindung von Ackerbau und Handwerk nicht bestehen können. Auch in dem Städtchen, in dem Goethes „Hermann und Dorothea“ spielt, tritt sie uns ja als regelmäßige Erscheinung entgegen. Selbst diejenigen Handwerker, die man sich jetzt gern als besonders wohlhabend vorzustellen pflegt, die Fleischer und die Bäcker, befanden sich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert meist in kümmerlichen Verhältnissen. Es genügt, zum Beweis dieses Satzes an die in jener Zeit weit verbreitete Einrichtung des Reihenbadens und des Reihenschlachtens zu erinnern, wonach jeder Bäcker und Fleischer der Reihe nach für eine bestimmte Zeit, etwa für eine Woche oder für bestimmte Wochentage, seine Produktion einstellen mußte.

Der zweite Umstand, der die Entwicklung des Handwerks im letzten Jahrhundert günstig beeinflusst hat, war die Eroberung eines neuen Niederlassungsgebietes, des platten Landes, für das Handwerk. Die ältere Gewerbeverfassung in Preußen und in anderen deutschen Staaten hatte zwar die Niederlassung von Handwerkern auf dem platten Lande nicht gänzlich verhindert, sie aber doch sehr erschwert und nach Möglichkeit eingeschränkt. Mit der Beseitigung der Zunftverfassung zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde auch das platte Land den Handwerkern völlig freigegeben. Sofort nach Wegfall des Städtezwanges begann denn auch eine langsame, aber stetige Vermehrung der Landmeister. Schon 1828 machten sie in Preußen nach den Untersuchungen von Dr. Paul Voigt mit ihren Gehilfen rund 40 Prozent aller überhaupt im Handwerk tätigen Personen aus. Als in den 30er und 40er Jahren der ländliche Wohlstand beträchtlich stieg, da führte das naturgemäß zu einer weiteren Vermehrung der Zahl der Landhandwerker. Immerhin war um die Mitte des Jahrhunderts das Handwerk in den Städten im Verhältnis zur Bevölkerung noch mehr als dreimal so stark vertreten wie auf dem platten Lande. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ist dann aber ein vollständiger Ausgleich zwischen Stadt und Land in bezug auf das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Zahl der Handwerksmeister eingetreten. Am Ende des Jahrhunderts kam in den Dörfern auf 38 und in den Städten auf 37 Einwohner ein

Handwerksmeister. Die Zahl der Gehilfen war bei den Landmeistern allerdings nach wie vor etwas geringer als bei den Stadtmeistern. Die wirtschaftliche Möglichkeit zu diesem Vordringen des Handwerks auf das platte Land war gegeben durch das immer weiter um sich greifende Nachlassen der gewerblichen Eigenproduktion bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Von dieser Entwicklung haben vor allem die Nahrungsmittelgewerbe profitiert. Immer mehr hörte die Sitte des Schlachtens und Backens im Hause auch auf dem platten Lande auf, und auch bei vielen anderen gewerblichen Tätigkeiten, die der Landwirt bisher selbst verrichtet hatte, gewöhnte man sich daran, die Dienste selbständiger Gewerbetreibender in Anspruch zu nehmen. Dieser Umstand, in Verbindung mit der steigenden Wohlhabenheit auch der ländlichen Bevölkerung, hat die gewaltige Zunahme des Landhandwerks geschaffen. Auf dem Lande hat das Handwerk zum großen Teil Ersatz gefunden für das, was ihm in der Stadt verloren ging. Auf dem Lande besitzt es auch heute noch in großem Umfange ziemlich gesunde Existenzbedingungen, gesündere jedenfalls als in den großen Städten. Die Fabrik, der Konkurrent des Handwerks, bedarf zum Vertrieb ihrer Produkte des Zwischenhandels. Auf dem platten Lande aber setzt die Kleinheit des lokalen Marktes dem Vordringen des Ladengeschäfts und damit indirekt dem der Fabrik eine Schranke.

Nicht so leicht wie die dem Handwerke günstigen Momente lassen sich die seinem Bestand verhängnisvoll gewordenen Tendenzen der Entwicklung im 19. Jahrhundert übersehen. Die Formen, unter denen sich die ganze oder teilweise Verdrängung des Handwerks aus seinen alten Arbeitsgebieten vollzieht, oder unter denen aus dem ehemals selbständigen Handwerksmeister ein abhängiger Hausindustrieller oder aber auch ein Fabrikarbeiter wird, sind äußerst mannigfaltig.

Die schematische Vorstellung, die man sich in weiten Kreisen über den Prozeß der Zerreibung des Handwerks durch den Großbetrieb gebildet hat, bedarf in vielen Punkten der Ergänzung und Korrektur. Die Form der Konkurrenz zwischen Groß- und Kleinbetrieb, welche die landläufige Auffassung als die typische und regelmäßige betrachtet, daß die Fabrik einfach das gesamte Produktionsgebiet eines Handwerks an sich reißt und vermöge ihrer technischen Überlegenheit, die auf der Anwendung der Maschine beruht, dem Abnehmer die Waren billiger anbietet, als sie der Handwerker liefern kann, die-

Der Fall kommt in Wirklichkeit nur relativ selten vor. Der Prozeß des Unterganges des Handwerks ist vielmehr ein höchst verwickelter und in den verschiedenartigsten Formen sich abspielender Vorgang.

Wenn wir die verschiedenen Tendenzen, welche die Entwicklung des Handwerks im letzten Jahrhundert nach dieser Richtung hin beherrscht haben, erkennen wollen, so müssen wir die rein statistische Behandlung des Gegenstandes aufgeben. Denn die Statistik bietet keinen rechten Einblick in das innere Leben des Handwerks, sie läßt nur gewisse äußere Kennzeichen der Entwicklung erkennen. An Stelle der Statistik müssen wir andere Quellen befragen, und solche fließen uns in Deutschland auch sehr reichlich, besonders seitdem der Verein für Sozialpolitik am Ende des letzten Jahrhunderts eine große Reihe von Einzeluntersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie veröffentlicht hat.

Wenn wir an der Hand dieser Quellen die Wandlungen und Umbildungen verfolgen wollen, die der handwerksmäßige Betrieb im letzten Jahrhundert durchzumachen hatte, so müssen wir uns zunächst noch kurz darüber verständigen, worin das eigentliche Wesen der gewerblichen Betriebsform liegt, die wir als Handwerk zu bezeichnen uns gewöhnt haben. Nicht jeder gewerbliche Kleinbetrieb darf ohne weiteres als ein handwerksmäßiger angesprochen werden. Sonst würde ja auch der Kleinbetrieb des Heimarbeiters, der im Dienste eines Verlegers arbeitet, noch zum Handwerk gehören. Das charakteristische Merkmal des Handwerkers liegt vielmehr, wie Bücher es treffend ausgedrückt hat, in der „Kundenproduktion“, in dem direkten Verkehr mit dem Konsumenten seiner Erzeugnisse. Der Handwerker stellt aus ihm eigentümlichen Rohstoffen und mit ihm gehörigen Werkzeugen und Produktionsmitteln Güter her nicht für einen unbekanntem Abnehmerkreis, sondern unmittelbar für den Verbraucher selbst. Der Handwerker arbeitet vielfach sogar auf Bestellung des Konsumenten. Nur in Ermangelung von Einzelbestellungen arbeitet er auf Vorrat. Und der Handwerker steht dabei nicht im Dienste einer einzigen Wirtschaft, sondern er arbeitet bald für diesen, bald für jenen Besteller. Gerade darin liegt seine Freiheit und Unabhängigkeit, daß seine Auftraggeber fortwährend wechseln, und daß der einzelne Kunde zu seinem Gesamtabsatz in der Regel nur einen kleinen Teil beiträgt. In dieser Betriebsform hat sich in den

letzten Jahrhunderten des Mittelalters und in den ersten der Neuzeit der bei weitem größte Teil aller rohstoffveredelnden Produktion abgespielt. Erst im 19. Jahrhundert mußte das Handwerk große Teile seines früheren Besitzstandes an andere Betriebsformen abtreten und sich gleichzeitig einer vollständigen Umbildung unterwerfen.

Zunächst verlor im 19. Jahrhundert das Handwerk dadurch an Boden, daß die Nachfrage nach einer Reihe von Handwerkszeugnissen ganz aufhörte oder wenigstens stark nachließ. Wie durch den gleichen Vorgang schon in früheren Jahrhunderten die Zünfte der Platten- und Harnischmacher und später die der Perückenmacher dem Untergang entgegengeführt worden waren, so haben im letzten Säkulum auf diese Weise z. B. die Böttcher, die Klempner und die Drechsler wichtige Stücke ihrer früheren Arbeitsgebiete verloren. Die Drechsler haben vor allem unter der Entwicklung der Technik in der Textilindustrie zu leiden gehabt. Dadurch ging ihnen die Herstellung der bis dahin fast in jedem Haushalt gebrauchten Spinnräder, ebenso die der Spulräder für die Hausweberei verloren. Bei den Böttchern hat namentlich der früher ungemein große Bedarf an Kraut- und Fleischfässern für die Zwecke der Familienwirtschaft stark nachgelassen. Denn schon längst hat die Sitte aufgehört, daß jede Haushaltung sich größere Vorräte an selbst eingelegtem Kraut und selbst geschlachtetem und gepökeltem Fleisch hält. Die Böttcher haben ferner dadurch viel verloren, daß durch die Einführung von Wasserleitungen in den größeren und mittleren Städten die Holzgefäße und Butten, in denen die Mädchen das Wasser am Brunnen holten oder in denen man es im Hause aufbewahrte, überflüssig geworden sind.

Die gleiche Wirkung wie das völlige Aufhören des Bedarfs an gewissen Handwerksprodukten hat die Ersetzung einzelner Waren durch andere gehabt, die dem gleichen Gebrauchszweck dienen, die aber aus ganz anderen als den bisher vom Handwerk verwendeten Rohstoffen von der Großindustrie angefertigt werden. So ist der Drechslerei durch die Fabrikation eiserner Kleiderhalter, eiserner Rauchtische, Schirmständer usw. viel Abbruch getan worden, ebenso durch die Verdrängung der hölzernen durch eiserne Treppengeländer. In gemeinsamer Bedrängnis sind die Böttcher, die Klempner und die Töpfer durch die Erfindung des emaillierten Geschirrs versetzt worden. Der Holz- und der Blecheimer sowie auch die Tongeschirre haben durch das emaillierte Geschirr viel an Absatz eingebüßt. Der

Arbeiter, der sein Mittagessen nicht zu Hause einnehmen kann, läßt es sich regelmäßig in metallenen Gefäßen auf die Arbeitsstätte schicken, und die Krüge, in denen sich die Arbeiterin ihren Kaffee zur Arbeitsstätte mitnimmt, sind meist emailliertes Geschirr. In wohlhabenden Kreisen wiederum ist das irdene Geschirr durch Porzellan und Steingut zurückgedrängt worden. Tönerne Kaffee-, Milch- u. dgl. Krüge fristen in diesen Kreisen höchstens noch in der Küche ihr Dasein. Dadurch sind der Töpferei einige ihrer früher gangbarsten Artikel genommen worden. Das Seilerhandwerk ferner hat durch die Erfindung des Drahtseils viel an Absatz eingebüßt usw.

In anderer Weise für das Handwerk gefährlich als der eben geschilderte Vorgang sind Veränderungen in der Person oder richtiger in der wirtschaftlichen Stellung des Konsumenten der Handwerksprodukte. Bei diesem Prozeß verliert zwar das Handwerk nichts von seinem Arbeitsgebiet, aber es findet eine tiefgehende Wandlung in der Stellung des Handwerkers statt. Der Handwerker wird aus einem selbständigen Gewerbetreibenden ein abhängiger Lohnarbeiter. Diese Wandlung tritt regelmäßig ein, wenn ein großer Teil der Leistungen und Erzeugnisse des Handwerks nicht mehr für die Zwecke der Familienhaushaltung, sondern für die einzelner großer Erwerbswirtschaften gebraucht wird und ein wesentlicher Teil der Nachfrage nach bestimmten Handwerkszeugnissen sich in Fabriken oder in Großhandlungen konzentriert. Der Handwerker hat es dann nicht mehr mit einer größeren Anzahl von Einzelkunden zu tun, denen er ziemlich unabhängig gegenübersteht, sondern er arbeitet ausschließlich im Dienste eines einzigen oder einiger weniger Unternehmer.

Der Schlüsselstein dieser Entwicklung ist der Untergang des betreffenden Handwerks, wenigstens in gewissem Umfang, als selbständiger Betriebsform und die Eingliederung der fraglichen Handwerker in einen größeren wirtschaftlichen Organismus. Diese Veränderung wird im allgemeinen rein durch Wandlungen in den Absatzverhältnissen verursacht und braucht von einer Änderung im technischen Arbeitsverfahren nicht begleitet zu sein. Auf diese Weise ist es zu erklären, daß fast jede größere Fabrik eine Reihe gelernter Handwerker ständig in ihre Dienste genommen hat. So beschäftigen die Maschinenfabriken meist Modelltischler, manchmal auch Drechsler, ferner Schlosser, Schmiede, Klempner usw., und zwar oft in sehr bedeutender Zahl. Größere und mittlere Brauereien lassen ihren Bedarf an

Fässern in eigenen Böttcherwerkstätten herstellen, wenn sie die Fässer nicht aus Fabriken beziehen. Die städtischen Straßenbahngesellschaften beschäftigen in ihren Betrieben sehr verschiedene Arten von Handwerkern. Schlosser werden fast in allen Betrieben, welche größere maschinelle Einrichtungen besitzen, dauernd verwendet, damit kleinere Reparaturen an den Maschinen sofort und gleich im Betrieb selbst vorgenommen werden können. Von den rund 200 000 Schlossern, die bei der Gewerbezählung im Jahre 1895 in Deutschland gezählt wurden, war mehr als die Hälfte nicht im Schlossergewerbe, sondern in den aller verschiedensten Gewerbeäzweigen beschäftigt, mehr als je 1000 Schlosser befanden sich z. B. auch in der Zuckerfabrikation, in der Baumwollspinnerei und im Kohlenbergbau. Weiter sei an die große Zahl von Klempnern erinnert, die in Konservenfabriken Verwendung finden usf. Die Fabrikindustrie hat also einen starken Bedarf nach handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitskräften. Das erklärt es auch, weshalb in manchen Handwerkszweigen, wie gerade bei Schlossern, Klempnern, Schmieden, Tischlern, Böttchern, auch Buchbindern und anderen, die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zur Zahl der Gefellen und Meister unverhältnismäßig groß ist. Das Handwerk hat hier zum Teil die wichtige Aufgabe der Ausbildung gelernter Arbeiter für die Fabriken mit übernehmen müssen, wenn von der Großindustrie in neuerer Zeit auch immer mehr Einrichtungen geschaffen werden, sich ihre gelernten Arbeiter selbst heranzuziehen.

Dieser Entwicklung, durch die aus dem Handwerker ein Fabrikarbeiter wird, ist folgender Vorgang in seinem Ergebnis nahe verwandt. Wenn die Arbeit des Handwerkers auch noch Gegenstände schafft, welche der hauswirtschaftlichen, nicht der gewerblichen Konsumtion unterliegen, so wird ihm doch der unmittelbare Verkehr mit seinen Kunden unmöglich gemacht. In diesen schiebt sich als Zwischenglied das Laden- oder Magazingeschäft ein. Diese Entwicklung bringt den Handwerker in eine Lage, die mit dem Verhältnis, wie es in der Hausindustrie zwischen dem Verleger und dem, scheinbar oft noch selbständigen, Heimarbeiter besteht, verzeifelte Ähnlichkeit hat. In vielen Fällen ist der Prozeß des Abhängigwerdens des Handwerkers vom Ladengeschäft übrigens nur die Vollendung der auch schon vorher besiegelten Verdrängung des Handwerks aus seinem alten Arbeitsgebiete. So kann in der Schuhmacherei nicht die Entstehung von Schuhwarengeschäften als die eigentliche Ursache

des unaufhaltbaren Rückgangs des handwerksmäßigen Betriebs angesehen werden. Die primäre Ursache ist hier vielmehr die technische Überlegenheit der mechanischen Schuhwarenerzeugung, der Zwischenhändler tritt nur als der unvermeidliche Bundesgenosse des Fabrikanten auf. Daß aber das Schuhwarenmagazin schließlich auch bei Reparaturen und bei der Bestellung nach Maß als Zwischenglied zwischen den Schuhmacher und seine Kunden tritt, so daß Produzent und Konsument gar keine direkten Beziehungen mehr zueinander haben, dafür kann die Fabrik nicht verantwortlich gemacht werden. Vielmehr entspringt diese Entwicklung aus dem naturgemäßen Streben des Kaufmanns, die gesamten Absatzverhältnisse in seine Hand zu bekommen, wobei ihm der Konsument entgegenkommt. Dieser wünscht im Interesse größerer Bequemlichkeit da, wo er die neue Ware kauft, auch die Reparaturen ausgeführt zu sehen. Begünstigt wurde diese den Ruin des selbständigen Handwerks beschleunigende Entwicklung durch die Steigerung des Wertes von Grund und Boden und die entsprechende Zunahme der Mietpreise, die in den meisten deutschen Mittel- und Großstädten im letzten Jahrhundert zu beobachten war. In demselben Maße, in dem der Kleingewerbetreibende gezwungen wurde, um an Miete zu sparen, seine Betriebsstätte aus dem Stadttinnern zu verlegen und gleichzeitig immer höhere Stockwerke aufzusuchen, oft noch dazu in Hintergebäuden, wurde es seinen Kunden schwieriger und vor allem auch unbequemer, die Verbindung mit ihm aufrechtzuerhalten. Wer Gelegenheit hat, in den Straßen, die er täglich mehrfach passieren muß, alles zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse Notwendige fix und fertig ausgestellt zu sehen, so daß er sich in wenigen Minuten in den Besitz der gewünschten Gegenstände setzen kann, der wird, selbst wenn die Erhaltung des Handwerks dabei auf dem Spiele steht, selten Lust haben, sich nach einer Vorstadt zu bemühen, um dort nach langem Fragen und Suchen vielleicht drei oder vier finstere und enge Treppen hinaufzusteigen, ehe er die Bestellung anbringen kann, bei deren Ausführung dann vielleicht nicht einmal der versprochene Lieferungsstermin eingehalten wird. Überhaupt ist es ja für den Konsumenten viel bequemer und vorteilhafter, fertige Waren zu kaufen, als diese erst auf Bestellung anfertigen zu lassen.

Diese Momente sind so bedeutsam, daß auch da, wo in der Technik der Warenproduktion keine Veränderungen eingetreten sind, das Da-

zwschentreten des kapitalkräftigen Ladengeschäfts als primäre und einzige Ursache vielfach die Umwandlung des selbständigen Handwerkers in einen abhängigen Heimarbeiter zur Folge gehabt hat. Als Beispiele sind hier in erster Linie die Schneiderei in ihrem Verhältnis zu den Konfektions- und Maßgeschäften, sowie die Tischlerei, die Drechslerei, das Polster- und Tapeziergewerbe in ihrem Verhältnis zu den Möbelmagazinen, den Haus- und Zimmereinrichtungsgeschäften zu nennen. Ein wichtiger Vorzug, den das Ladengeschäft auf letzterem Gebiete vor dem Handwerke voraus hat, ist der, daß es sämtliche Gegenstände, die außer den Möbeln noch zu einer Zimmereinrichtung gehören, wie Teppiche, Vorhänge, Gardinen, Decken, Vasen, Wanddekorationen usw. in sich vereinigen und dadurch den Kunden den Einkauf möglichst bequem machen kann. Dementsprechend beschäftigen derartige Geschäfte auch nicht etwa bloß die eine oder die andere Kategorie von Handwerkern. In ihre Dienste treten vielmehr Tischler, Drechsler, Holzbildhauer, Polsterer, Tapezierer und Dekorateure in gleicher Weise.

Alle bisher untersuchten Fälle stimmen darin überein, daß die Notlage des Handwerks nicht verursacht wurde durch Fortschritte der Technik und durch die billigere Produktion des mechanischen Großbetriebs, sondern lediglich durch Wandlungen in den Absatz- oder den Bedarfsverhältnissen. Erst jetzt zum Schluß kommen wir auf den Fall zu sprechen, den die gewöhnliche Auffassung als den Normalfall der Bedrängung des Handwerks ansieht, seinen direkten Konkurrenzkampf mit der Großindustrie. Hier sind wieder verschiedene Fälle zu unterscheiden. Die billigere Produktion des fabrikmäßigen Großbetriebs führt zunächst sehr oft zu einer Arbeitsteilung zwischen Fabrik und Handwerk bergestalt, daß die Fabrik nur die Anfangsstadien der Handwerksproduktion an sich zieht. Dieser Vorgang hat durchaus nicht den Untergang des Handwerks als selbständiger Betriebsform zur Folge, sofern nur dem Handwerk überhaupt noch ein Teil, wenn vielleicht auch ein recht kleiner Teil des Produktionsprozesses verbleibt. Natürlich aber bedingt die hiermit notwendig verbundene Beschränkung des Arbeitsgebiets des Handwerks das Übersflüssigwerden einer größeren Anzahl von Handwerkern. Wenn sich jedoch die Besetzung des betreffenden Handwerks dem Bedarfe wieder angepaßt hat, so liegt kein Grund vor, weshalb der Rest nicht in Kleinmeister-selbständigkeit unter nor-

malen, vor der Konkurrenz der Großindustrie gesicherten Verhältnissen sollte leben können. Der Teil des gesamten Arbeitsprozesses, der auf diese Weise dem Handwerk verblieben ist, ist freilich oft recht bescheiden. Mehrfach ist das Handwerk auf diesem Wege zum bloßen Anbringungsgewerbe geworden oder steht wenigstens im Begriff, es zu werden. Beispiele für diese Entwicklung bieten vor allem die Schlosserei und die Bautischlerei, ferner auch die Wagnerei, bei der die Räder in der Regel fertig aus großen Radfabriken bezogen werden.

Die Hauptgefahr droht dem Handwerk als Betriebsform erst, wenn der Großbetrieb dazu übergeht, den Produktionsprozeß einer Ware so weit zu übernehmen, daß das Produkt in der Form, in der es aus der Fabrik hervorgeht, unmittelbar in die Hand des Konsumenten übergehen kann und keiner weiteren Bearbeitung bedarf. Solange der Großbetrieb in der Schuhmacherei sich auf die Schaftstepperei beschränkte, haben die Schuhmacher die Möglichkeit des Bezugs von fertigen Schäften wohl vielfach als eine Annehmlichkeit empfunden. Erst als die Entwicklung hierbei nicht haltmachte, sondern die Fabrik das ganze Gebiet der Schuhmacherei, von den Kinder- und Hauschuhen anfangend und mit der gesamten Frauen- und schließlich auch Männerfußbekleidung endigend, für sich in Anspruch nahm, so daß der Schuster nicht einmal mehr als Fertigmacher gebraucht wurde, erst da war der Untergang des größten Teiles des handwerksmäßigen Betriebs der Schuhmacherei besiegelt. Dafür gibt es aber eigentlich nur relativ wenige Beispiele, daß die Fabrik ein Handwerk so der ganzen Länge und Breite nach aus seinem Arbeitsgebiet verdrängt, wie dies bei der Schuhmacherei und etwa noch bei der Nagel- und Zeugschmiederei sowie bei der Bürstenfabrikation und der Hutmacherei der Fall gewesen ist. In den meisten Fällen hat sich die Fabrik damit begnügt, aus dem Arbeitsgebiete des Handwerks das eine oder andere Stück herauszugreifen, das den Bedingungen der mechanischen Massenproduktion besonders zu entsprechen schien. Diese Form des Kampfes zwischen Groß- und Kleinbetrieb, die, weil sie am meisten in die Augen fällt, auch die bekannteste geworden ist, hat z. B. bewirkt, daß dem Klempner die Herstellung von Lampen, dem Schreiner die Anfertigung von Türen und Fensterrahmen, dem Schmied die Produktion von Werkzeugen aller Art, dem Buchbinde die Herstellung von Kartonnagen und Geschäftsbüchern, dem Wöttcher die Faßfabrikation genommen worden ist.

Ganz ähnliche Schicksale wie das Handwerk hat auch die jüngere Schwester des Handwerks, die Verlagsindustrie in Deutschland im letzten Jahrhundert durchgemacht. Das Wesen der Verlagsindustrie besteht in dem einheitlich organisierten Großvertrieb von Waren, die in vielen zerstreuten Kleinbetrieben hergestellt werden. Bücher hat den Verlag daher treffend als die dezentralisierte Form des Großbetriebs bezeichnet, während Manufaktur und Fabrik ihre zentralisierten Bildungen darstellen. Die wichtigste Form des Verlagssystems ist die Hausindustrie. In ihr beschäftigt ein kapitalkräftiger und kaufmännisch gebildeter Unternehmer eine größere Zahl von Arbeitern außerhalb seiner Betriebsstätte in deren eigenen Wohnungen. Die Hausindustrie ist diejenige gewerbliche Betriebsform, in der zum überhaupt ersten Male eine Produktion im großen organisiert worden ist. Ihre Entstehung ist ganz allmählich, Schritt für Schritt vor sich gegangen, und zwar haben dabei die Messen und Jahrmärkte gewöhnlich eine wichtige Rolle gespielt. Anfänglich wurden diese von den auswärtigen Handwerkern persönlich besucht, oder es übernahmen auch wohl einzelne Handwerker für ihre Genossen, die aus irgendwelchen Gründen die entfernten Märkte nicht selbst zu besuchen in der Lage waren, dort deren Erzeugnisse kommissionsweise zu verkaufen, oder die Produzenten ließen auch, wie das ja noch gegenwärtig bei gewissen hausindustriellen Produkten geschieht, den Absatz ihrer Waren durch Hausierer besorgen. Bei dieser älteren Form der Hausindustrie, die im 16. und 17. Jahrhundert in Deutschland schon relativ weit verbreitet war, behaupteten aber die Produzenten dem Handel gegenüber noch in weitgehendem Maße ihre Selbständigkeit. Dieser Zustand erwies sich indessen auf die Dauer als unhaltbar. Aus dem Verkehr auf den Messen entwickelten sich nach und nach wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse der Handwerker von ihren Großabnehmern, den Kaufleuten, und daraus entstand schließlich die gewerbliche Betriebsform des Verlags. Besonders in dem Maße, in dem sich die Erzeugnisse der Hausindustrie einen größeren Markt eroberten, wurde auch die Notwendigkeit zwingender, daß ein gesonderter, für eigene Rechnung arbeitender Händlerstand den Warenvertrieb in die Hand nahm.

Auf diese Weise entstand dann namentlich seit dem 18. Jahrhundert die Hausindustrie in der uns heute bekannten Form. Besondere Bedeutung erlangte diese Betriebsform bei verschiedenen Haupt-

zweigen der Textilindustrie. Aber auch soweit andere Waren als Textilprodukte im 17. und 18. Jahrhundert, im Zeitalter des Merkantilismus, schon für den Fernabsatz produziert wurden, war ihre Herstellung meist verlagsmäßig organisiert, und zwar waren die Verhältnisse dieser Verlagsindustrie in vielen Punkten durch staatliche Vorschriften geregelt und geordnet. Der Grundgedanke der staatlichen Regelung und Beaufsichtigung der Hausindustrie war dabei der, in ihr möglichst handwerksähnliche Zustände aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zwecke scheute man sich nicht, die Organisation des Verlagsystems künstlich in die Formen der alten Zunftverfassung hineinzupressen. Zugleich war man aus demselben Grunde ängstlich bemüht, im Interesse des Fortbestehens der vorhandenen Organisation die Entstehung von zentralisierten Großbetrieben möglichst aufzuhalten. Dieser Politik der deutschen Territorialstaaten ist es hauptsächlich zu danken, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland der größte Teil der von Unternehmern geleiteten betriebenen Industrie noch in der Form der Hausindustrie organisiert war. Leonhardi berechnet in seiner Erdbeschreibung der preußischen Monarchie, zu der damals die heutigen westlichen Landesteile erst zu einem kleinen Teile gehörten, daß 1785 in den Hauptzweigen der kapitalistischen Produktion 165 000 Arbeiter beschäftigt waren, deren Jahresprodukt einen Wert von 91 Millionen Mark darstellte. Hiervon entfielen rund 150 000 Arbeiter mit einem Produktwert von 63 Millionen Mark auf vorzugsweise hausindustriell betriebene Produktionszweige, wie insbesondere die Leinewebererei, die Tuchmacherei, die Seidenindustrie usw.

Obwohl nun die Hausindustrie im 19. Jahrhundert gerade so wie das Handwerk wichtige Gebiete an den fabrikmäßigen Großbetrieb hat abtreten müssen, so betrug doch nach den Feststellungen bei der Gewerbezählung von 1907 die Zahl der hausindustriell beschäftigten Personen in Deutschland immer noch über 400 000.

Und zwar hat das Verlagsystem seinen Sitz zur Hauptsache jetzt noch in zwei Gewerbegruppen, die zusammen $\frac{3}{4}$ der Gesamtzahl der Hausgewerbetreibenden beschäftigen, nämlich in der Textilindustrie und in den Bekleidungsgewerben, speziell in Konfektion und Schuhmacherei, der Rest verteilt sich dann auf eine ganze Anzahl von Gewerbezeigen, die mit erheblich niedrigeren Zahlen vertreten sind, nämlich die Industrie der Steine und Erden (Glas- und Porzellan-

industrie), die Metallverarbeitung (Kleineisenindustrie), Nahrungs- und Genussmittelindustrie (Zigarrenherstellung), Lederindustrie (Portefeuillewarenherstellung), Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (Spielwarenverfertigung), Maschinenindustrie (Musikinstrumentenherstellung) usw.

Verluste hat das gewerbliche Betriebssystem der Hausindustrie im 19. Jahrhundert namentlich in den Gewerben erlitten, in denen die Technik der Herstellung durch das Eindringen der Maschine revolutioniert worden ist. In dieser Hinsicht teilte die Hausindustrie ganz das Schicksal des Handwerks. An erster Stelle ist da zu nennen die Textilindustrie, bei der ja der handwerksmäßige und der verlagsmäßige Kleinbetrieb in früherer Zeit in engster Verbindung miteinander standen. In dem Zeitraume von 1882 bis 1895 ging die Zahl der hausindustriellen Personen z. B. zurück in der Leinenweberei um 14600, in der Baumwollweberei um 18900, in der Seidenweberei sogar um 34500, in der Strickerei und Wirkerei um 12300, in der Posamentenfabrikation um 2100 usw. In diesen Gewerben hat die Zahl der Hausindustriellen in 13 Jahren um $\frac{1}{5}$ bis $\frac{3}{4}$ ihres früheren Bestandes abgenommen, und von 1895 bis 1907 war die Abnahme nicht viel geringer. Da ist es wirklich berechtigt, zu sagen, daß die Hausindustrie vor der Fabrik zusammenschmilzt wie Märzschnee vor der Frühlingssonne.

Daß es die Fabrik mit der Maschine ist, welche die Hausindustrie verdrängt, das zeigen deutlich die Ermittlungen, welche man im Bezirk der Handelskammer Schweidnitz angestellt hat. Dort nahm von 1871 bis 1898 die Zahl der Handwerker von 15000 auf 5700 ab, gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der mechanischen Webstühle von 1000 auf fast 9000. Abgesehen von der Textilindustrie sind es aber nur noch wenige Gewerbebezüge, in denen die Hausindustrie durch das Vordringen des fabrikmäßigen Großbetriebs anscheinend auf den Aussterbeetat gesetzt ist. Es kommen hier nur etwa noch folgende Gewerbebezüge in Betracht: die Zeugschmiederei und Feilenhauerei, in der von 1882 bis 1895 die Zahl der Hausindustriellen um rund 4000 abgenommen hat, ferner die Uhrenindustrie des Schwarzwalds, die Bürsten- und Rammfabrikation sowie die Hornknopfherstellung. Bei diesen ist es ebenfalls der auf der Anwendung der Maschine beruhende fabrikmäßige Großbetrieb, der die Hausindustrie zurückdrängt. Bei der hausindustriellen Stroßflechtere

dagegen war es nicht dieser Umstand, sondern die billigere Arbeit des Auslandes, was den Rückgang veranlaßt hat.

Außerhalb der eben aufgezählten Gebiete war im letzten Jahrhundert keine merkliche Aufjaugung der Hausindustrie in Deutschland wahrzunehmen. Im Gegenteil hat sie sich in manchen Gewerben bis in die letzten Jahrzehnte einer rasch fortschreitenden Entwicklung erfreuen können. Das geht schon daraus deutlich hervor, daß die Zahl der hausindustriell beschäftigten Personen im ganzen von 1882 bis 1907 nur um 140 000 abgenommen hat, während allein in der Textilindustrie die Abnahme über 200 000 Personen betrug. Wir müssen daraus schließen, und das ist eine ungemein wichtige Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Gewerben die Hausindustrie auch heutigentags noch die Voraussetzungen für ihr Fortbestehen und Gedeihen findet, so offensichtlich sie in anderen Gewerben dem Verfall entgegengeht. Gewerbe, in denen die Hausindustrie in den letzten Jahren an Boden gewonnen hat, sind namentlich die Kleiderkonfektion, die gegenwärtig den wirtschaftlich weitest entwickelten Zweig der Heimarbeit in Deutschland darstellt, die Tabakverarbeitung, die Tischlerei, die Korbmacherei, die Spigenverfertigung und Weißzeugstickerei, die Schuhmacherei, die Spielwaren- und Musikinstrumentenverfertigung, die Lederwarenindustrie u. dgl. Die Ursachen für die hier zu beobachtende Ausdehnung der hausindustriellen Produktion liegen auf verschiedenen Gebieten. Es kommen namentlich folgende Umstände in Betracht: der Fabrikant, der die Arbeit an Heimarbeiter ausgibt, statt sie in seiner Betriebsstätte verrichten zu lassen, spart an den Ausgaben für Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung und Instandhaltung der Arbeitsräume. Dieser Teil der Produktionskosten wird in der Hausindustrie vom Arbeiter getragen. Denn die Wohnung des Arbeiters ist zugleich seine Werkstätte. In der Hausindustrie fallen ferner die Ausgaben für Beaufsichtigung der Arbeit weg. Denn die Lohnzahlung erfolgt ausschließlich in der Form des Akkord- oder Stücklohnes. Endlich aber, und das ist vielleicht der allerwichtigste Umstand, bietet die Hausindustrie den Vorteil, daß sie dem Unternehmer ermöglicht, größte Bestellungen in kürzester Frist zu befriedigen und dann, wenn die rückläufige Konjunktur kommt, das Kapital schnell wieder aus dieser Anlageart zurückzuziehen. In der Hausindustrie braucht ja der Unternehmer in der Hauptsache nur umlaufendes,

wenig stehendes Kapital. Infolgedessen hat er auch nicht für die dauernde Rentabilität eines fest angelegten Kapitals und darum wieder nicht für die kontinuierliche Beschäftigung seiner Arbeiter zu sorgen! Der Nachteil rückläufiger Konjunkturen fällt in der Hausindustrie in erster Linie auf die Arbeiter. Die meisten Hausindustrien sind ausgesprochene Saisongewerbe, bei denen ein- oder zweimal im Jahre die Aufträge sich häufen, während in der übrigen Zeit die Arbeiter nur schwer genügende Beschäftigung finden.

Diese eben gezeichneten Umstände sind es, welche die scheinbar veraltete Betriebsform der Hausindustrie auch in der Gegenwart noch in relativ so großem Umfange erhalten und auf manchen Gebieten sogar zu ihrer weiteren Ausdehnung geführt haben. Und zwar haben wir gegenwärtig zwei Hauptzentren hausindustrieller Tätigkeit in Deutschland zu unterscheiden, einmal die Gebirgsgegenden und sodann die Großstädte. Was die ersteren betrifft, so sind die Existenzbedingungen der Hausindustrie in diesen Gebirgsgegenden unschwer zu erkennen. Es handelt sich hier um eine vorwiegend ländliche Hausindustrie, die auf der Verbindung von landwirtschaftlicher und hausindustrieller Tätigkeit beruht. Die Landwirtschaft vermag die Bevölkerung dieser Gegenden wegen der Unfruchtbarkeit des Bodens und der Zersplitterung des Grundbesizes allein nicht zu ernähren. Durch ihren kleinen Grundbesitz sind die Einwohner an die Heimat gefesselt, die zu verlassen ihnen auch sonst schwer werden würde. Für die Fabrikindustrie sind sie wenig geeignet: sie wohnen zu zerstreut und wollen auch nur je nach der Größe ihres Landbesizes und der Arbeit, die dieser erfordert, in verschiedenem Maße nebenberuflich industriell beschäftigt sein. In die strenge Disziplin der Fabrikorganisation könnten sie sich daher nicht einfügen. Dem Fabrikbetrieb erwachsen in diesen Gegenden, soweit sie nicht schon durch Eisenbahnen erschlossen sind, außerdem durch die großen Kosten des Transports der Kohle und anderer Rohstoffe Schwierigkeiten. So ist allein die Hausindustrie in der Lage, den Bewohnern dieser Bezirke die notwendige ergänzende Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz zu geben. Ohne die Hausindustrie wäre im Gebirge nicht entfernt eine so dichte Bevölkerung möglich. Man liebt es zwar in manchen Kreisen, über die Zustände der ländlichen Hausindustrie vom sozialpolitischen Standpunkte aus pessimistisch zu urteilen, bei nüchterner und unbefangener Prüfung der

Dinge aber läßt sich nicht verkennen, daß in den betreffenden Gegenden die Zustände noch viel schlimmer sein würden, wenn die Hausindustrie mangelte. Das geht aus den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über „Hausindustrie und Heimarbeit“ und ebenso aus den älteren, 1883 erschienenen Vereinschriften über die bäuerlichen Zustände in Deutschland deutlich hervor. Auf der einen Seite bildet die Hausindustrie hier die Stütze der Landwirtschaft, auf der anderen Seite bietet die Landwirtschaft einen Rückhalt gegen allzu große Abhängigkeit vom Verleger. Es ist ein sehr beträchtlicher Teil der deutschen Hausindustrie, der auf der Verbindung von landwirtschaftlicher und hausindustrieller Tätigkeit beruht, einer Verbindung, die wegen des regelmäßigen Wechsels zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit, den sie mit sich bringt, auch als vorteilhaft für die Gesundheit anzusehen ist.

Das zweite Hauptzentrum der Hausindustrie neben dem Gebirge sind die großen Städte. Während in den Landstädten wie in den Klein- und Mittelstädten in dem Zeitraume von 1882 bis 1895 die Hausindustrie im Verhältnis zur Bevölkerung ganz wesentlich abgenommen hat, ist sie in den deutschen Großstädten, d. h. in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, in der gleichen Periode noch schneller gewachsen als die Bevölkerung, die sich ja gerade in den Großstädten besonders schnell vermehrt hat. Nach der Statistik hat sich die Zahl der großstädtischen Hausindustriellen in den 13 Jahren von 1882 bis 1895 mehr als verdoppelt, sie ist von 31 000 auf 71 000 Personen gewachsen, obwohl in den Großstädten die Heimarbeiter von der Statistik vielfach wohl nur sehr unvollständig erfaßt worden sind. Namentlich die Hausindustrie in solchen Gewerben wie der Konfektion, der Schuhmacherei, der Tischlerei, der Sattlerei, der Kürschnerei, der Drechslerei und Buchbinderei hat sich vorwiegend in den Großstädten konzentriert. Das nötige Arbeitermaterial liefern ihr vor allem zwei Schichten der großstädtischen Bevölkerung: einmal der ehemals selbständige Handwerksmeister, der sich lieber in die Abhängigkeit von einem Verleger begibt, als daß er in einer Fabrik Arbeit nimmt, damit er so wenigstens den Schein der Selbständigkeit wahre. Insofern hat der Rückgang des Handwerks eine Zunahme der Hausindustrie bewirkt. Zum anderen ist es die lohnerwerbende weibliche, und zwar speziell auch die verheiratete weibliche Bevölkerung, die mittels der Heimarbeit Beschäf-

tigung findet. Und so zweifellos an sich die Fabrik vor der Hausindustrie aus sozialpolitischen Erwägungen den Vorzug verdient und als die höhere Entwicklungsstufe erscheint, so ist doch speziell für verheiratete Arbeiterinnen, die aus irgendwelchen Gründen zur Erwerbstätigkeit gezwungen sind, die Heimarbeit in vielen Fällen als das kleinere Übel gegenüber der Fabrikarbeit anzusehen. Die Fabrikarbeit hält die Hausfrau und Mutter den größten Teil des Tages von ihrem Hauswesen und ihren Kindern fern, die hausindustrielle Tätigkeit dagegen bietet ihr die Möglichkeit, sich nebenbei um Hauswesen und Kinder zu kümmern. Sie kann vor allem auch ihre Kinder länger selbst nähren, als wenn sie zur Fabrik ginge. Infolge dieses Umstandes ergibt sich für die Kinder von Heimarbeiterinnen eine geringere Sterblichkeit als für die von Fabrikarbeiterinnen, wofür z. B. von der Gewerbeinspektion Bremen interessante Daten festgestellt worden sind gelegentlich der Erhebungen, die 1899 in Deutschland durch die Gewerbeaufsichtsbeamten über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen vorgenommen wurden.

Für die große Zahl verheirateter Frauen, die trotz ungünstiger wirtschaftlicher Lage der Familie auf eine Erwerbstätigkeit ganz hätten verzichten müssen, wenn sie sie nicht in der Form der Heimarbeit ausüben konnten, war es von großer Bedeutung, daß in vielen Industriezweigen die neuere Entwicklung der Produktionstechnik durch Arbeitszerlegung einfache Teilarbeiten aus dem Gesamtproduktionsprozeß aussonderte, die nun ohne Schwierigkeit außerhalb der Fabrik von ungelernten oder halbgelernten weiblichen Arbeitskräften verrichtet werden konnten. In dieser sogenannten Außenarbeit, die auf der Übernahme einzelner Teilarbeiten beruht, ist in den letzten Jahrzehnten eine ganz neue Form der Hausindustrie entstanden, die sich von den älteren, einen ganzen Produktionsprozeß vollkommen selbständig durchführenden Hausindustrien wesentlich unterscheidet. Und gerade für die weibliche Bevölkerung der Großstädte ist diese unselbständige Außenarbeit von großer Bedeutung geworden. Für wie lange noch, das läßt sich freilich nicht sagen. Denn man muß immer damit rechnen, daß durch Veränderungen der Technik, durch Einführung neuer Maschinen usw. auch das Gebiet dieser hausindustriellen Tätigkeit zugunsten der Fabrikarbeit noch weiter eingeschränkt wird.

Sowohl in der ländlichen wie in der städtischen Hausindustrie sind

ohne Zweifel die Arbeitsbedingungen vielfach höchst ungünstig, insbesondere die Löhne sehr niedrig. Durch die Heimarbeitausstellungen in Berlin 1906 und in Frankfurt a. M. 1908 ist die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland darauf sehr nachdrücklich hingelenkt worden. Diejenigen irren aber, welche die Schuld an diesen Zuständen in der hausindustriellen Betriebsform an sich suchen. Die Heimarbeiter werden nicht deshalb schlecht bezahlt, weil sie Heimarbeiter sind, sondern weil und insoweit sie gewöhnliche, ungelernete Arbeit verrichten oder an Orten sich befinden, wo das Arbeitsangebot zu der Nachfrage nach Arbeitskräften der fraglichen Art in einem besonders ungünstigen Verhältnis steht, ferner weil sie in untergehenden Produktionszweigen beschäftigt sind oder die hausindustrielle Tätigkeit nur als einen Nebenerwerb betrachten. Sobald von den Arbeitern eines Hausindustriezweiges höhere, qualifizierte Arbeit verlangt wird, die nur in längerer Ausbildungszeit erlernt werden kann, und sobald die hausindustrielle Beschäftigung die eigentliche Erwerbsquelle bildet, steigen die Löhne auf eine mit den entsprechenden Verhältnissen in der Fabrikindustrie übereinstimmende Höhe. Das lehren beispielsweise die Zustände in der Kleineisenindustrie des bergisch-märkischen Landes, die ja zum großen Teil hausindustriell betrieben wird. Im Gegenteil läßt sich feststellen: der Umstand, daß durch Heimarbeit unter Umständen ein etwas besserer Verdienst erzielt werden kann als bei der gewöhnlichen Fabrikarbeit, hält die Bevölkerung ab, zur Fabrik zu gehen, wie man z. B. in den Orten des sächsischen Erzgebirges, in denen die Posamentenherstellung ihren Sitz hat, beobachten kann. Darum ist es falsch, die Hausindustrie ganz allgemein als sozialpolitisch rückständig zu bezeichnen. So ziemlich die ersten Tarifverträge, die überhaupt in Deutschland zwischen Unternehmern und Arbeitern zustande kamen, sind nicht in der Fabrikindustrie, sondern in der Hausindustrie, und zwar Anfang der 70er Jahre in der bergisch-märkischen Kleineisenindustrie abgeschlossen worden. Daraus ergibt sich zugleich die Unrichtigkeit der Auffassung, daß es den Arbeitern der Hausindustrie ganz unmöglich sei, sich zu organisieren.

Zusammenfassend ist über die Schicksale von Handwerk und Hausindustrie während des letzten Jahrhunderts zu sagen: von der unbestrittenen Vorherrschaft, die diese Betriebsformen am Anfange des Jahrhunderts noch im deutschen Gewerbewesen besaßen, ist im Schluß

keine Rede mehr. Der mechanische Großbetrieb ist in großem Umfange an ihre Stelle getreten und hat sie in den Hintergrund gedrängt. Aber noch immer sind sie in erheblichem Umfange vorhanden, und es ist, falls nicht etwa die öffentliche Gewalt die natürliche Entwicklung zuungunsten der einen oder anderen umzugestalten sucht, in absehbarer Zeit wohl auch nicht zu erwarten, daß sie völlig aus dem Wirtschaftsleben verschwinden. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß sie dauernd einen gewissen Platz im Wirtschaftsleben da behaupten, wo ihre Eigenart ihnen einen natürlichen Vorsprung vor den Formen des zentralisierten Großbetriebes verleiht, wo nämlich entweder, wie beim Handwerk, die Produktion eine Anpassung an konkrete, individuell bestimmte Verhältnisse erfordert und es sich zugleich um einen aus kleinen Aufträgen sich zusammensetzenden Bedarf handelt, oder wo, wie in der Hausindustrie, zwar schon eine Massenproduktion von Waren der gleichen Gattung stattfindet, aber eine technische Notwendigkeit zur Errichtung geschlossener Großbetriebe nicht vorliegt.

Vierter Vortrag.

Die Entwicklung der Großindustrie, die industrielle Kartellbewegung und die Entstehung der gewerblichen Arbeiterfrage.

Wenn auch Handwerk und Hausindustrie die typischen gewerblichen Betriebsformen des deutschen Wirtschaftslebens vor 100 Jahren waren, so hat es doch schon lange vor dem 19. Jahrhundert vereinzelte zentralisierte Großbetriebe, Manufakturen und Fabriken, im deutschen Gewerwesen gegeben. Unternehmungen, die den normalen Umfang eines handwerksmäßigen Betriebs übertrafen, waren in älterer Zeit, d. h. in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters, z. B. in Gestalt von Eisen- und Kupferhämmern sowie von Messinghütten vorhanden, auch gab es größere Betriebe in der Glasfabrikation, der Bierbrauerei und der Papiermüllerei. In etwas späterer Zeit gesellte sich hierzu der Großbetrieb in der Buchdruckerei, der Farbenfabrikation, der Spiegelmanufaktur, der Tabakverarbeitung, der Zuckerraffinerie, der Stärkegewinnung und anderen Gewerbezweigen mehr. Auch entwickelten sich auf dem Gebiete der Textilindustrie im 17. und 18. Jahrhundert schon vereinzelte Großbetriebe. So wurde im Jahre 1676 eine Seiden- und feine Wollenmanufaktur

in Neustadt-Ostra bei Dresden gegründet, und 1686 eröffnete ein Unternehmer in Halle a. S. eine Tuchfabrik, in der ein Jahr später schon 350 Arbeiter beschäftigt waren. Diese vereinzelt Großbetriebe vermochten aber an der ausgesprochen kleingewerblichen Struktur, welche das Gewerbewesen der damaligen Zeit zeigte, nichts zu ändern. Sie waren Ausnahmen und fielen aus dem Rahmen der Gewerbeverfassung jener Zeit völlig heraus. Wie sie außerhalb des Zunftwesens blieben, indem sie auf Grund besonderer staatlicher Privilegien errichtet wurden, so mußten sie auch die Arbeitsgebiete der Zunfthandwerke sorgfältig achten und durften sich Übergriffe in letztere nicht erlauben. In diesem Punkte ist überhaupt ein wesentlicher Unterschied zwischen den gewerblichen Großbetrieben des 18. und denen des 19. Jahrhunderts zu erblicken. Im 17. und 18. Jahrhundert ist in Deutschland der Großbetrieb streng beschränkt auf einige wenige, und zwar meist erst ganz neu entstandene Gewerbezweige, im 19. Jahrhundert kümmert er sich um diese Grenzen nicht mehr. Er bringt auf der ganzen Linie vor, um in das Arbeitsgebiet des handwerksmäßigen Kleinbetriebs überall einzubrechen. Im 18. Jahrhundert entstehen die Großbetriebe neben den Kleinbetrieben, im 19. setzen sie sich allenthalben an Stelle der Kleinbetriebe. Der Kleinbetrieb verliert einen großen Teil seines alten Besitzstandes an die Großindustrie.

Indessen ist das Wachstum der Großindustrie im 19. Jahrhundert durchaus nicht nur, ja vielleicht nicht einmal zum größeren Teil auf Rechnung des Eindringens der Fabrik in alte Arbeitsgebiete des Handwerks zu setzen. Vielmehr hat auch diejenige Großindustrie, die von Anfang an großgewerblichen Charakter besaß und die nicht im Kampfe mit dem Handwerk, sondern neben diesem emporkam, insofern sie Produkte herstellte, die vom Handwerk niemals geliefert worden waren, die sog. primäre Großindustrie, im letzten Jahrhundert ungemein an Bedeutung gewonnen. Zwei Umstände wirkten zusammen, um die Entwicklung der primären Großindustrie zu fördern. Einmal stieg infolge des wachsenden Volkswohlstandes sowie, namentlich im letzten Menschenalter, infolge des gewaltig zunehmenden Exports der Absatz an Produkten von vielen derjenigen primären Fabrikindustrien beträchtlich, welche das 19. Jahrhundert schon vom vorhergehenden übernommen hatte. Zum anderen aber entstand im Laufe des letzten Jahrhunderts eine ganze

Reihe neuer primärer Großindustrien, die schnell zu großer Bedeutung gelangten. Zum größten Teil fiel diese Entwicklung übrigens erst in die zweite Hälfte des Jahrhunderts, namentlich in die Jahre nach 1870.

Zunächst einige Beispiele dafür, wie die älteren bereits aus dem 18. Jahrhundert oder noch früherer Zeit stammenden primären Großindustrien im Laufe des letzten Jahrhunderts an Raum und Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben gewonnen haben. In der Tabakfabrikation waren 1785 in Ostpreußen erst 2000 Menschen beschäftigt, 1861 waren es auf dem gleichen Gebiet schon über 15 000. Im Deutschen Reich ist von 1885 bis 1907 die Zahl der in der Tabakverarbeitung tätigen Personen von 58 000 auf über 203 000 gestiegen. Diese das Wachstum der Bevölkerung weit überholende Vermehrung der Tabakindustrie ist zu einem Teil aus der Zunahme des Tabakkonsums, zum anderen Teil aber daraus zu erklären, daß an die Stelle der Tabakspfeife in immer größerem Umfange die Zigarre trat, deren Herstellung wesentlich mehr Arbeit erfordert als die des Rauchtabaks. Ein außerordentlich schnelles Wachstum zeigen auch die verschiedenen Zweige der Glas- und der keramischen Industrie. In der Porzellanfabrikation entfiel 1861 ein Gewerbtätiger erst auf rund 3800 Einwohner, 1895 dagegen schon auf 1400. Dieses Wachstum hängt damit zusammen, daß seit 1850 das Porzellangeschirr auch in die Haushaltungen des Mittelstandes immer mehr eindrang, und ferner mit der wachsenden Ausfuhr von Porzellanwaren, namentlich nach Nordamerika. Beispiele einer ähnlichen Steigerung bieten ferner die Schokoladenfabrikation, hat sich doch der Verbrauch von Kakao in Deutschland von 1836 bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts pro Kopf der Bevölkerung mehr als verfünzigfach, weiter auch die Papierfabrikation, die Seifensiederei, die Buchdruckerei und noch viele andere Gewerbe.

In gleich rapider Weise wie diese schon aus älterer Zeit stammenden primären Industrien haben sich auch einige der erst im letzten Jahrhundert entstandenen Produktionszweige großgewerblichen Charakters entwickelt. Durchaus ein Produkt des 19. Jahrhunderts ist in Deutschland z. B. die Zuckerindustrie. Obwohl die Entdeckung des Zuckergehalts der Runkelrübe durch den Chemiker Marggraf schon in das Jahr 1747 fällt, sind die ersten Rohzuckerfabriken in Deutschland doch erst um 1820 entstanden. Am Anfang des 20. Jahrhun-

derts aber waren in der Zuckersfabrikation bereits gegen 100 000 Menschen beschäftigt, und die Zuckerindustrie, die den Fortschritt des Landwirtschaftsbetriebs ungemein gefördert hat, zählte bis zum Weltkrieg zu unseren hervorragenden Exportgewerben. Zu noch größerer Bedeutung als die Zuckerindustrie aber sind im Haushalte des deutschen Volkes während des letzten Jahrhunderts zwei Industriezweige gelangt, von denen am Ende des 18. Jahrhunderts erst ganz schwache Anfänge vorhanden waren. Diese beiden Produktionszweige, die zugleich zu den wichtigsten Exportindustrien Deutschlands gehören, sind die chemischen Gewerbe und die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, beide Kinder des naturwissenschaftlichen Fortschritts des letzten Jahrhunderts. Noch im Jahre 1861 waren im Gebiet des Zollvereins in der chemischen Industrie und in der Industrie der Leuchtstoffe erst 23 600 Menschen tätig, im Jahre 1907 betrug diese Zahl über 172 000, und der Wert der Jahresproduktion der chemischen Industrie belief sich auf mehr als eine Milliarde Goldmark. Allein Teerfarbstoffe exportierte die deutsche chemische Industrie vor dem Kriege jährlich im Werte von 125 bis 130 Millionen Mark. Ebenso wie die chemische ist auch die Maschinenindustrie vom 19. Jahrhundert fast aus dem Nichts geschaffen worden. Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Deutschland nur einige hundert sogenannte Maschinenbauer, die ihr Gewerbe handwerksmäßig betrieben und vor allem Mühlenanlagen und Webstühle herstellten. Nach der Gründung des Zollvereins beginnt im Zusammenhang mit dem Vordringen des mechanischen Großbetriebs ihre Zahl schneller zu steigen. Immerhin waren 1861 im Zollverein erst etwas über 51 000 Personen mit dem Bau von Maschinen beschäftigt. 1882 waren es 356 000, 1895: 582 700 und 1907 über 1 120 000! Die Maschinenindustrie ist diejenige Gewerbegruppe, die von 1895 bis 1907 am schnellsten von allen gewachsen ist. Die Erzeugnisse dieser Industrie standen vor dem Kriege aber auch mit einer Gesamtsumme von jährlich etwa 360 bis 400 Millionen Mark neben Baumwollwaren an der Spitze der Liste der deutschen Exportartikel. Hand in Hand mit dieser Ausbreitung der Maschinenindustrie entwickelte sich eine weitgehende Arbeitsteilung in ihr. Welche reiche Gliederung nach Spezialitäten zeigt allein schon der Zweig der Maschinenindustrie, von dem die Gewerbezahl von 1882 noch gar nichts zu melden wußte, während die von 1895 be-

reits nahe an 15 000 und die von 1907 gar über 142 000 in ihm tätige Personen nachwies, die elektrotechnische! Die Statistik zählt bei ihr in sieben Gewerbearten über 30 verschiedene Gewerbe auf, ohne damit den Reichtum des wirklichen Lebens zu erschöpfen.

Der durch das Vordringen des mechanischen Großbetriebs hervorgerufene beispiellose Aufschwung der Maschinenindustrie übte naturgemäß eine belebende Wirkung auch auf eine ganze Reihe anderer Produktionszweige aus, insbesondere auf die Eisengewerbe und den Kohlenbergbau. Die gewaltige Zunahme, welche die Kohlen- und Eisengewinnung im letzten Jahrhundert bei uns erfahren hat, wir förderten vor dem Kriege jährlich etwa 40 mal soviel Kohlen wie vor 100 Jahren und produzierten 60 mal soviel Roheisen wie 1840, ist zu einem nicht geringen Teil hervorgerufen durch die Entfaltung der Maschinenindustrie. Die Entfaltung der Maschinenindustrie aber wiederum beruht ganz wesentlich mit auf der Entwicklung einer zweiten Gruppe von Großindustrien, derjenigen nämlich, die nicht wie die bisher betrachteten neben dem Handwerk, sondern die auf Kosten des Handwerks in die Höhe kamen und die insofern für Deutschland im letzten Jahrhundert eine ganz neue Erscheinung bildeten. Denn eine der Hauptwaffen, mit denen die neu entstehenden Großbetriebe den handwerksmäßigen Kleinbetrieb angriffen und im Konkurrenzkampf schließlich überwandten, war die Maschine. Wo aber einmal die Maschine einen größeren Teil des Produktionsprozesses übernimmt, da wird sie sofort für die ganze Einrichtung und Organisation des Betriebs maßgebend. In der Regel ist es ja nicht mit der Anwendung einer einzelnen Maschine getan, sondern sehr bald erfordert die Entwicklung der Technik die Einführung ganzer Maschinensysteme, selbst für verhältnismäßig einfache Arbeitszweige. Sind doch z. B. in den Schuhwarenfabriken mehr als zwei Duzend Maschinen nacheinander bei der Herstellung des Fabrikats beteiligt, und selbst bei der Anfertigung von schwedischen Zündhölzern kommen nacheinander 19 verschiedene Maschinen zur Anwendung, soweit man nicht neuerdings eine ganz neue, den Produktionsprozeß wieder zum großen Teil in sich vereinigende Maschine verwendet. So kommt es, daß, wo einmal ein Gewerbebetrieb zur Maschinenverwendung übergeht, die Maschine bestimmt, in welche Abschnitte der Produktionsprozeß zerfällt; sie entscheidet je nach den besonderen Anforderungen, welche die Bedienung der einzelnen Maschinen

stellt, ob der Unternehmer vorwiegend gelernte oder ungelernete, männliche oder weibliche, erwachsene oder jugendliche Arbeitskräfte zu beschäftigen hat uff.

Der Übergang zur Maschinentechnik bedingt ferner in der Regel zugleich eine Erweiterung des Betriebs. Das Verhältnis ist nicht so aufzufassen, wie es gewöhnlich hingestellt wird, als ob die Fabrik infolge ihrer technischen Überlegenheit in der Lage sei, die Massenfabrikation mit Erfolg aufzunehmen. Die Massenproduktion ist nicht Folge, sie ist vielmehr umgekehrt Voraussetzung der technischen Überlegenheit der Fabrik. Nur dann, wenn eine große Menge von Produkten gleichzeitig hergestellt werden kann, wenn also ein gleichmäßiger Massenbedarf vorhanden ist, vermag der Betrieb, der Maschinen verwendet, billiger zu produzieren als der Kleinbetrieb gewöhnlichen Umfangs. So zieht die Einführung der Maschinentechnik notwendig den Übergang zum Großbetrieb nach sich, in dem viele Arbeiter unter einheitlicher Leitung tätig sind. Insbesondere da, wo die Dampfmaschine mit Vorteil verwendet werden konnte, ergab sich eine Tendenz zur Vergrößerung der Betriebe. Denn eine große Dampfmaschine von vielen Pferdestärken arbeitet wesentlich billiger als eine kleine Dampfmaschine von nur wenig Pferdestärken. Die Einführung der Dampfmaschine hat daher als ein in der gesamten Industrie den Übergang zum Großbetrieb ungemein förderndes Moment gewirkt.

Diese Entwicklung, die gleichbedeutend war mit einer weitgehenden Verdrängung des Handwerks, begann in Deutschland in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Vor allem nach dem Jahre 1848 machte sie reißende Fortschritte. Wie es in England zum Teil schon in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts geschehen war, so mußte sich nun auch in Deutschland ein Gewerbebezweig nach dem anderen einer Untersuchung daraufhin unterwerfen, inwieweit die Grundsätze des mechanischen Großbetriebs auf ihn anwendbar seien. Und diese Untersuchung ergab, daß es eigentlich in allen wichtigeren Industriezweigen möglich war, den Produktionsprozeß durch Anwendung eines geeigneten Systems von Kraft- und Arbeitsmaschinen zum großen Teil automatisch sich vollziehen zu lassen.

Selbstverständlich können hier aus dem großen und langwierigen Kampf, zu dem die Begründung von Unternehmungen großgewerblichen Charakters auf den verschiedensten Gebieten führte, nur ein-

zelne Szenen zu schildern versucht werden. Vor allem die Entwicklung der Verhältnisse in der Textilindustrie mag als Beispiel für die wirtschaftliche Revolution dienen, welche das Eindringen des mechanischen Großbetriebs in die althergebrachten kleingewerblichen Betriebsformen hervorrief. Ist doch auch die Textilindustrie in Deutschland genau so wie in England derjenige Gewerbebezweig gewesen, in dem zuerst der Großbetrieb den Kleinbetrieb verdrängte. Daß sich in der deutschen Textilindustrie während des 19. Jahrhunderts eine vollständige Umwälzung der Technik vollzogen haben muß, läßt sich schon äußerlich an der totalen Verschiebung erkennen, die in dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Spinnerei und Weberei eingetreten ist. Während man an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert das Gespinnst von 10 und noch mehr Spinnern brauchte, um einen einzigen Weber voll zu beschäftigen, waren bei der Berufszählung von 1895 in der Baumwollweberei beispielsweise fast genau doppelt soviel Personen beschäftigt wie in der Baumwollspinnerei. Und dabei haben bekanntlich nicht nur in der Spinnerei, sondern auch in der Weberei die neuen Arbeitsmittel gewaltige Arbeitersparnisse im Gefolge gehabt. Allein während die Einführung des mechanischen an Stelle des Handwebstuhls die Arbeitsleistung eines Webers nur etwa verdoppelt bis verdreifacht hat, ist durch die Erfindung der später immer mehr vervollkommneten Spinnmaschine die Arbeitsleistung des Spinners auf mehr als das Hundertfache erhöht worden.

Die Umgestaltung des Spinnprozesses durch den mechanischen Betrieb der Spinnerei brachte dem deutschen Wirtschaftsleben schwere Erschütterungen und Leiden. Vom Spinnen hatten bis dahin in Deutschland unzählige Menschen gelebt. Eigentlich spann im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach der anschaulichen Schilderung von Schmoller noch alle Welt in Deutschland. Das Spinnen war zuerst eine weit verbreitete häusliche Nebenbeschäftigung der Frauen, Töchter und Dienstmädchen; dann aber war es in vielen Gegenden auch der Hauptberuf großer Teile der Bevölkerung, die mit dem Spinnen ein zwar nicht glänzendes, aber doch leidliches Auskommen fanden. Als in Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Mangel an Gespinnsten eintrat, da ließ man sogar die Soldaten spinnen und führte in allen Strafanstalten das Spinnen als Hauptbeschäftigung ein. Als das immer noch nicht reichte, gründete man

ganze Spinnerkolonien. Und zwar bezieht sich das jetzt Gesagte zunächst auf die Flachsspinnerei. Die Baumwoll- und die Schafwollindustrie hatten damals nicht entfernt die Bedeutung wie die Leinenindustrie. Leinwand war zu jener Zeit der Hauptbekleidungsstoff für den größten Teil der Bevölkerung. Dieterici berechnet in seinen Untersuchungen über den Volkswohlstand im preussischen Staat, daß 1806 in Preußen pro Kopf der Bevölkerung jährlich nur $\frac{1}{2}$ Elle Wollgewebe und $\frac{3}{4}$ Elle Baumwollstoffe, dagegen 4 Ellen Leinwand verbraucht worden seien. Und dazu kam noch ein beträchtlicher Export. Der jährliche Wert der Leinenausfuhr aus den schlesischen und westfälischen Distrikten betrug viele Millionen Taler. Als man nun in England lernte, die ursprünglich nur für die Verarbeitung der Baumwolle eingerichtete Spinnmaschine nach Überwindung großer Schwierigkeiten auch für die Flachsspinnerei zu verwenden, da verdrängte bald auch in Deutschland das Maschinengarn das Handgarn immer mehr, und zwar war es zunächst das englische Produkt, welches das deutsche aus dem Felde schlug. Denn in Deutschland entwickelte sich die Maschinenspinnerei zunächst nur langsam. Die größte Not der Flachspinner fällt nach Schmoller, dessen Darstellung hier zugrunde liegt, in die 40er Jahre. Tausende sind damals dem Hungertyphus erlegen. Naturgemäß waren die Übelstände da am größten, wo das Spinnen ausschließliche Beschäftigung der Leute, ja ausschließlicher Erwerb ganzer Dörfer war, welche erst im 18. Jahrhundert gegründet worden waren und nur sehr wenig Grundbesitz hatten. Am meisten traf dies in Schlesien und der Lausitz, weniger in Westfalen zu. Die schwächliche, im Laufe der Generationen heruntergekommene Spinnerbevölkerung entschloß sich nur schwer, zu anderen Tätigkeiten überzugehen, deren sich ihr damals freilich auch nicht viele boten. Den Rückgang der Zahl der Handspinner von Leinengarn in Preußen sind wir erst seit 1849 statistisch zu erfassen imstande. Die Zahl der Handspinner, die für eigene Rechnung arbeiteten, betrug im Jahre 1849 noch über 84 000, zwölf Jahre später waren es dagegen nur noch 14 500. Diese Zahlen lassen auf ein ungeheures Elend schließen. Seit den 60er Jahren hat dann die Handspinnerei als selbständige Beschäftigung überall ganz aufgehört. Mit dem Handspinnen ließen sich in den 60er Jahren aber auch beim größten Fleiß kaum mehr als sechs Pfennige täglich verdienen.

In den Rückgang der Leinenspinnerei wurde auch die Leinenweberei mit hineingerissen. Die deutsche Leinenindustrie suchte auf Kosten der Güte der Ware ebenso billig zu liefern wie die technisch besser ausgerüstete englische und irische Konkurrenz. Die Verschlechterung der Qualität der deutschen Leinwand konnte aber auf dem Weltmarkte nicht lange verborgen bleiben, und so verlor die deutsche Leinenindustrie ein ausländisches Absatzgebiet nach dem anderen an die billigeren und dabei besseren englischen Produkte. Man braucht nur an Gerhart Hauptmanns „Weber“ zu denken, um eine Vorstellung von dem Elend zu bekommen, das dadurch über die deutschen Weberdistrikte hereinbrach!

Ruhiger und leichter als in der Leinenindustrie hat sich der Übergang zum mechanischen Betrieb in dem Zweige der Textilindustrie vollzogen, der im Laufe des letzten Jahrhunderts alle anderen an Bedeutung überflügelt hat, in der Baumwollverarbeitung. Baumwolle wurde im 18. Jahrhundert in Deutschland noch wenig getragen. Der Zentner Baumwolle kostete damals freilich auch 100 Taler und darüber. Die noch am meisten getragenen Gewebearten wurden von auswärts eingeführt. Doch hatte sich in einigen Gegenden, namentlich im sächsischen Erzgebirge und im Vogtlande, auch schon eine immerhin nicht unbeträchtliche Baumwollindustrie entwickelt. Hier gab es auch etwa 25 000 bis 30 000 Handspinner. Als diese durch die Konkurrenz des englischen Maschinengarns Ende des 18. Jahrhunderts in heftige Bedrängnis versetzt wurden, da wußte man sich in Sachsen den veränderten Verhältnissen bald anzupassen. In kurzer Zeit war, zum Teil mit Unterstützung der Regierung, der Übergang zur Spinnmaschine vollzogen. 1800 waren bereits über 2000 Fennymaschinen in Sachsen vorhanden, und mehr als 150 Maschinbauer waren ausschließlich mit der Anfertigung von solchen beschäftigt. Der Betrieb der Spinnerei auf der Fennymaschine erfolgte bis 1798 ausschließlich hausindustriell oder im selbständigen Kleinbetrieb. 1798 ließ zum erstenmal ein Chemnitzer Verleger eine größere Zahl von Spinnmaschinen in einem großen Fabriksaal aufstellen. Obwohl dieser erste Versuch mißglückte, wurde er doch bald wiederholt; aber nicht mehr die Fennymaschine war es, sondern die mit Wasserkraft betriebene Water- und Mulemaschine, die den Kleinbetrieb in der Baumwollspinnerei auszrottete. Die ersten Spinnmühlen, wie man sie nannte, sind im Jahre 1800 in Sachsen in

Gang gesetzt worden; die eine fing mit 620, die andere mit 432 Spindeln an, wenige Jahre später hatte die erstere aber schon über 10 000 und die letztere über 2500 Spindeln. Diese Art der mechanischen Spinnereien verbreitete sich dann schnell, wozu die durch die Kontinental Sperre geschaffene günstige Konjunktur mächtig beitrug. 1813 waren schon über 256 000 Spindeln auf Baumwolle in Sachsen im Gange, aber nicht eine einzige der vorhandenen Spinnereien wendete, wie schon früher (S. 16) erwähnt, die Dampfkraft an, die meisten waren Spinnmühlen, d. h. sie wurden mit Wasserkraft betrieben. Vor der Konkurrenz der Spinnmühlen konnte bald weder die Jennymaschine noch die Handspinnerei bestehen. Die Zahl der Jennymaschinen, die bis 1807 auf 9000 angestiegen war, was einer Spindelzahl von 200 000 entspricht, betrug 1809 nur noch 4000. Seit 1813 sind sie allmählich ganz verschwunden. Im Jahre 1813 erhoben auch die 1100 Handspinner, die in acht vogtländischen Dörfern von der Baumwollspinnerei als ihrem Hauptgewerbe lebten, noch einmal laute Klagen über die vernichtende Konkurrenz der Spinnmühlen. Es war der letzte Notschrei der Handspinnerei vor ihrem Untergange.

Die Entwicklung der Baumwollspinnerei ist typisch für eine ganze Reihe anderer Gewerbebezüge. Hat auch, abgesehen vom Bergbau, den Glashütten und einigen Zweigen der Eisenproduktion, der Großbetrieb im übrigen nur selten so vollständig gesiegt wie in der Baumwollspinnerei, wo er aber auch so große Vorzüge vor dem Kleinbetrieb besitzt, wie nur noch auf wenigen anderen Gebieten, so läßt sich doch auch in den meisten anderen Gewerbebezügen beobachten, wie namentlich in dem Zeitraum von 1882 bis 1907, für den vergleichbare statistische Daten vorliegen, die Riesen- und Großbetriebe an Zahl sowie vor allem auch nach ihrer Arbeiterzahl viel schneller zunehmen als die Mittel- und Kleinbetriebe. Hand in Hand geht damit gewöhnlich eine Steigerung der Leistung, die durchschnittlich auf einen Arbeiter entfällt.

Bei der Roheisenerzeugung z. B. tritt dieser Entwicklungsgang in folgenden Zahlen charakteristisch hervor. Anfang der 70er Jahre wurden in Deutschland von zusammen mehr als 200 Unternehmungen noch 360 Hochofen betrieben. Dann ging die Zahl sowohl bei den Werken als bei den Hochofen immer mehr zurück, bis sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre bei den ersteren nur noch wenig über 100 und

bei den letzteren wenig über 200 betrug. Seitdem ist die Zahl der Hochöfen zwar wieder gestiegen, hat aber die Höhe aus dem Anfang der 70er Jahre nicht wieder erreicht. Gleichzeitig mit dem Rückzug der Zahl der Betriebe und der Hochöfen hat sich die durchschnittliche Leistungsfähigkeit eines Betriebs bzw. Hochofens beträchtlich gehoben. Im Jahre 1872 betrug die durchschnittliche Jahresleistung eines Hochofens in Deutschland erst 7500 t, vor dem Kriege war sie auf etwa 30 000 t zu veranschlagen. In etwa dem gleichen Maße ist die Leistungsfähigkeit der Hochofenwerke im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter gestiegen. 1872 wurden bei einer mittleren Belegschaft von 26 111 Köpfen 1 927 000 t Roheisen produziert, im Jahre 1909 dagegen bei einer mittleren Belegschaft von 42 227 Köpfen 12,6 Millionen Tonnen.

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich noch in zahlreichen anderen Produktionszweigen beobachten, insbesondere auch in solchen, die früher zum Handwerk gehörten oder ihm doch nahestanden, wie in der Gerberei, der Müllerei, der Hutmacherei, dem Buchbindergerwerbe, der Handschuhmacherei, der Bierbrauerei, der Ziegelei, der Töpferei, der Färberei usw.

Statt diese Entwicklung zum Großbetrieb in den einzelnen Gewerbezweigen genauer zu verfolgen, was nur unter Vorführung eines umfangreichen Zahlenmaterials möglich wäre, sollen lieber zwei Begleiterscheinungen der großindustriellen Entwicklung Deutschlands etwas näher geschildert werden, einmal nämlich die Organisationsbestrebungen, die in den letzten Jahrzehnten fast in allen Teilen der Großindustrie hervorgetreten sind, zum anderen die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse in der Großindustrie.

Zunächst einige Bemerkungen über die industrielle Kartellbewegung! Es ist selbstverständlich, daß die vollständige Umbildung, welche das deutsche Gewerbewesen im letzten Jahrhundert erfuhr, nicht möglich gewesen wäre ohne eine freiheitliche Gewerbebelebung. Der im Entstehen begriffene Großbetrieb war es, der die Gewerbefreiheit als Lebenselement brauchte, wenn er seinen Siegeszug durch die deutschen Gewerbe antreten sollte. Darum datiert der unaufhaltsame und definitive Rückgang des Handwerks auch erst seit der Zeit, in der ganz Deutschland sich endgültig auf den Boden der Gewerbefreiheit stellte. Das ist aber erst in den 60er Jahren geschehen. Selbst Preußen, wo man schon bald nach Beginn des Jahr-

hundert^s den Mut gehabt hatte, sich grundsätzlich zur Gewerbefreiheit zu bekennen, war 1849 noch einmal in die rückläufige Strömung, die damals in der Gewerbepolitik herrschte, hineingezogen worden und hatte für 70 der wichtigsten Handwerke die Ausübung des Gewerbebetriebs wieder von der Zugehörigkeit zu einer Innung und von der Ablegung einer Prüfung abhängig gemacht. Dieser Zustand dauerte in Preußen fast 20 Jahre, freilich ohne daß das Bestehen des Befähigungsnachweises in dieser Zeit dem Handwerk einen goldenen Boden zu geben vermocht hätte. Erst kurz vor der Gründung des neuen Reiches wurde, zunächst für den Norddeutschen Bund, der allgemeine Übergang zur Gewerbefreiheit vollzogen, und damit wurden den Fortschritten der Großindustrie die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt.

Es ist nun eine der interessantesten Erscheinungen des letzten Jahrhunderts, daß sich die Gewerbefreiheit nur kurze Zeit in voller prinzipieller Strenge hat behaupten können, daß vielmehr sofort von zwei Seiten her erfolgreiche Angriffe auf die eben erst eingeführte Einrichtung gemacht worden sind. Daß sich die Handwerker mit der Gewerbefreiheit nicht recht befreunden konnten, ist nicht schwer zu verstehen. Die Kleingewerbetreibenden gaben ihr die Schuld an dem beständigen Vordringen des Großbetriebs und suchten in ihr die Hauptursache ihrer Notlage. Sehr bald schon beginnen daher die Handwerker die Regierungen und Parlamente mit Petitionen zu bestürmen, welche die Einschränkung der Gewerbefreiheit zum Ziele haben. Das „große Mittel“ der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises haben die Handwerker allerdings trotz einer ihren Wünschen geneigten Reichstagsmehrheit, die lange Zeit vorhanden war, nicht durchsetzen können, dagegen haben sie in den 80er und 90er Jahren den Erlaß einer Reihe von Novellen zur Gewerbeordnung erreicht, durch die verschiedene ihrer Wünsche erfüllt wurden. Der öffentlich-rechtliche Charakter der Innungen, die nach Einführung der Gewerbefreiheit nur freiwillige Vereinigungen gewesen waren, wurde wiederhergestellt, und den Innungen wurden vielfach auch gegenüber den nicht zur Innung gehörigen Handwerksmeistern weitgehende Rechte verliehen. Durch diese Gesetze hatte man sich der Zwangsinnung allmählich angenähert, und der Gedanke, das ganze Handwerk in Organisationen zusammenzufassen, denen jeder Handwerker unbedingt angehören müsse, war die naheliegende Konse-

quenz der ganzen Entwicklung, die dann auch durch ein Gesetz von 1897 tatsächlich gezogen wurde. Es ist selbstverständlich, daß durch irgendwelche Organisationen dem Handwerk da, wo durch die Entwicklung der Produktion, des Verkehrs oder des Bedarfs die Grundlagen seiner Existenz bereits erschüttert sind, nicht geholfen werden kann. Allein vielleicht ist es durch diese Organisationen wenigstens möglich, die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses, um die es jetzt oft mehr als mangelhaft bestellt ist, wenigstens etwas zu heben, solange man noch keine kommunalen oder staatlichen Lehrwerkstätten errichten kann.

Erheblich wichtiger als die Einschränkungen, welche die Gewerbefreiheit in den letzten Jahrzehnten auf dem Wege der Gesetzgebung erfahren hat, sind diejenigen, die ihr in der Großindustrie das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte selbst auferlegt hat. Auf dem Boden der Gewerbefreiheit sind, namentlich seit der Schwenkung der deutschen Handelspolitik im Jahre 1879 und von dieser in starkem Maße gefördert, in vielen Industrien freiwillige Bindungen und Organisationen entstanden, durch die, wie man treffend bemerkt hat, die Gewerbefreiheit aus eigener Kraft in ihr Gegenteil umzuschlagen droht. Wir zielen damit auf die moderne Erscheinung der industriellen Unternehmerverbände, der Kartelle, Konventionen, Syndikate oder wie man sie sonst nennen mag. Da, wo ein Kartell besteht, hat die Gewerbefreiheit tatsächlich mehr oder weniger aufgehört zu existieren. Denn die Kartelle suchen ihren Hauptzweck, Erhöhung des industriellen Gewinns, auf dem Wege der vertragsmäßigen Einschränkung des freien Wettbewerbs zwischen den beteiligten Unternehmungen zu erreichen.

Je nach den Richtungen, in denen der freie Wettbewerb zwischen den beteiligten Unternehmern eingeschränkt wird, haben wir sehr verschiedene Kartelle zu unterscheiden, so vor allem Preiskartelle zur einheitlichen Normierung der Verkaufspreise, Absatzkartelle zur Aufteilung der Absatzgebiete oder der Kundschaft unter den Kartellmitgliedern, Produktionskartelle zum Zweck der Anpassung der Produktion an den Bedarf, Vertriebskartelle zur einheitlichen Organisation des Warenabsatzes und zur gleichmäßigen Verteilung der eingehenden Aufträge, Gewinnbeteiligungskartelle zur Ausgleichung des Gewinns unter den Kartellmitgliedern uß. Diese verschiedenen Formen der Kartellierung können wieder in zahlreichen Spielarten

und Kreuzungen auftreten, und fast alle nur denkbaren Kombinationen lassen sich unter den mehreren Hunderten von Kartellen finden, die im letzten Menschenalter in Deutschland gegründet, zu einem Teil aber auch schon wieder aufgelöst worden sind. Es ist wirklich überraschend, was für einen Reichtum an Organisationsformen das Wirtschaftsleben auf diesem Gebiete entfaltet hat. Der Gang der Entwicklung war dabei gewöhnlich der, daß an die Stelle anfänglich noch sehr einfacher und loser Vereinigungen nach und nach immer kompliziertere Gebilde traten. Die größeren und bekannteren deutschen Kartelle, wie das 1893 errichtete rheinisch-westfälische Kohlsyndikat, der 1904 entstandene Stahlwerksverband, das schon 1881 gegründete Kalisyndikat und die noch länger bestehenden Kartelle der deutschen Salinen sind nicht gleich in der Form ins Leben getreten, die sie bei Beginn des Weltkriegs hatten. Es hat vielmehr bei ihnen erst einer langen Erziehung innerhalb des Kartells und vieljähriger mit einfacheren Organisationen gemachter Erfahrungen bedurft, ehe die Erkenntnis sich Bahn brach, daß nur die engste und innigste Vereinigung Gewähr biete, die mit der Kartellbildung verfolgten Zwecke auch wirklich zu erreichen. Auch hier gilt also der Satz, daß die Natur keine Sprünge macht. Es ist in dieser Beziehung sehr lehrreich, Schilderungen der Entstehung und des Verdegangs einzelner deutscher Kartelle zu lesen, wie wir sie z. B. dem Verein für Sozialpolitik verdanken. Da zeigt sich deutlich, wie die Kartellbewegung mit innerer Notwendigkeit nach Organisationen strebt, bei denen dem Erbfeind des individuellen Selbstinteresses jeder Schlupfwinkel verbaut wird, bei denen die Interessen der Einzelunternehmungen, aus denen das Kartell besteht, soweit als nur irgend möglich, in dem Interesse des Gesamtunternehmens aufgehen, so daß Interessenkonflikte zwischen dem Ganzen und seinen Teilen möglichst ausgeschlossen sind. Das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat z. B. hat bei seiner Erneuerung im Jahre 1903 einen wichtigen Schritt nach dieser Richtung getan, indem es seinen Mitgliedern das Recht nahm, nach eigenem Ermessen mit der Erweiterung ihrer Produktionsanlagen vorzugehen. So erweitert das Kartell beständig seinen Wirkungskreis auf Kosten der Einzelunternehmer und beschränkt die letzteren immer mehr in ihrer Selbständigkeit. Bei vielen Kartellen werden den Verbandsorganen so weitgehende Rechte gegenüber den Mitgliedern eingeräumt, daß man

von einem freien Unternehmertum kaum noch sprechen kann. Als die straffste und höchste Form der Kartellorganisation in dieser Hinsicht ist die Syndikatsbildung anzusehen, bei der man in einer Reihe von Gewerben nach längerem Experimentieren schließlich angelangt ist. Das Wesen der Syndikate besteht darin, daß den einzelnen Werken der direkte Verkehr mit ihrer Kundschaft genommen ist, indem der Absatz von einer Zentralstelle aus besorgt wird, daß ferner auch die Größe der Produktion vom Kartell reguliert wird und daß ebenso die Preisbestimmung ganz in den Händen des Kartells liegt. Syndikate sind also Preis-, Produktions- und Vertriebs-Kartelle in einer Organisation.

Über den harten Zwang und die strenge Disziplin der Kartelle vermag die Unternehmer indessen meist ein wichtiger Umstand zu trösten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die meisten der Industriezweige, die einigermaßen straffe Kartellorganisationen besitzen, dadurch ihre wirtschaftliche Lage erheblich gebessert haben. Insofern hat die Umwandlung „der Privatwirtschaft der getrennten Einzelbetriebe in die Privatwirtschaft der vereinigten Einzelbetriebe“ ihren Zweck erreicht. Die Lage der kartellierten Industrien ist gleichmäßiger geworden, und ihre Durchschnittserträgnisse sind gestiegen. Allein diese Besserung ist nicht allen Teilen der Industrie zugute gekommen. Kartellbildung ist ja nicht auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens gleichmäßig möglich. Sie gelingt vielmehr nur da, wo bestimmte Vorbedingungen erfüllt sind. Kartelle können nur da gedeihen, wo nicht der scharfe Wind starken Konjunkturwechsels weht, und wo der ganze Betrieb nach relativ einfachen und ziemlich feststehenden Grundsätzen erfolgt. Sie setzen ferner einen möglichst gleichmäßigen, nur geringe Qualitätsunterschiede zulassenden Charakter der hergestellten Waren voraus. Man darf es den Produkten möglichst wenig ansehen, aus welcher Fabrik sie stammen, so daß es dem Abnehmer ziemlich gleichgültig sein kann, welches Fabrikat er erhält. Ebenso wie sich eine sehr große Mannigfaltigkeit von Produkten dem Vertriebe auf gemeinsame Rechnung entzieht, ist dies auch der Fall, wenn die Gestaltung der Waren nach Form, Farbe und Material sich schnell und häufig ändert. Industrien, deren Artikel der Mode unterworfen sind und deren Produktion sich der rasch wechselnden Geschmacksrichtung der Konsumenten anpassen muß, können sich nicht zu Kartellen zusammenschließen, oder die Vereinigung

kann höchstens sehr lose und insofgedessen unwirksame Formen annehmen. Die Kartellierung erfordert ferner eine gewisse Konzentration der Erwerbszweige, bei denen sie Bestand haben soll. Die Zahl der Betriebe darf nicht allzu groß sein. Man kann zwar, wie das Beispiel einiger Kartelle zeigt, einige Hundert, aber man kann nicht viele Tausende von Unternehmungen zu gemeinsamem Vorgehen vereinigen. Nur die Gewerbezweige, in denen der Großbetrieb schon ziemlich vollständig gesiegt hat, und die zugleich eine gewisse Gleichförmigkeit des Produktionsprozesses sowie der hergestellten Waren zeigen, sind für die Kartellbildung reif. Diese Voraussetzungen sind aber am meisten verwirklicht im Bergbau, in der chemischen Industrie sowie bei der Erzeugung von Halbfabrikaten. Diese Produktionszweige sind daher auch das eigentliche Feld der Kartellbildung. Das geht aus der vom Reichsamt des Innern Anfang 1906 veröffentlichten Liste über die im Sommer 1905 in Deutschland vorhanden gewesenen Kartelle hervor. Die Übersicht weist im ganzen 385 Kartelle nach, davon entfallen auf die Kohlenindustrie 19, die Eisenindustrie 62, die übrige Metallindustrie 11, die chemische Industrie 46, die Textilgewerbe 31, die Holz- und die Papierindustrie 11, die Glasindustrie 10, die Ziegelfabrikation 132, die Industrie der Steine und Erden 27, die Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 17, sonstige Industriezweige 19. Bei solchen Kartellstatistiken ist freilich stets zu beachten, daß es nicht angeht, die Bedeutung des Kartellwesens nach der Zahl der existierenden Kartelle zu beurteilen. Das Entscheidende für die wirtschaftliche Bedeutung eines Kartells ist seine Organisationsform sowie die Größe der Produktion, die es beeinflusst. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle in der Montan- und Metall-, sowie in der chemischen Industrie ist daher unvergleichlich größer als die der viel zahlreicheren Ziegeleikartelle.

Es läßt sich heute, wo wir noch in den Anfängen der Ära der Kartelle stehen, nicht recht sagen, wohin die industrielle Kartellbewegung schließlich führen wird. Der kartellmäßige Zusammenschluß vieler Gewerbe hat sich auch während des Weltkrieges außerordentlich bedeutungsvoll erwiesen. Er hat die staatlichen Eingriffe in viele Industrien, die durch den Krieg nötig wurden, um eine gleichmäßige Verteilung der knapp gewordenen Rohstoffe durchzuführen oder einen Teil der Betriebe stillzulegen usw. ungemein

erleichtert. Der Krieg hat ja sogar „Zwangskartelle“ entstehen sehen.

Nach der Staatsumwälzung hat das Reich dann in einzelnen Industrien mit hochentwickelter Kartellorganisation eine Art „Planwirtschaft“ einzuführen gesucht. Als ein solcher Versuch, der aber noch nicht als abgeschlossen gelten kann, wie die im Jahre 1920 von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschläge zur mehr oder weniger vollständigen Sozialisierung des Kohlenbergbaus erkennen lassen, ist insbesondere das schon unter dem 23. März 1919 ergangene Gesetz zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Kohlenwirtschaft anzusehen. Die Möglichkeit, auch anderen Industrien eine sog. „gemeinwirtschaftliche“ Verfassung zu geben, wurde durch das von der Nationalversammlung gleichzeitig angenommene „Sozialisierungsgesetz“ geschaffen, dessen Hauptbestimmungen dann in die neue Reichsverfassung vom 11. August 1919 Aufnahme gefunden haben. Als reif für eine solche gemeinwirtschaftliche Verfassung werden ja von manchen Seiten insbesondere alle kartellierte Industrien angesehen, — eine Auffassung, die indessen unhaltbar ist, zumal bei der außerordentlichen Verschiedenheit, die der Grad der Kartellierung in den einzelnen Industrien zeigt. —

Nur eine Frage noch, die ebenfalls durch die Umgestaltung der industriellen Verhältnisse im letzten Jahrhundert entstanden ist, konnte sich vor dem Kriege mit der Kartellfrage an allgemeiner Bedeutung messen, das ist die gewerbliche Arbeiterfrage. Von ihr sei zum Schluß noch die Rede.

Als Deutschland in das 19. Jahrhundert eintrat, da war in seinem Gewerbewesen die wichtigste und zahlreichste soziale Gruppe noch die der Handwerksmeister und die der sonstigen selbständigen Unternehmer. Die Zahl der Gehilfen (Gesellen und Fabrikarbeiter) erreichte damals noch nicht die der selbständigen Betriebsleiter. Speziell im Handwerk übertraf überall die Zahl der Meister die der Gesellen und Lehrlinge erheblich. In Bayern kamen im Jahre 1792 auf 40 765 Meister nur 26 107 Gesellen und 6891 Lehrlinge. In Preußen war von 1816 bis 1831 das Verhältnis sogar noch etwas günstiger für die Gehilfen. Die Gehilfenzahl (Gesellen und Lehrlinge zusammen) betrug nur wenig über die Hälfte der Meisterzahl. Viel anders dürfte allerdings das Verhältnis auch nicht sein, wenn jeder Geselle noch sichere Aussicht haben sollte, einst selbst Meister zu wer-

den. Diese Verhältnisse haben sich im Laufe des Jahrhunderts gründlich verschoben, und zwar einerseits durch die schnelle Vermehrung der Gehilfenzahl im Handwerk, andererseits durch das Aufkommen der eigentlichen Großindustrie. Im Handwerk wurde zu Beginn der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Zahl der Meister von der der Gehilfen erreicht, und am Ausgang des Jahrhunderts war sie von ihr überholt. Nach den Erhebungen über die Verhältnisse im Handwerk, die im Sommer 1895 von dem Kaiserlichen Statistischen Amt veranstaltet wurden, kamen 1895 auf je 100 Handwerksmeister fast 113 Gesellen und Lehrlinge. Und dazu gesellt sich nun die große Zahl der Lohnarbeiter, die durch die Entwicklung der primären und der an Stelle des Handwerks tretenden Großindustrien geschaffen worden sind. Infolge dieser Umstände bildete sich nach der Mitte des Jahrhunderts allmählich ein Überschuss der abhängigen über die selbständigen Existenzen im Gewerbe heraus, der indessen nach der freilich nicht sehr zuverlässigen Gewerbebeziehung von 1875 immer noch erst 600 000 betrug. Am Anfang des 20. Jahrhunderts dagegen, nach der Gewerbebeziehung von 1907 entfielen auf etwa zwei Millionen selbständige Betriebsleiter gegen acht Millionen Gewerbegehilfen, ungeredet das kaufmännische und technische Personal sowie auch die mithelfenden Familienangehörigen. Zu den Selbständigen hat die Statistik dabei aber auch über 300 000 hausindustrielle Arbeiter gerechnet, deren Selbständigkeit nur eine Fiktion ist. Korrigieren wir diesen Fehler, so reduziert sich der Anteil der Selbständigen auf wenig über $\frac{1}{6}$ der Gesamtzahl der im Gewerbe tätigen Personen, und die Zahl der Arbeiter steigt auf $8\frac{1}{2}$ Millionen. In diesen Zahlen kommt die Umbildung, welche das deutsche Gewerbewesen nach der Seite der sozialen Stellung der in ihm beschäftigten Personen im letzten Jahrhundert erfahren hat, deutlich zum Ausdruck. Die Handwerkerfrage, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch die wichtigste Frage der deutschen Gewerbepolitik war, ist am Ende desselben von der gewerblichen Arbeiterfrage an Bedeutung weit überholt worden.

Zugleich aber hat die gewerbliche Arbeiterfrage durch die geschil-
derte Entwicklung einen ganz neuen Inhalt bekommen. Die gewaltige Verschiebung in dem Verhältnis zwischen Selbständigen und Angestellten mußte die Art und Weise der Lösung der gewerblichen Arbeiterfrage, die bis zum 19. Jahrhundert als die naturgemäße gegolten hatte, für immer in den Hintergrund drängen. Für den Ge-

jellen der mittelalterlichen Gewerbeverfassung bestand die Lösung der Arbeiterfrage normalerweise darin, daß er sich selbst dereinst, nachdem er die vorgezeichnete Gesellenzeit durchgemacht hatte, als Meister niederließ und selbständig das Gewerbe ausübte. Zwar hat es auch in der Zeit vom 14. bis 18. Jahrhundert in Deutschland schon Ausstände und Streiks der Gewerbegehilfen gegeben, wenn auch nicht entfernt in dem Umfange und der Häufigkeit wie im 19. Jahrhundert. Allein wenn in jener Periode die Gesellen die Arbeit einstellten, da sollte die Arbeitseinstellung im allgemeinen nicht als Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes, nicht zur Erzielung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit dienen, sondern es handelte sich regelmäßig darum, daß die Gesellen durch die Waffe des Ausstands gewisse alte Vorrechte und Privilegien, wie vor allem ihre eigene Gerichtsbarkeit, behaupten wollten. Der berühmte zehnjährige Ausstand der Bäckergesellen in Colmar im Elsaß z. B., der im Jahre 1495 begann, hatte seinen Anlaß darin, daß man der Gesellenschaft den ihr herkömmlich zustehenden Platz in der großen Prozession am Fronleichnamstage verweigerte.

Arbeitseinstellungen im modernen Sinne, d. h. aus ökonomischen Triebfedern, aus dem Streben nach Verbesserung der Lebenshaltung entspringende Ausstände traten bezeichnenderweise zuerst in solchen Gewerben auf, in denen die Meister in der Zahl der Gesellen, die sie halten durften, nicht beschränkt waren, und in denen nur ein Teil der Gesellen wegen des großen Anlagekapitals, das sie erforderten, Aussicht hatte, später selbständig zu werden, wie z. B. in der Buchdruckerei. Indem nun im 19. Jahrhundert nach und nach immer mehr Gewerbebezüge zum fabrikmäßigen Großbetrieb übergingen, geriet der bei weitem größte Teil der gewerblichen Arbeiterschaft in die gleiche Lage, in der sich vom 15. bis zum 18. Jahrhundert erst vereinzelt Gruppen von Arbeitern befunden hatten. Die Arbeiter der Großindustrie und derjenigen Handwerkszweige, in denen die Zahl der Gehilfen die der Meister erheblich übertrifft, können ihre abhängige Stellung nicht mehr unter dem Gesichtspunkte eines Durchgangsstadiums zu der Zeit betrachten, in der sie selbständige Betriebsinhaber sein werden. Dieser Ausweg ist der ganz überwiegenden Mehrheit der gewerblichen Lohnarbeiter jetzt für immer versperrt. Sie müssen dauernd in der Stellung von Lohnarbeitern verharren, und dadurch entsteht naturgemäß bei ihnen das Streben,

in ihrer Stellung als Lohnarbeiter ihre wirtschaftliche Lage zu heben und eine ihrer ökonomischen Wichtigkeit entsprechende gesellschaftliche Stellung zu erlangen.

In dem Zeitalter des Übergangs zur großindustriellen Produktionsweise scheint sich indessen zunächst alles förmlich gegen die Arbeiter verschworen zu haben, um ihre Lage möglichst ungünstig zu gestalten. Überall finden wir die Arbeiter der neuentstehenden Fabrikindustrie anfänglich in äußerst mißlichen Verhältnissen. Das Eindringen des fabrikmäßigen Großbetriebs mit seiner umfassenden Maschinenverwendung in einen bisher handwerksmäßig betriebenen Produktionszweig bedeutet gewöhnlich das Überflüssigwerden einer größeren Zahl von Arbeitskräften. Wenn dafür auch die Möglichkeit zu einer Ausdehnung anderer Produktionszweige in der Volkswirtschaft gegeben ist, so sind doch die arbeitslos werdenden Arbeiter selten in der Lage, in die neugeschaffenen Plätze einrücken zu können. Der Mensch kann seinen Beruf nicht so leicht wechseln wie ein Kleidungsstück, er ist auch keine Ware, die sich beliebig von einem Orte zum anderen verschicken läßt. Daß an irgendeinem anderen Orte in einem fremden Produktionszweig die Nachfrage nach Arbeit steigt, das nützt den durch die Maschine von ihren alten Arbeitsplätzen verdrängten Personen meist wenig. Sie werden im allgemeinen wieder in ihrem früheren Arbeitszweig Beschäftigung suchen, da sie ein zweites Gewerbe nicht gelernt haben, und sie drücken infolgedessen in ihrem alten Erwerbszweig durch ihr Angebot die Löhne herab. Sie werden weiter auch nicht imstande sein, dem Streben der Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit wirksamen Widerstand zu leisten. Von diesem Streben sehen wir aber die Unternehmer der beginnenden Großindustrie in der Regel allenthalben beherrscht, und es ist das insofern ganz erklärlich, als die Unternehmer durch Verlängerung des Arbeitstags, sowie durch Einführung der Sonntags- und Nachtarbeit das große in ihren Maschinen und den Fabrikanlagen investierte Kapital besser zu verwerten suchen. Die geringen Ansprüche, welche viele Maschinen an die sie bedienenden Arbeitskräfte stellten, riefen weiter bei den Unternehmern das Bestreben hervor, gelernte Arbeit durch ungelernete, die Arbeit erwachsener Männer durch Frauen- und Kinderarbeit zu ersetzen. Da die Frau und die Kinder des Fabrikarbeiters durch die geringen Löhne, die der Mann anfänglich erhielt, in großem Umfang gezwungen waren, ebenfalls

Erwerbsarbeit zu suchen, so fand der Unternehmer leicht die nötigen weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die er zur Bedienung vieler Maschinen und zur Verrichtung bestimmter, leicht auszuführender Teilarbeiten brauchte. Aus einer in keiner Weise beschränkten Frauen- und Kinderarbeit können sich aber, abgesehen von der dadurch bewirkten Zerstörung des Familienlebens der Arbeiterbevölkerung, schwere Nachteile in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung ergeben, welche die Gefahr einer physischen und moralischen Verkümmern großer Teile des Volkes in sich schließen.

So sind mit dem Übergang zur großindustriellen Produktionsweise eine Reihe von Gefahren und Mißständen verbunden. Glücklicherweise aber sind diese nicht als dauernde unabänderliche Eigenschaften der modernen Betriebsformen des Gewerbes anzusehen. Vielmehr zeigt, wie die Erfahrungen, die man in Deutschland wie in England bei dem weiteren Fortschreiten der Großindustrie gemacht hat, bewiesen haben, die vollentwickelte privatkapitalistische Gesellschaft den Lohnarbeiter nicht mehr in der gleichen ungünstigen Lage, in die ihn der erst im Entstehen begriffene Kapitalismus versetzt hatte. Die mancherlei Leiden, welche der Übergang zur Großindustrie für die Arbeiterbevölkerung mit sich bringt, sind gleichsam als Kinderkrankheiten zu betrachten. Diese Krankheiten ist der Kapitalismus aber zu einem Teil in seiner weiteren Entwicklung von selbst zu überwinden imstande, zu einem anderen Teil hat der Staat mit Erfolg versucht, bei der Beseitigung ihrer schädlichen Folgen zu helfen.

Nach diesen beiden Richtungen hat sich auch bei uns im letzten Jahrhundert die Entwicklung bewegt. Von zwei Seiten her wurden gleichzeitig Versuche zur Lösung der gewerblichen Arbeiterfrage unternommen, einmal auf dem Wege der Selbsthilfe der Arbeiterschaft und zum anderen auf dem Wege der Staatshilfe. Die Selbsthilfe der Arbeiter konnte freilich erst dann kräftiger sich regen, als gegen Ende der 60er Jahre die Koalitionsverbote, welche die älteren deutschen Gewerbeordnungen enthielten, durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes beseitigt worden waren. Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde in Deutschland auf die Bedeutung der Frage des Koalitionsrechts erst hingelenkt, als Napoleon III. im Jahre 1864 in Frankreich die Aufhebung der Koalitionsverbote des französischen Strafgesetzbuchs durchsetzte. Die preußische Regierung war damals durchaus geneigt, den gewerblichen Arbeitern das

gleiche Maß von Freiheit zu gewähren, das ihnen in Frankreich eingeräumt worden war. Ja sie wollte durch einen Gesetzentwurf, der 1866 beim Landtage eingebracht wurde, sogar auch den Landarbeitern, auf die 1854 das Koalitionsverbot der Gewerbeordnung ausgedehnt worden war, die Koalitionsfreiheit in demselben Umfange zugestehen wie den gewerblichen Arbeitern. Durch die politischen Ereignisse des Jahres 1866 wurde indessen die Erledigung dieses Gesetzentwurfs verhindert, obwohl er bei sämtlichen Parteien eine freundliche Aufnahme gefunden hatte. Erst durch § 152 der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 wurde den Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern das Koalitionsrecht als Waffe zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gegeben, freilich eine Koalitionsfreiheit, deren Benutzung seitens der Arbeiter durch die Bestimmungen, die in vielen Bundesstaaten noch bis 1908 über das Versammlungs- und Vereinsrecht galten, sehr erschwert war. Die spätere Gesetzgebung des Deutschen Reichs hat an den Vorschriften über das Koalitionsrecht nichts geändert, obwohl es nicht an Versuchen gefehlt hat, namentlich die im nächstfolgenden Paragraphen der Gewerbeordnung zum Schutze der Arbeitswilligen getroffenen Bestimmungen zu verschärfen. Erst die Kriegszeit hat durch die Aufhebung der Sonderbestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen in § 153 der Gewerbeordnung im Jahre 1918 eine Erweiterung des Koalitionsrechtes gebracht.

Wie hat sich nun auf dieser rechtlichen Grundlage die Organisation der Arbeiter seit 1869 tatsächlich entwickelt? Wir haben dabei zwischen den beiden wichtigsten Erscheinungsformen des Koalitionswesens zu unterscheiden, der Streikbewegung einerseits, den Gewerkvereinen andererseits. Die *Ausstandsbewegung* ist, wie von vornherein zu erwarten, im allgemeinen vollkommen parallel den großen Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens verlaufen. In Zeiten aufsteigender geschäftlicher Konjunktur, wenn die Nachfrage dem Angebot vorausgeht, überall neue Unternehmungen gegründet und bestehende erweitert werden und infolgedessen die Nachfrage nach Arbeit rasch steigt, sind ja die Aussichten für die Arbeiter am günstigsten, ihre Wünsche in bezug auf höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit durchzusetzen. Demgemäß haben wir auch in der Geschichte der deutschen Arbeitseinstellungen während der Zeit, seit der es überhaupt eine Koalitionsfreiheit in Deutschland gibt, fünf Höhepunkte der Streik-

bewegung zu unterscheiden, entsprechend den fünf großen Aufwärtsbewegungen, welche dem deutschen Wirtschaftsleben in dieser Zeit beschieden waren. Die erste und längste dieser fünf Perioden von besonders starker Intensität der Ausstandsbewegung fällt in die Zeit von der Mitte der 60er Jahre bis 1873/74, die zweite umfaßt die Jahre 1888 bis 1890, die dritte die Jahre 1895 bis 1899, die vierte die Jahre 1905 bis 1907 und endlich die fünfte die Jahre 1910/12. Dazwischen liegen immer Jahre eines gewissen Stillstands der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, Jahre, in denen das, was in der vorhergehenden Periode an Erfolgen errungen worden war, zu einem Teil wenigstens wieder eingebüßt wurde.

In ähnlicher Weise wie die Streikbewegung steht auch die Entwicklung des Gewerkevereinswesens in engem Zusammenhang mit dem Stande der allgemeinen geschäftlichen Konjunktur. Daneben kommen hier allerdings auch noch andere Momente, und zwar solche nichtwirtschaftlicher Natur, in Betracht. Die Gründung von gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ist in Deutschland fast gleichzeitig im Jahre 1868 von drei Seiten her in Angriff genommen worden. Im September dieses Jahres beschloßen zunächst die unter Bebel-Liebknichtscher Führung stehenden deutschen Arbeitervereine ihren Anschluß an die internationale Arbeiter-Assoziation. Weiter wurde im gleichen Monat in Berlin ein sogenannter Gewerkschaftsbund gegründet, dem die hinter Lassalle und seinen Nachfolgern stehenden deutschen Arbeiter angehörten. Endlich fällt in den September 1868 auch der Geburtstag der sogenannten Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine, die in politischer Beziehung der freisinnigen Führung folgten. Alle drei Organisationen, von denen die beiden zuerst genannten im Jahre 1875 als Folge der Vereinigung der ihnen entsprechenden politischen Parteien zu einer einzigen verschmolzen wurden, waren aber lange Zeit nicht imstande, es zu bedeutenderen Mitgliederzahlen zu bringen. Daran trug wohl weniger das Sozialistengesetz schuld, das man in manchen Kreisen hierfür verantwortlich machen will — beim Erlöschen des Sozialistengesetzes war die Zahl der organisierten Arbeiter viel größer als beim Erlaß desselben —, als vielmehr der Umstand, daß bis 1890 das Interesse der Arbeiterschaft in erster Linie der politischen und nur in sehr geringem Maße der gewerkschaftlichen Bewegung zugewandt war.

Erst im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts und besonders seit

1895 hat die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Industriearbeiter rasche Fortschritte gemacht entsprechend dem allgemeinen Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens in dieser Zeit. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 haben die deutschen Arbeiterorganisationen ihren Mitgliederbestand fast genau verdoppelt. Und das Gleiche ist wieder im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts geschehen! Ein lawinenartiges Wachstum! Deutschland marschierte infolgedessen vor dem Kriege nach der Zahl seiner gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit an der Spitze aller Industrieländer. Im Jahre 1913 betrug die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Großbritannien 3 993 000, in Deutschland 3 835 000, in den Vereinigten Staaten 2 754 000 und in Frankreich 1 026 000. Man darf allerdings die Stärke der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung in einem Lande nicht bloß nach der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beurteilen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Gewerkschaftswesens in einem Lande wird ganz wesentlich mit durch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Arbeiterorganisationen, insbesondere die Höhe und die Dauer der Streik-, sowie der Arbeitslosenunterstützung, die sie gewähren können, bestimmt. Auf diesem Gebiet haben aber bisher die englischen Gewerkschaften noch wesentlich größere Leistungen aufzuweisen gehabt als die deutschen. Das erhellt ohne weiteres aus folgenden Zahlen: Bei den britischen Gewerkschaften entfiel im Jahre 1909 auf ein Mitglied 38,60 Mk. Jahresausgabe, bei den deutschen nur 23,82 Mk., und der Vermögensbestand pro Mitglied betrug in Großbritannien 72,56 gegen nur 24,18 Mk. in Deutschland. Indessen ist jetzt auch bei den deutschen Gewerkschaften die finanzielle Leistungsfähigkeit in raschem Ansteigen begriffen, wenn auch unter den einzelnen Gewerkschaften noch erhebliche Unterschiede obwalten. Was früher nur etwa die Fachvereine der Buchdrucker und der Hutmacher von ihren Mitgliedern an Beiträgen zu fordern wagten, das wird jetzt schon ziemlich allgemein an Beiträgen erhoben. Noch im Jahre 1891 erhoben 38 Prozent der deutschen Gewerkschaften weniger als 15 Pfennige und 47 Prozent zwischen 15 und 20 Pfennigen Wochenbeitrag. 1906 war keine Gewerkschaft mehr, die weniger als 15 Pfennige erhob, eine einzige erhob zwischen 15 und 20 Pfennigen. Dagegen nahmen 30 Prozent zwischen 31 und 40, 37,9 Prozent zwischen 41 und 50 Pfennigen, und 15,2 Prozent erhoben sogar über 50 Pfennige.

nige, eine Beitragsklasse, die 1891 noch völlig fehlte. Auch diese Zahlen spiegeln die Besserung, welche in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse seit der Reichsgründung bis zum Weltkrieg eingetreten ist, wieder.

Wie von Anfang an nach dem vorhin Gesagten die Entstehung der Gewerkevereine in Deutschland nicht einheitlich sich vollzog, so sind auch jetzt noch, entsprechend den verschiedenen politischen Richtungen, die in der deutschen Arbeiterschaft vertreten sind, in denselben Gewerben sehr häufig verschiedene Arbeiterorganisationen nebeneinander tätig. Diese Zersplitterung in verschiedene Organisationen ist naturgemäß ein Moment, welches die deutsche Arbeiterbewegung schwächt. Die weitaus stärkste Gruppe in der deutschen Gewerkevereinsbewegung stellen die in politischer Hinsicht enge Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei haltenden sog. „freien Gewerkschaften“ dar, sie zählten 1913 etwas über $2\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder. Die nächststärkste Gruppe wird von den erst in den 90er Jahren entstandenen christlichen Gewerkschaften gebildet, auf die im Jahre 1913 $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder entfielen, wovon mehr als der vierte Teil Bergarbeiter waren. Dann folgen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkevereine, die sich politisch zu der damaligen fortschrittlichen Volkspartei hielten, mit etwas über 100 000 Mitgliedern. Daneben sind in den letzten Jahren vor dem Kriege als neue Gruppe noch die sog. wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbände und Werkvereine mit fast 300 000 Mitgliedern im Jahre 1913 hervorgetreten. Unter dem Einfluß der Staatsumwälzung und der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nach Beendigung des Krieges haben fast alle Richtungen der deutschen Gewerkevereinsbewegung, abgesehen lediglich von der wirtschaftsfriedlichen oder „gelben“, in den Jahren seit 1919 ein ungemein starkes Anschwellen ihrer Mitgliederziffern erlebt. Im Vergleich mit dem Stande von 1913 haben sich die Mitgliederzahlen 1920 und 1921 mindestens verdoppelt. Als eine ganz neue Gruppe sind seit der Revolution noch die syndikalistischen und kommunistischen Arbeiterverbände hervorgetreten, die Ende 1920 rund $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder zählten.

Mit Hilfe ihrer Organisationen haben es die Arbeiter jetzt in fast allen Industriezweigen erreicht, daß sie bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen von den Unternehmern ausdrücklich als eine gleichberechtigte Macht anerkannt und behandelt werden. Auf diesem Ge-

biete, in der Hebung der sozialen Stellung der Arbeiter, liegt eine der wichtigsten Seiten des Gewerkevereinswesens. Wo starke Gewerkevereine bestehen, da haben die Arbeiter das Gefühl, ein dem Unternehmertum gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben zu sein, und das söhnt sie mit ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit wieder aus. Auch ist der einzelne Arbeiter, wo starke Gewerkevereine bestehen, besser gegen etwaige willkürliche Maßregelungen seitens der Unternehmer geschützt. Dagegen darf man die materiellen Vorteile, welche die Gewerkevereine für die Arbeiter errungen haben, nicht übermäßig hoch bewerten. Insbesondere geht es nicht an, daß man, wie das manchmal geschieht, das materielle Aufsteigen des deutschen Arbeiterstandes in den letzten Jahrzehnten einzig und allein oder auch nur hauptsächlich als das Werk der Gewerkevereine hinstellt. Dieses Aufsteigen der Lebenshaltung ist das Produkt viel allgemeinerer Faktoren, es ist im Grunde das Gesamtergebn der wirtschaftlich-technischen Entwicklung des ganzen letzten Jahrhunderts, insbesondere auch der Entstehung der modernen Weltwirtschaft. Das schließt indessen nicht aus, daß es den Gewerkevereinen da, wo sie den größten Teil einer bestimmten Art von gelernten Arbeitern zu gemeinsamem Vorgehen zu vereinigen imstande waren, gelungen ist, noch höhere Löhne für einzelne Arbeiterkategorien zu erringen, als sie ohne Gewerkeverein, lediglich als Resultat des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem freien Arbeitsmarkt, sich gebildet haben würden. In dieser Beziehung gleicht die Wirksamkeit der Arbeitergewerkevereine, wie schon angedeutet wurde, ganz der der Unternehmerkartelle, die ja ebenfalls durch einheitliche Zusammenfassung, sowie durch Regulierung des Angebots je nach der Marktlage bessere Preise für die Verkäufer zu erzielen suchen.

Damit von den besseren Arbeitsbedingungen, welche die Arbeiterorganisationen auf dem Wege der Arbeitseinstellung oder wenigstens durch Androhung des Ausstandes durchsetzen, nicht das Wort gilt: Wie gewonnen, so zerronnen, ist das Trachten der Arbeiter vor allem darauf gerichtet, daß von den Arbeitgebern diese Arbeitsbedingungen für längere Fristen als maßgebend anerkannt werden. Demgemäß geht das Streben aller älteren und besonnen geleiteten Gewerkevereine auf den Abschluß von sogenannten Tarifverträgen, durch welche sich die Arbeitgeber eines Gewerbes verpflichten, für eine vereinbarte Zeitdauer für alle Arbeiter des betreffen-

den Gewerbes gewisse Arbeitsbedingungen, insbesondere bestimmte Lohnsätze und eine bestimmte Maximaldauer der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit einzuhalten. Die Mitglieder der Organisation verpflichten sich als Gegenleistung hierfür, für die Dauer des Tarifvertrages keine neue Forderungen zu erheben, also keine neue Ausstandsbewegung zu beginnen. Mit der Erstarkung der Gewerksvereinsbewegung hat auch in Deutschland der Abschluß solcher Tarifverträge, durch welche wichtige Punkte der Arbeitsbedingungen für alle in einem Gewerbe abzuschließenden Arbeitsverträge einheitlich geregelt werden, rasch sich ausgebreitet. Am ältesten mit ist die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker. Besonders zahlreiche Tarifverträge sind im Baugewerbe für die einzelnen Arten gelernter Arbeiter, die das Baugewerbe verwendet, abgeschlossen worden. Seit 1903 veröffentlicht das Statistische Amt des Deutschen Reichs alljährlich eine Statistik über die Ausdehnung des Tarifvertragswesens in Deutschland. Danach bestanden am 31. Dezember 1913 für 143 088 Betriebe mit 1 398 597 beschäftigten Personen 10 855 Tarifverträge. Wie das Gewerksvereinswesen überhaupt, so hat auch der Abschluß von Tarifverträgen durch die seit der Staatsumwälzung eingetretenen Verhältnisse, insbesondere durch die im November 1918 von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer proklamierte Arbeitsgemeinschaft, einen gewaltigen Aufschwung genommen. Ende 1920 standen 11 642 Tarifverträge in Kraft, die sich auf 434 504 Betriebe mit mehr als $9\frac{1}{2}$ Millionen Personen erstreckten. Im Vergleich mit den Vorkriegsverhältnissen ist unter dem Einfluß der rapide fortschreitenden Geldentwertung (vgl. S. 140 ff.) freilich die Länge der Fristen, für welche die Tarifverträge gelten sollen, immer kürzer geworden und die Einrichtung hat damit ihren ursprünglichen Sinn mehr oder weniger eingebüßt. Immerhin ist sie auch gegenwärtig noch ein wichtiges Hilfsmittel zur Aufrechterhaltung des Friedens im Gewerbe.

Eine in vielen Stücken der Gewerkschaftsbewegung verwandte Entwicklung hatte das zweite Hauptmittel der Selbsthilfe der Arbeiter, die Genossenschaftsbewegung, durchzumachen, deren wichtigsten Zweig die Konsumvereine repräsentieren. Ein bedeutender Unterschied dieses Wegs der Selbsthilfe von dem zuerst besprochenen liegt darin, daß die Genossenschaftsbewegung nicht so ausschließlich von den Arbeitern getragen wird, wie das bei der Ge-

werkschaftsbewegung naturgemäß der Fall ist. In den Konsumvereinen schließen sich nicht nur Arbeiter, sondern auch bürgerliche Elemente der verschiedensten Art zu gemeinsamem Warenbezug zusammen, wenn jetzt allerdings auch meist Arbeiter das Hauptkontingent der Konsumvereinsmitglieder bilden, an das sich dann andere Elemente nur angliedern. Vertreter bürgerlicher Richtungen waren es auch, die in Deutschland zuerst den Anstoß zur Gründung von Konsumvereinen gegeben haben: der Konservative Viktor Aimé Huber und der Fortschrittsmann Schulze-Deleßisch brachten bald nach der Mitte des Jahrhunderts die Kenntnis von den englischen Einrichtungen auf diesem Gebiete nach Deutschland und berichteten von dem großen Aufschwung, den das britische Genossenschaftswesen nehme, seitdem in die Verwaltung der Konsumvereine der Grundsatz eingeführt sei: Verteilung des erzielten Reingewinns nicht nach der Kapitalbeteiligung, sondern nach der Warenentnahme der Mitglieder.

In Deutschland kam es zunächst nur vereinzelt zur Gründung von Konsumvereinen. Erst als zwischen 1860 und 1870 die deutsche Industrie sich kräftiger zu entwickeln begann, nahm auch die Konsumvereinsbewegung größeren Umfang an, und eine ganze Reihe noch heute existierender großstädtischer Konsumvereine, so der Breslauer, der Stuttgarter, der Chemnitzer usw. sind in dieser Periode entstanden. Die ablehnende Haltung, welche die hervorragenderen sozialistischen Führer, wie Marx und Engels sowie auch Lassalle, gegenüber dieser Art Selbsthilfe der Arbeiter einnahmen, ließ es indessen bis etwa 1880 durchaus noch nicht überall da, wo an sich die Vorbedingungen für das Gedeihen von Konsumvereinen gegeben waren, zur Gründung solcher kommen. Erst in den 80er Jahren wurde das anders, und zwar wesentlich unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes, das den Arbeitern die politische Betätigung erschwerte. Nach 1880 kommt ein neuer Aufschwung in die Genossenschaftsbewegung, insbesondere in dem industriellen Sachsen entstehen zahlreiche neue Konsumvereine, so daß im Jahre 1912 2318 Konsumvereine mit 1 753 829 Mitgliedern in Deutschland vorhanden waren. Die Bestimmungen, durch welche der Gesetzgeber 1896 den Konsumvereinen den Verkauf an Nichtmitglieder unmöglich zu machen suchte, hatten nur die Wirkung, ihnen neue Mitglieder zuzuführen. Rechnen wir zu den Konsumvereinsmitgliedern noch die Ja-

milienangehörigen hinzu, so können wir annehmen, daß in Deutschland schon mindestens der 20. Teil der Bevölkerung einen großen Teil seines Warenbedarfes durch Vermittlung der Konsumvereine deckt.

Schließlich noch ein Wort über die Staatshilfe für die Arbeiter. Schon lange ehe die Selbsthilfe der Arbeiter sich stärker regen konnte, hatte die Staatshilfe für sie eingesetzt. Von den beiden Hauptmitteln der Staatshilfe auf diesem Gebiet ist der Arbeiterschutz älter als die Arbeiterversicherung. Und zwar ist in bezug auf den Arbeiterschutz die preußische Gesetzgebung in Deutschland maßgebend und bahnbrechend gewesen. Auch in Preußen hatten die nachteiligen Folgen des Übergangs zur großindustriellen Produktionsweise auf die Arbeiterverhältnisse nicht lange auf sich warten lassen. Namentlich in den Rheinlanden, in denen zuerst mit in ganz Deutschland die Großindustrie rasche Fortschritte machte, zeigten sich bald die Schattenseiten dieser Entwicklung. Schon im Jahre 1828 berichtete der kommandierende General der Rheinprovinz, von Horn, an die Regierung, daß die Fabrikarbeit zu einer körperlichen Entartung der Bevölkerung geführt habe, so daß die Rheinprovinz nicht mehr in der Lage sei, das vorgeschriebene Rekrutenkontingent zu stellen. Von da an dauerte es aber immer noch 11 Jahre, bis sich die Regierung zu einem Eingreifen in die Verhältnisse der jugendlichen Fabrikarbeiter entschloß. Erst im Jahre 1839 erging ein Regulativ, welches die Annahme von Kindern unter neun Jahren in Bergwerken, Fabriken, Poch- und Hüttenwerken zu regelmäßiger Beschäftigung untersagte und für die Arbeitsdauer der jugendlichen Arbeiter eine Maximalgrenze von zehn Stunden setzte. Dieses Regulativ bezeichnet den Anfang des Arbeiterschutzes in Preußen-Deutschland. Die weiteren Fortschritte können hier nur kurz skizziert werden. 1853 wurde in Preußen das Regulativ von 1839 erheblich erweitert, und zugleich wurde die Fabrikinspektion eingeführt, allerdings nur als fakultative Einrichtung. Bei der Gründung des Norddeutschen Bundes und später des Deutschen Reichs wurden die preußischen Errungenschaften auch auf die übrigen norddeutschen Staaten ausgedehnt, von denen einige schon vorher Bestimmungen zum Schutze ihrer Arbeiter, wie insbesondere Verbote des Trucksystems, erlassen hatten. Im neuen Reich wurde 1878 die Institution der Fabrikinspektion für alle Bundesstaaten obligatorisch gemacht, zugleich wurde extensiv und intensiv der Arbeiterschutz etwas erweitert. Das eigentliche deutsche Arbeiter-

Schutzgesetz stellt aber erst die Novelle zur Gewerbeordnung von 1891 dar. Sie brachte auf den meisten Gebieten des Arbeiterschutzes erhebliche Fortschritte, insbesondere machte sie den Erlaß von Arbeitsordnungen für die größeren Betriebe obligatorisch und führte strengere Vorschriften über die Sonntagsruhe sowie einen elfstündigen Maximalarbeitstag für erwachsene weibliche Arbeiter ein. Auf dieser Grundlage ist der Arbeiterschutz in einer Reihe von Punkten später noch weiter ausgebaut worden. So wurde 1903 ein Kinderschutzgesetz erlassen, das die gewerbliche Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern allgemein regelte und namentlich für die Jugend der Großstädte sowie für Bezirke mit Hausindustrie bedeutsam war. Und 1908 wurden durch eine Novelle zur Gewerbeordnung die Schutzbestimmungen für das weibliche Geschlecht wesentlich erweitert, insbesondere wurde für dieses der zehn- an Stelle des elfstündigen Maximalarbeitstages eingeführt. Die Revolution ersetzte gleich in den ersten Wochen einen großen Teil dieser speziellen Schutzbestimmungen durch die allgemeine Einführung des Achtstundentags.

Während die Regierung in den 70er und 80er Jahren unter dem Einflusse Bismarcks nur zögernd und mit großer Zurückhaltung an die Ausgestaltung des Arbeiterschutzes heranging, und Deutschland daher auf diesem Gebiete damals hinter dem zurückblieb, was andere Industrieländer ihren Arbeitern gewährt hatten, hatte Deutschland gleichzeitig als erster Staat einen ganz neuen Zweig der Sozialpolitik ausgebaut, die staatliche Arbeiterversicherung. Das erste Versicherungsgesetz war das über die Krankenversicherung der Arbeiter vom Jahre 1883. Ihm folgte schon im nächsten Jahr das erste Unfallversicherungsgesetz, das sich zunächst nur auf die gewerblichen Arbeiter erstreckte; nach und nach wurde aber die Unfallversicherung auf immer mehr Erwerbszweige ausgedehnt. Einen gewissen Abschluß erhielt die Versicherungsgesetzgebung durch die Invaliditäts- und Altersversicherung vom Jahre 1889. Seitdem hat die Gesetzgebung auf diesem Gebiete aber schon wieder mehrfache Abänderungen erfahren, und 1911 wurde die gesamte bisherige Gesetzgebung über die Arbeiterversicherung in der Reichsversicherungsordnung zusammengefaßt und einer Revision unterzogen. Durch die Reichsversicherungsordnung wurde die deutsche Arbeiterversicherung teilweise auch auf neue organisatorische Grundlagen gestellt, ohne aber vereinheitlicht zu werden, und zugleich

wurde der Preis der Versicherten vergrößert und die Leistungen wurden gesteigert. 1913 betrug die Zahl der versicherten Personen bei der Krankenversicherung 14,6, bei der Unfallversicherung 25,8 und bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 16,3 Millionen. In demselben Jahre wurde nach langen Beratungen auch eine besondere Versicherung für die Privatangestellten eingeführt. Um wenigstens eine ungefähre Vorstellung von den bisherigen Leistungen und der wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeiterversicherung zu geben, seien folgende Zahlen hervorgehoben. Auf Grund der Versicherungsgesetze sind im ganzen 8393 Millionen Mark Entschädigungen von 1885 bis 1910 an die Arbeiter gezahlt worden. Davon entfallen 4351 Millionen auf die Krankenversicherung, 1973 auf die Unfall- und 2068 auf die Invalidenversicherung. Invaliden- und Altersrenten sind bis 1910 an fast 2400000 Personen, Unfallrenten an 2273000 Personen bewilligt worden, während die Zahl der Erkrankungsfälle, in denen Krankengelder gewährt wurden, sich auf mehr als 92 Millionen belief. Die Arbeiter selbst haben nur die kleinere Hälfte der Beiträge aufgebracht und bereits etwa 3,8 Milliarden Mark mehr an Entschädigungen erhalten, als sie an Beiträgen gezahlt haben. Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurden für Zwecke der Arbeiterversicherung in Deutschland Tag für Tag weit über eine Million Mark aufgewendet, und von den angesammelten Vermögensbeständen im Betrage von mehr als 2 $\frac{1}{2}$ Milliarden waren wieder mehrere 100 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen, Kranken- und Genesungshäusern, Volkshilfsstätten u. dgl. verwendet worden.

Alles in allem ist hiernach zu sagen: es ist durchaus kein zu pessimistischer Auffassung Anlaß gebendes Bild, das die Entwicklung der Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter im letzten Jahrhundert bis zum Kriege zeigt. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich vielmehr dank dem Zusammenwirken aller der genannten Faktoren und dank vor allem dem Wachstum der Produktivität der Arbeit in aufsteigender Entwicklung bewegt. Diese Tatsache war so offenkundig, daß selbst die Sozialdemokratie die früher so entschieden behaupteten Theorien vom ehernen Lohngesetz und von der zunehmenden Verelendung der Massen in der heutigen Gesellschaft zum alten Eisen zu werfen sich genötigt sah. Namentlich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts läßt sich fast bei allen Arbeiterkategorien, sowohl

bei den Industrie- als auch bei den Landarbeitern, ein sehr starkes Ansteigen der Löhne konstatieren. Um den Einfluß der allgemeinen geschäftlichen Konjunktur auszuschalten, die innerhalb weniger Jahre daslohneinkommen bald erheblich zu steigern, bald auch wieder beträchtlich herabzudrücken vermag, muß man allerdings möglichst nur Durchschnittslöhne für längere Perioden miteinander vergleichen. Für manche Arbeiterkategorien ergibt sich dabei eine Verdoppelung oder gar eine Verdreifachung der Geldlöhne im letzten Jahrhundert. Von der Steigerung der Geldlöhne ist freilich ein großer Teil durch das gleichzeitige Höhergehen der Preise vieler Lebensbedürfnisse des Arbeiters, insbesondere das Teurerwerden der Wohnungen bei den städtischen Arbeitern, wieder aufgezehrt worden, es bleibt aber doch eine beträchtliche Steigerung auch der Kaufkraft des Lohns, nicht bloß des in Geld berechneten Nominallohns übrig. In den östlichen preussischen Provinzen konnte ein ländlicher Arbeiter mit seinem Wochenlohn im Durchschnitt etwa kaufen:

1849	rund	30	kg	Roggen
1873	"	45	"	"
1892	"	60	"	"

Die Berliner Maurerlöhne, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Mk. nach Schmoller betragen hatten, beliefen sich zu Beginn des neuen Jahrhunderts auf 4—6 Mk. täglich. In München sind die Löhne der Bauarbeiter von der Gründung des Reichs bis zum Schluß des Jahrhunderts auf das Zwei- bis Dreifache gestiegen, ebenso auch in anderen Großstädten. Vorübergehend sind unter dem Einfluß allgemeiner geschäftlicher Aufseperioden noch viel höhere Arbeitslöhne vorgekommen. Das Berliner Stadtgericht nahm in einem Entscheidungsprozeß, den 1873 ein Steinträger angestrengt hatte, an, daß der ortszübliche Tagelohn dieser Arbeiterkategorie im Frühjahr 1873 auf 15 Mk. gestanden habe.

Am klarsten tritt uns die Steigerung der Löhne, die sich im letzten Jahrhundert vollzogen hat, bei einem Vergleich der früheren und der jetzigen Dienstbotenbezüge entgegen. Da die Dienstboten Nahrung, Wohnung, Beleuchtung usw. von ihren Arbeitgebern erhalten, sind sie von der Preiserhöhung dieser Lebensbedürfnisse nicht betroffen worden. Die Steigerung des Geldlohns, aus dem in erster Linie die Ausgaben für die Kleidung der Dienstboten und für etwaige Vergnügungen bestritten werden, und der dann weiter häufig zur An-

sammlung eines kleinen Sparkapitals dient, bedeutet hier einen Reingewinn für die arbeitende Klasse. Die Geldlöhne der Dienstboten sind aber in allen Teilen Deutschlands im letzten Jahrhundert ganz erheblich gestiegen, vielfach um das Fünf- bis Sechsfache. Eine „exzellente Köchin“ konnte man im 18. Jahrhundert, wie uns Biedermann berichtet, noch für 30 Mk. jährlich haben, schon lange vor dem Kriege war für diesen Lohn auch in den agrarischsten Gegenden Deutschlands selbst das einfachste Hausmädchen nicht mehr zu haben, und der Lohn einer Köchin schwankte zu Beginn des neuen Jahrhunderts im Osten zwischen 240 und 480 und im Westen zwischen 300 und 600 Mk.

Der Übergang zu den modernen Formen des Wirtschaftslebens, denen von manchen Seiten eine arge Herabdrückung der Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung nachgesagt wurde, war also in Deutschland von einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der wirtschaftlichen Verhältnisse der lohnarbeitenden Klassen begleitet. Es wird sich überhaupt keine zweite Periode in der deutschen Wirtschaftsgeschichte finden lassen, in der eine so beträchtliche und eine so allgemeine Besserung der Lebenshaltung stattgefunden hat wie in der Zeit von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Weltkriegs. Wie sehr ihre Lebenshaltung sich gehoben hatte, das ist den meisten Bewohnern unseres Vaterlandes freilich erst unter dem Druck der Entbehrungen des Weltkriegs und der schwierigen Zustände der Nachkriegszeit recht zum Bewußtsein gekommen.

Fünfter Vortrag.

Die Umgestaltung des Verkehrswesens und die Wandlungen im Handel.

Die gewaltige Entwicklung und Umgestaltung des deutschen Gewerbesens im 19. Jahrhundert, welche in den letzten Vorträgen zu schildern versucht wurde, würde gar nicht möglich gewesen sein, wenn ihr nicht eine ebenso große Umwälzung im Verkehrswesen zur Seite gegangen wäre. Der Zusammenhang zwischen der Umbildung in der Technik und Organisation der Gewerbe und der Umgestaltung der Technik und Organisation des Verkehrswesens ist ein so enger, daß es ungemein schwierig, wenn nicht unmöglich ist,

festzustellen, was hier Ursache und was Wirkung ist. Das Verhältnis zwischen beiden Erscheinungsreihen wird am richtigsten als das einer Wechselwirkung aufgefaßt. Professor van der Borght hat dies treffend mit den Worten ausgedrückt: „Die gewerbliche Umwälzung hätte in den ersten Anfängen steckenbleiben müssen, wenn nicht das Verkehrswesen in seine moderne Gestalt hätte übergeführt werden können, und andererseits wiederum: die beispiellosen Fortschritte des 19. Jahrhunderts im Verkehrswesen wären nicht möglich, aber auch gar nicht nötig gewesen, wenn die Anwendung der Dampfkraft in der gewerblichen Produktion mit allen ihren Folgen nicht stattgefunden hätte.“

Von den Zuständen, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Güter-, Personen- und Nachrichtenverkehr herrschten, können wir uns heute nur schwer noch eine richtige Vorstellung machen. Nur die Schifffahrt ermöglichte damals eigentlich den Transport von Waren auf größere Entfernungen. Binnenländer ohne brauchbare Wasserwege, wie z. B. Altbayern und Österreich, waren infolgedessen der Weltkonkurrenz fast ganz entrückt und führten in beschaulicher Ruhe ein wirtschaftliches Sonderdasein. Aber auch in Gebieten, die von der Natur in dieser Hinsicht besser ausgestattet waren, war der Güterverkehr nur äußerst schwach entwickelt und erstreckte sich in der Hauptsache bloß auf hochwertige Gegenstände. Diejenigen Waren dagegen, die heute die Hauptobjekte des Warentransportes bilden und an deren Beförderung die Eisenbahnen am meisten verdienen, die Artikel des Massenverbrauchs wie Kohle, Eisen, Holz, Getreide usw. konnten damals regelmäßig nur auf geringe Entfernungen verschickt werden. Hat doch Adam Smith seine Gegnerschaft gegen Getreidezölle in erster Linie nicht mit grundsätzlichen sozialpolitischen Bedenken motiviert, sondern er hat Getreidezölle einfach für überflüssig erklärt, weil auch bei sehr hohen Getreidepreisen wegen der Kostspieligkeit des Transportes selbst in ein rings vom Meer umgebenes Land wie Großbritannien immer nur sehr wenig Getreide eingeführt werden könne. Große Städte, die für ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln ein größeres Zufuhrgebiet als den Umkreis von 1 bis 2 Tagereisen erforderten, waren infolge dieser Umstände bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts nur am Meere oder an schiffbaren Binnenwasserstraßen möglich.

Noch mehr erschwert als der Landtransport von Getreide war in

früherer Zeit der der geringwertigen Massengüter Kohle, Eisen, Holz usw. Da fahrbare Straßen in den deutschen Kohlenrevieren damals noch nicht vorhanden waren, vollzog sich der Kohlentransport bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland noch in unglaublich schwerfälligen und auch dementsprechend kostspieligen Formen, die natürlich auch die Wirkung haben mußten, die Verwendung der Kohle in den allerengsten Grenzen zu halten. Im Ruhrgebiet waren zu jener Zeit die Kohlengruben, die sämtlich noch außerordentlich klein waren und im Tagebau betrieben wurden, für den Absatz ihrer Produkte hauptsächlich auf die Hilfe der sogenannten „Kohltreiber“ angewiesen. Von der Tätigkeit dieser Leute wird in der zum hundertjährigen Jubiläum der Firma „Matthias Stinnes“ erschienenen Festschrift folgende Beschreibung entworfen: „Der Kohltreiber war Eigentümer eines kleinen im Walde gelegenen Besizes, der ihm für drei bis vier Pferde dürftiges Futter lieferte. Mit diesen zog er bei Tagesanbruch zur nächstgelegenen Kohlengrube, um hier jedem der Tiere einen mit etwa 2½ bis 3 Zentnern Kohlen gefüllten Sack auf den mageren Rücken zu laden und sie dann gemeinsam mit den Pferden seiner Nachbarn, gleich einer Kamelkarawane in der Wüste, unter unzähligen Flüchen und Schlägen und bei beträchtlichem Schnapsverbrauch den meistens mehrere Meilen entfernten Hämmern zuzutreiben.“

Eine Besserung dieser Verhältnisse, wenigstens für einen Teil der Gruben, trat erst ein, als 1780 eine Art Regulierung der Ruhr eingeleitet wurde, wodurch der Wasserweg für die an der mittleren und unteren Ruhr gelegenen Gruben benutzbar wurde, und ferner, als zwischen 1788 und 1794 die beiden ersten Landstraßen im Ruhrgebiet angelegt wurden. Die eine von diesen durchschneidet, vom Rhein kommend, das Märkische Gebiet von Südwesten nach Nordosten, die andere stieg, von Holland kommend, in das Ruhrtal hinab, um sich mit der ersteren Straße bei Hagen zu kreuzen, und führte dann nach Siegen, Weplar und Frankfurt a. M. Den an diesen Straßen gelegenen Orten konnte die Kohle per Achsfracht schon etwas billiger zugeführt werden, da ein Pferd auf der Straße etwa 12—14 Zentner zu ziehen imstande war, also etwa das Vierfache der Last zu befördern vermochte, die es auf seinem Rücken bisher getragen hatte. Immerhin blieb natürlich auch die Beförderung per Achse eine sehr kostspielige Art des Kohlentransports. In Rheinland-Westfalen

kostete zur Zeit des Baues der ersten Eisenbahnen die Beförderung einer Tonne Kohlen durch Frachtfuhrwerk 40 Pfennige für 1 km. Auf den Eisenbahnen kostete die Kohlenfracht anfänglich 13 bis 14 Pfennige für 1 tkm. Bald aber gingen die Beförderungspreise mehr und mehr zurück, und die bei Kriegsbeginn regelmäßig erhobene Fracht betrug $2\frac{1}{5}$ Pfennig. Die Sätze der Ausnahmetarife gingen bei Kohlen sogar bis auf $1\frac{1}{4}$ Pfennig für den tkm herunter. In gleicher Weise ist bei Roheisen und Getreide eine allmähliche Ermäßigung von 40 bis auf 2,2 Pfennig und weniger eingetreten. Die Kosten der Beförderung dieser Massengüter sind also im Laufe des Jahrhunderts nach und nach auf rund den 20. Teil des anfänglichen Betrags gesunken. Das ist weitaus der größte und wichtigste wirtschaftliche Fortschritt, der überhaupt im letzten Jahrhundert gemacht worden ist. Denn diese Fortschritte im Verkehrswesen waren die Voraussetzung und die Grundlage für alle übrigen in der neuesten Zeit eingetretenen wirtschaftlichen Umwälzungen.

Ähnlich kostspielig wie der Warentransport war in früherer Zeit auch das Reisen, wenn man sich nicht nach dem Beispiel des Dichters Seume zu einer Fußwanderung entschließen wollte. Auch in den Kreisen des Mittelstandes war ja vor dem Kriege eine Reise nach der Schweiz oder nach Italien oder auch nach den nordischen Ländern etwas ganz Gewöhnliches. Vor hundert Jahren dagegen war das Reisen ein Luxusvergnügen, das sich wegen der hohen Kosten nur reiche Leute gestatten konnten. Nach den Angaben des Professor Schözer in Göttingen betrugen z. B. am Ende des 18. Jahrhunderts die Kosten einer Reise von Leipzig nach Frankfurt a. M. 420 Mk., während man bis zum Kriege für den 15. oder 16. Teil dieser Summe bequeme Eisenbahnfahrt von Leipzig nach Frankfurt hatte. Die hohen Kosten des Reisens in der früheren Zeit rühren vor allem daher, daß man nur langsam vorwärts kam und beispielsweise mit der Post eine Woche brauchte, um die Strecke Leipzig-Frankfurt zurückzulegen, daher etwa sechsmal im Gasthof übernachten mußte. Die tagmäßigen Fahrpreise in der kaiserlichen Post selbst waren nicht allzu hoch, sie entsprachen etwa dem heutigen Eisenbahnfahrpreis erster Klasse, wozu sich allerdings noch allerlei Ausgaben für Trinkgelder usw. gesellen.

Dabei war der Zustand der Landstraßen an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in Deutschland noch herzlich schlecht. Sind doch

einem Prinzen, der Ende des 18. Jahrhunderts durch Kursachsen reiste, auf dieser Tour nicht weniger als 25 Wagenräder zerbrochen. Zum Glück führte er als vorsorglicher Mann einen ganzen Wagen voll Ersatzräder mit sich. War schon insolgedes das Reisen nicht gerade ein Vergnügen, so kamen als weitere erschwerende Momente die unbequeme Einrichtung der Postwagen und die Langsamkeit der Beförderung hinzu. Gerade auf diesem Gebiet aber hat das Verkehrs-wesen im 19. Jahrhundert sehr bald erhebliche Fortschritte gemacht. Hier sind namentlich die in Preußen seit 1821 eingeführten sog. Ragnerischen Schnellposten zu erwähnen, die eine Art Kurierbeförderung der Reisenden in bequemen Wagen darstellten. Die Einführung dieses neuen Schnellpostverkehrs hat auf die damals lebende Generation fast einen ebenso starken Eindruck gemacht, wie ihn dann zwei Jahrzehnte später die Eröffnung der ersten Eisenbahnen hervorrief.

In Süddeutschland war schon im 18. Jahrhundert viel zur Verbesserung des Postwesens getan worden. Man reiste in den süddeutschen Posten nach der Schilderung von Biedermann wesentlich schneller als in den norddeutschen. In Süddeutschland war es die Regel, daß man in $1\frac{1}{2}$ Stunde zwei Meilen fuhr und auf den Stationen kaum 10 bis 15 Minuten Aufenthalt hatte. So konnte man in Süddeutschland an einem Tag, wenn es gut ging, 15 bis 18 Meilen zurücklegen, was, wie ein Reiseschriftsteller jener Zeit bemerkt, „in Norddeutschland ganz unglaublich scheint“. In Federn hängende Postwagen kamen aber auch in Süddeutschland erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf, man hatte indessen dort schon vorher bedeckte Postwagen mit gepolsterten Sitzen gehabt, während man in Norddeutschland noch Anfang des 19. Jahrhunderts auf offenen Karren mit ungepolsterten Sitzen fuhr, die oft nicht einmal eine Lehne hatten. Daß man im Süden rascher fuhr, dazu trug auch der bessere Zustand der Straßen bei. Wirklich gute Straßen, sog. Dammwege, gab es allerdings auch im Süden nur auf bestimmten Verbindungen, so von Frankfurt nach der Schweiz und von Frankfurt nach Wien. Allein die Straßen waren in Süddeutschland doch immer noch besser als im Norden. Am längsten blieb in dieser Hinsicht Preußen zurück. Preußen hat erst 1787 die ersten Chaussees erhalten.

Überhaupt ist der Ausbau des deutschen Landstraßennetzes in der Hauptsache erst im 19. Jahrhundert erfolgt. Hat man doch auch erst im 18. Jahrhundert die Kunst wieder gelernt, wirklich

gute und haltbare Chausseen zu bauen, die seit der Römerzeit verloren gegangen war. Einer der Hauptförderer des Straßenbaues in Deutschland wie in Frankreich war Napoleon I. Natürlich leiteten ihn hierbei wesentlich militärische Rücksichten. In Preußen sind dann namentlich in den 40er und 50er Jahren viele neue Straßen angelegt und bestehende verbessert worden. 1837 betrug die Gesamtlänge der chausseierten Straßen in Preußen, wo man 1816 noch nicht 5000 km solcher Straßen gehabt hatte, 12 888 km; bis 1862 stieg sie auf 28 800 km und betrug 1895 fast 83 000 km. Es ist ein eigentümlicher Zufall, daß die Hauptära des Straßenbaues in Deutschland somit in die Zeit unmittelbar vor Beginn der Eisenbahnbauten fällt. Im Grunde ist darin freilich kein Zufall, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zu sehen. Wäre kein genügendes Netz brauchbarer Landstraßen vorhanden gewesen, so hätten auch die Eisenbahnen ihre volle Bedeutung gar nicht erlangen können. Die Eisenbahnen vermögen nur da ihren vollen Nutzen zu entfalten, wo ein wohlausgebautes Netz von Landstraßen vorhanden ist, die den Bahnen als Güterzubringer und Güterverteiler dienen. Die Landstraßen sind die kleinen Adern, welche das Blut in die Eisenbahnen als in die Hauptadern leiten und es von da wieder ableiten und weiter verteilen.

In dem Maße, in dem die einzelnen Staaten ihr Landstraßennetz gleichmäßig in allen Landesteilen ausbauten, konnten sie auch an die Abschaffung der Gebühren denken, die anfänglich überall für die Benutzung der Chausseen erhoben worden waren, und zwar mit guten Gründen, solange nur einzelne Gegenden sich auf Kosten des Staats des Vorzugs guter Kunststraßen erfreuten. In den süddeutschen Staaten erfolgte die Abschaffung der Chausseegelder, für deren Höhe übrigens in den Zollvereinsverträgen ein Maximaltarif festgesetzt worden war, schon zwischen 1820 und 1840. Preußen folgte erst 1875. Von diesem Jahre an gab es auch in Preußen überhaupt keine Staatsstraßen mehr. Die vom Staate gebauten Straßen wurden den Provinzen überwiesen, und der Staat wandte dafür seine Aufmerksamkeit dem neuen Verkehrsmittel der Eisenbahnen zu, deren Verstaatlichung bald nachher beginnt.

Neben dem Ausbau des Landstraßennetzes betreffen die Fortschritte, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts im Verkehrswesen erzielt wurden, vor allem die Postorganisation und zwar speziell das

Landpostwesen. Bis in die 30er Jahre bestanden für den Postverkehr der Landbevölkerung keine besonderen staatlichen Einrichtungen. Die Landbewohner waren für die Auslieferung und den Empfang ihrer Postsendungen an die ihnen zunächst gelagerten Postorte gewiesen. Dorthin hatten sie ihre Briefe und Pakete entweder selbst an Gerichts- oder Markttagen zu bringen oder durch Boten und Botenfrauen bringen bzw. sie von dort auch abholen zu lassen. Mit der staatlichen Landbriefbestellung ist in Preußen erst 1824 begonnen worden. Das Landpostwesen entwickelte sich aber zunächst sehr langsam. Erst Ende der 50er Jahre wurde in Preußen die Einführung eines regelmäßigen Landbestelldienstes an allen Wochentagen für den gesamten Umfang der Monarchie als Ziel aufgestellt. Durch das Posttarifgesetz von 1871 kam endlich die gänzliche Aufhebung des Landbestellgelbes für Briefe. Damit war ein schwerwiegender Unterschied in den Postverhältnissen zwischen Stadt und Land ausgeglichen. Die Gefahr, daß die ohnehin in unserer ganzen modernen Entwicklung liegende Tendenz, die Bildungs- und Kulturunterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu vergrößern, durch die Posteinrichtungen noch verschärft werde, war beseitigt. Am Ende des Jahrhunderts hatte die gesamte Landbevölkerung Deutschlands die Möglichkeit erlangt, in regelmäßigen täglichen Nachrichtenverkehr mit der übrigen Welt zu treten. Und Sombart hat nicht unrecht, wenn er im Hinblick hierauf den Refrain des bekannten Hammer schmiedslieds dahin variiert: „Rein Dörfchen so klein, kehrt täglich doch der Postbote ein.“

Hand in Hand mit dieser Ausdehnung des Postdienstes ging im letzten Jahrhundert eine wesentliche Verbilligung und Vereinfachung des Brief- und Drucksachenverkehrs. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war das Briefporto nach der Entfernung abgestuft. Ein Brief von Berlin nach Memel kostete z. B. acht gute Groschen, ein solcher von Berlin bis Meisse in Schlesien 5½ und von Berlin bis Halberstadt 4½ gute Groschen. Die erste wesentliche Vereinfachung in dem kompliziertesten Posttarifwesen wurde durch den deutsch-österreichischen Postvereinsvertrag von 1850 bewirkt, der für den einfachen Brief bis zum Gewicht von 1 Zollot nur noch drei Entfernungsstufen mit Portosätzen von 1, 2 und 3 Silbergrößen kannte. 1868 wurde dann das Einheitsporto von 10 Pfennigen für den einfachen Brief im deutschen Postgebiet eingeführt und damit die

Hilfsche Postreform von 1840 in England nachgeahmt. Hierzu kam eine ebenfalls sehr beträchtliche Verbilligung des Paketportos und eine Erleichterung des Geldzahlungsdienstes der Post. Alle diese Zweige des Postverkehrs hatten denn auch eine gewaltige Zunahme aufzuweisen. Insbesondere ist die Zahl der eingegangenen Briefsendungen, die in der Mitte des Jahrhunderts nur 2 bis 3 jährlich pro Kopf der Bevölkerung betragen hatte, auf mehr als 70 im Jahre 1905 gestiegen. Nur die Personenbeförderung der Post hat aus auf der Hand liegenden Gründen immer mehr abgenommen.

Im engsten Anschluß an die Postorganisation wurde seit den 30er Jahren der Telegraphendienst eingerichtet, der sich nach und nach gleichfalls über das ganze Land ausbreitete. Und neben dem Telegraphenverkehr ließ sich die Postverwaltung seit 1877 auch die rasche Verbreitung der kurz vorher erfundenen Fernsprecheinrichtung angelegen sein, so daß es im Jahre 1913 schon mehr als 40 000 Orte mit Fernsprechstellen in Deutschland gab und die Zahl der Sprechstellen gleichzeitig auf rund $1\frac{1}{3}$ Million gestiegen war. Diese Entwicklung des Kommunikationswesens ist namentlich für den Handel und den Börsenverkehr von der größten Bedeutung geworden. Die heutige Schnelligkeit des Nachrichtenverkehrs hat bewirkt, daß gewisse Geschäfte, mit denen früher ein besonders großes Risiko verknüpft war, wie der Handel in auswärtigen Wechseln, jetzt zu den aller sichersten gehören.

Von der Post, die ja im Grunde gar kein selbständiges Verkehrsmittel ist, sondern nur eine Organisation zur Ausnutzung schon vorhandener Verkehrsmittel, wenden wir uns zur Eisenbahn. Die ersten Eisenbahnen, die bis 1840 in Deutschland gebaut wurden, wie die Nürnberg-Fürther Ludwigsbahn, die Berlin-Potsdamer und die Leipzig-Dresdner Bahn, waren fast sämtlich Privatunternehmungen. Nur in Braunschweig entstand schon 1838 eine kleine Staatsbahn. Sie blieb aber lange vereinzelt. Insbesondere die hohe preussische Bureaukratie wollte von den Bahnen zunächst nichts wissen, weil sie sich keinen finanziellen Erfolg von ihnen versprach. So überließ man denn lange Zeit den Bau der Bahnen hauptsächlich dem Privatkapital und dem privaten Unternehmungsgeist, wenn daneben auch einzelne Staatsbahnen gebaut wurden, besonders in Süddeutschland. In Preußen entfiel noch 1879 mehr als die Hälfte des gesamten Bahnnetzes auf die Privatbahnen. Unmittelbar

darauf begann man aber, nachdem das Bismarcksche Reichseisenbahnprojekt ge scheitert war, mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen. Noch vor der Mitte der 80er Jahre hatte sich der preussische Staat die Herrschaft über die Eisenbahnen seines Landes endgültig gesichert. Und auch die anderen D. ndesstaaten brachten immer mehr Linien in ihren Besitz, so daß am Schluß des Jahrhunderts in Deutschland der Staatsbetrieb durchaus vorherrschte und es nur noch wenig Privatbahnen gab, die zum Teil sogar vom Staate verwaltet wurden.

Kurz bevor in Preußen die Verstaatlichungsaktion begann, war es endlich auch gelungen, für die Bildung der Eisenbahntarife in Deutschland einheitliche Grundsätze durchzusetzen, allerdings nur in formeller, nicht auch in materieller Beziehung. Die ersten Eisenbahn-Gütertarife waren schon infolge des anfänglich rein lokalen Charakters der Bahnen äußerst einfach. Sie enthielten meist nur wenige nach Zentner und Meile oder Bahnstunde berechnete Tarifsätze für Güter aller Art. Die Höhe der Sätze war durchaus willkürlich bestimmt, zum Teil unter Anlehnung an die Frachtsätze, die bisher auf Land- oder Wasserstraßen erhoben worden waren. Bei diesem System machte man bald die Erfahrung, daß diejenigen Güter der Bahn fernblieben, die bei großem Gewicht nur einen geringen Wert besitzen. Aus den Kreisen der Produzenten solcher Güter kamen fortwährend Anträge auf Tarifermäßigungen an die Bahnen, denen auch in großem Umfang entsprochen wurde. Dadurch lernten die Bahnverwaltungen den ökonomischen Wert, den die Transportleistung für den Absender hatte, genauer beurteilen, und sie setzten die Höhe der Frachten nun immer mehr nach dem fest, was das Gut an Fracht tragen konnte, ohne an Versandfähigkeit einzubüßen. Die Erfolge, die man mit diesem Grundsatz erzielte, führten zu einer immer weitergehenden Einteilung der Güter nach ihrem Wert. So ist einfach auf geschichtlichem Wege in Deutschland als erstes Tarifsystem der Bahnen das der Wertklassifikation der Güter entstanden. Dabei handelte es sich aber immer zunächst nur um Lokaltarife der einzelnen Bahnen. Erst als seit der Mitte der 50er Jahre aus den einzelnen Bahnlinien, die Deutschland bis dahin nur gehabt hatte, allmählich ein wirklich deutsches Eisenbahnnetz entsteht, da treffen die Nachbarverwaltungen Abkommen miteinander, die einen direkten Güterverkehr wenigstens bei den wich-

tigsten Warengattungen und den bedeutenderen Stationen ermäßigten. So entstehen nach der Mitte des Jahrhunderts eine ganze Reihe von Eisenbahnverbänden zur Erleichterung des Durchgangsverkehrs. Die Frachtsätze dieses Durchgangsverkehrs wurden meist einfach durch Addition der Sätze auf den beteiligten Bahnen gebildet. Neben der Wertklassifikation kannten die norddeutschen Bahnen nur noch eine Abstufung der Tarife nach der Schnelligkeit der Beförderung. Dagegen wurde auf die Ausnutzung des Laderaumes der Wagen durch die aufgegebenen Gütermenge keine Rücksicht genommen. Im Gegensatz hierzu hat man in Süddeutschland bei der Bemessung der Frachtsätze frühzeitig auch schon auf diesen Umstand mit Rücksicht genommen. Schon der älteste bayrische Staatsbahntarif vom Jahre 1845 sah einen ermäßigten Frachtsatz für Wagenladungsgüter vor, d. h. die Fracht war beträchtlich geringer, wenn die Gütermenge, die mit einem Frachtbrief aufgegeben wurde, die Tragfähigkeit eines Wagens voll ausnutzte. Die Tragfähigkeit der ersten Eisenbahnwagen war allerdings nur gering, sie betrug nur drei Tonnen, jetzt ist der normale Betrag mehr als das Dreifache.

In den 60er und 70er Jahren kam dann eine lebhafte Tarifreformbewegung in Gang. Die Geschäftswelt verlangte vor allem Vereinheitlichung der Tarife. Denn fast jede Bahn hatte damals noch ihre eigene Wertklassifikation. Und weiter verlangte man auch Vereinfachung der Tarife. Man bestritt den Bahnen das Recht, den Wert der Güter der Bemessung der Frachtsätze zugrunde zu legen. Die Bahn habe dabei nur von ihren eigenen Selbstkosten auszugehen. So kam man zu der Forderung eines sogenannten natürlichen oder Raumtariffsystems, bei dem sich die Höhe der Fracht lediglich nach drei Momenten richten sollte, nach der Schnelligkeit der Beförderung, der Menge der aufgegebenen Güter und der Einrichtung der Wagen, ob bedeckte oder offene Wagen. Ein Tarif, der sich auf diesen angeblich natürlichen Grundlagen aufbaute, wurde zuerst 1867 in Nassau eingeführt. Größere Bedeutung hatte es, als man 1870 auch auf den elsass-lothringischen Bahnen dieses System zunächst seiner Einfachheit wegen annahm und es dann auch nach dem Kriege beibehielt. Durch die Konkurrenz der elsass-lothringischen Bahnen wurden die süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg genötigt, ihr Tarifwesen ebenfalls durchgreifend umzugestalten. Sie taten dies in der Weise, daß sie die Prinzipien der bei-

den in Deutschland vertretenen Tariffsysteme zu einem neuen Tariffschema vereinigten, indem sie an das Wagenraumsystem noch eine Wertklassifikation anhängten. So war der Tariffwirrwarr in Deutschland bis zur Mitte der 70er Jahre immer größer geworden. 1876 endlich kam eine freiwillige Einigung der deutschen Bahnen über einheitliche Grundsätze der Tariffbildung zustande. Und zwar nahm der Norden einschließlich Preußens das süddeutsche System der Mischung zwischen Wagenraum- und Werttariffsystem an. Damit war endlich am Ende der 70er Jahre wenigstens die formelle Tarifeinheit, die Einheit des Tariffschemas, in Deutschland erreicht, die materielle Tarifeinheit ist erst viel später, als die Eisenbahnen nach der Staatsumwälzung von den Ländern auf das Reich übergingen, erreicht worden.

Schließlich noch einige Bemerkungen über die Entwicklung des Wasserverkehrs, und zwar zunächst auf den natürlichen Binnenwasserstraßen. Der Flußverkehr hat ja in früheren Jahrhunderten, eben wegen des Fehlens von fahrbaren Straßen eine ungemein wichtige Rolle gespielt, er war relativ viel wichtiger als gegenwärtig. Da war es nur natürlich, daß man, als das Verkehrsbedürfnis zunahm, zunächst an die Benützung der Wasserwege dachte und auf ihren Ausbau Bedacht nahm. Aus solchen Erwägungen ist unter Friedrich dem Großen die schon erwähnte Schiffbarmachung der Ruhr erfolgt. In der That hat auch die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine beträchtliche Zunahme des Flußverkehrs gebracht. Die Firma Matthias Stinnes konnte in einer 1820 an die preussische Regierung gerichteten Eingabe mitteilen, daß sich ihr Kohlentransport nach dem Oberrhein von 1,2 Millionen Scheffeln im Jahre 1814 auf über $2\frac{1}{2}$ Millionen Scheffel im Jahre 1820 erhöht habe und daß sie im letztgenannten Jahre bereits 66 Kohlenschiffe auf Ruhr und Rhein beschäftigte. Im ganzen zeigt aber bis zur Einführung des Dampfschiffs, die seit den 20er Jahren erfolgte, der Verkehr auf den deutschen Flüssen noch eine recht schwache Entwicklung.

Vor allem gilt das vom Personenverkehr. Auf dem Rhein rechnete man zu Beginn des Jahrhunderts nach Wiedemanns Angaben jährlich 1300—1400 Schiffe, welche belastet stromauf- und abwärts fahren, darunter etwa 200 mit Reisenden. Wenn man die Passagierschiffe auf die gute Jahreszeit verteilt, so kommt durchschnittlich nur

eine Fahrt etwa auf den Tag. Die sogenannten Marktschiffe, die den Personenerkehr besorgten, hatten von der Eleganz und der Bequemlichkeit unserer heutigen Dampfschiffe noch keine Spur. Langsam und bedächtig schwammen die plump gebauten Dinger dahin. Zu der Fahrt von Mainz bis Köln, die jetzt acht bis neun Stunden erfordert, brauchte das Marktschiff damals 30 Stunden. Wer mit einiger Bequemlichkeit reisen wollte, der tat am besten, sich ein eigenes Fahrzeug, einen bedeckten Rachen mit Fenstern zu mieten.

Zimmerhin waren die natürlichen Wasserstraßen zu Anfang des 19. Jahrhunderts doch weitaus die billigsten und auch die bequemsten Verkehrswege, über die man verfügte. Und daher war das Streben nach Verbesserung der Verkehrsmittel in jener Zeit außer auf die Herstellung von Landstraßen vor allem auf die Schaffung künstlicher Wasserwege, auf den Kanalbau, gerichtet. Nach dem Zeitalter der Napoleonischen Kriege schickte man sich auch in Deutschland endlich an, in dieser Beziehung dem Beispiele zu folgen, das Frankreich schon seit dem 17. und England im 18. Jahrhundert durch ihre umfangreichen Kanalbauten gegeben hatten. Namentlich in England war in den letzten Jahrzehnten des 18. und den ersten des 19. Jahrhunderts auf diesem Gebiete Gewaltiges geleistet und dadurch der rasche wirtschaftliche Aufschwung Großbritanniens wesentlich erst mit ermöglicht worden. In Deutschland dagegen kam man auf diesem Gebiete wie auf so vielen anderen wieder zu spät. Als man dem Bau von Kanälen eifriger sich zuzuwenden anfang, da war das Zeitalter des Kanalbaues, wenigstens das des Kanalbaues in der damals üblichen Weise, in der Wirtschaftsgeschichte eigentlich schon vorüber, und an Stelle des Baues von Kanälen war der von Eisenbahnen das wirtschaftlich Angezeigte geworden, wie namentlich Fr. List eindringlich darlegte. So ging es insbesondere auch mit dem Bau des Kanals, auf dessen Vollendung man in Deutschland die größten Erwartungen gesetzt hatte und über den ungeheuer viel geschrieben und gesprochen worden war, des bairischen Ludwigskanals, der eine Verbindung zwischen dem Rhein-Main- und dem Donaugebiet herstellen sollte. Als er nach neunjähriger Bauzeit im Jahre 1845 dem Betriebe übergeben werden konnte, da hatte auch bereits die Ära des Eisenbahnbaues in Deutschland begonnen. Der Kanal, dessen Herstellung fast 30 Millionen Mark gekostet hatte, hat daher auch in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens nie einen größeren

Berkehr an sich gezogen, und hat insolge dessen meist mit Verlust gearbeitet. Überhaupt ging, als die Eisenbahnen aufkamen, die Binnenschifffahrt zunächst unter der Konkurrenz des neuen Verkehrsmittels einem gewissen Rückgang entgegen. Für die letzten Jahrzehnte des Jahrhunderts trifft das jedoch nicht mehr zu. Zwischen 1875 und 1900 ist der Anteil der Binnenwasserstraßen am Gesamtgüterverkehr nach der Begründung zur preußischen Kanalvorlage von 21 auf 24 Prozent gestiegen.

Daß die Binnenschifffahrt ihren Anteil am Güterverkehr in späterer Zeit wieder zu steigern vermochte gegenüber den Eisenbahnen, das war vor allem die Folge der technischen und organisatorischen Wandlungen, welche sie neuerdings durchgemacht hat und durch die sie in den Stand gesetzt wurde, ihre Transportleistungen mehr und mehr zu verbilligen. In dieser Hinsicht zeigt sich die Binnenschifffahrt von ganz ähnlichen Tendenzen beherrscht wie die Seeschifffahrt, nur daß bei der letzteren die Entwicklung in viel größeren Dimensionen und in schnellerem Tempo sich vollzog. Beiden gemeinsam ist, abgesehen von der schnellen Vermehrung des Schiffbestandes, zunächst und vor allem das Bestreben, immer größere Schiffsgefäße zu verwenden. Auf dem Rhein trugen 1840 besonders große Schiffe 400 t, 1880 betrug der Raumgehalt der größeren Schiffe 800 t und 1900 sogar 2000 t. Ebenso ist auf der See die Tragfähigkeit der Schiffe eine immer größere geworden. Dadurch ist es gekommen, daß ein einziger Dampfer des Norddeutschen Lloyd wie z. B. der vom Vulkan in Stettin erbaute Kaiser Wilhelm II. nach Sombart mehr Tonnen zählt, als 1825 die ganze Handelsflotte Bremens besaß.

Seeschifffahrt sowohl wie Binnenschifffahrt zeigen ferner das Bestreben, die hölzernen Schiffsgefäße durch solche aus Eisen und Stahl zu ersetzen. Hand in Hand damit geht die Verdrängung des Segelschiffes durch das Dampfschiff, eine Tendenz, die naturgemäß besonders in der Seeschifffahrt zutage tritt. Diese Entwicklung fällt aber erst in die letzten Jahrzehnte des Jahrhunderts. Von 1875 bis 1911 ist der Raumgehalt der Segelschiffe in Netto-Registertons von 900 361 auf 403 241 gesunken, der Raumgehalt der Dampfschiffe dagegen von 81 994 auf 2 396 733 Registertons gestiegen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ein Dampfer von gleicher

Tonnenzahl infolge seiner größeren Schnelligkeit gegenüber dem Segler etwa die dreifache Transportfähigkeit besitzt.

Binnenschiffahrt und Seeschiffahrt stimmen endlich auch darin überein, daß sich in beiden im letzten Jahrhundert große kapitalistische Organisationen in der Form von Aktiengesellschaften herausgebildet haben. Die Seeunternehmungen wie der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie sind dabei aber in ihren Ausmaßen viel gewaltiger als die Binnenschiffahrtsunternehmungen, etwa die Elbischiffahrtsgesellschaft Rette. Durch diese großen Gesellschaften ist sowohl in der See- als in der Binnenschiffahrt eine starke Konzentration des Schiffsbesitzes bewirkt worden. Noch um das Jahr 1880 umfaßte nach Sombart z. B. die Flotte des Norddeutschen Lloyd erst 18 Prozent der gesamten bremischen Flotte, am Ende des Jahrhunderts dagegen über 46 Prozent. Ähnliche Verhältnisse also wie in der Industrie, der Großbetrieb verschlingt auch hier den Kleinbetrieb.

Was speziell noch die Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt betrifft, so zeigte diese vor dem Kriege eigentlich nur einen dunklen Punkt. Das ist der Umstand, daß der Aufschwung der deutschen Reederei lediglich ein solcher der Nordseereederei war, während die Ostseereederei seit einem Menschenalter in unaufhaltsamem Rückgang sich befand, namentlich auch infolge des Rückganges der Kornausfuhr nach England. In der Mitte der 70er Jahre war die Segelflotte der Ostsee noch größer als die der Nordsee, 1910 machte sie aber nur noch den 20. Teil der letzteren aus. Die preussischen Provinzen der Ostseeküste wiesen 1900 einen geringeren Schiffsbestand auf als sie ihn im Jahre 1825 besessen hatten. Der Weltverkehr konzentriert sich eben immer mehr an der Amerika zugewandten Küste Europas. —

Ebenso große Wandlungen wie das Verkehrsweisen hatte auch der Handel im letzten Jahrhundert in Deutschland durchzumachen, und zwar zum großen Teil in direkter Folge der Umgestaltung der Verkehrsmittel. Für die Entwicklung des Handels ist zunächst und vor allem die außerordentlich starke Zunahme der in ihm tätigen Personen charakteristisch. Die Zahl der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen ist im letzten Jahrhundert, und zwar besonders in seiner zweiten Hälfte viel schneller gewachsen als die Bevölkerung. In Preußen war 1845 noch nicht ganz 1 Prozent der Bevölkerung im

Handel erwerbstätig, 1895 dagegen waren es fast $2\frac{1}{2}$ Prozent. Im Königreich Sachsen hat sich von 1861 bis 1895 der Prozentsatz der im Handel erwerbstätigen Bevölkerung sogar mehr als verdreifacht. Sehr rasche Fortschritte hat diese Entwicklung auch in den 25 Jahren von 1882 bis 1907 gemacht. 1882 kam im Deutschen Reiche erst auf 54 Einwohner ein Gewerbtätiger im Handelsgewerbe, 1907 dagegen schon auf 30 Seelen.

Vier Ursachen haben hauptsächlich zusammengewirkt, um dem Zwischenhandel, und zwar sowohl dem Großhandel als auch dem Kleinhandel, im letzten Säkulum eine wesentlich erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung zu verschaffen. Als erste Ursache sei die Zunahme des Verbrauchs an ausländischen Produkten, namentlich an Kolonialwaren, genannt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren Kolonialwaren wie Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Südfrüchte usw. noch hauptsächlich Verzehrungsgegenstände der wohlhabenden Klassen. Der preussische Zolltarif von 1818, der im allgemeinen sehr weitgehende Zollermäßigungen brachte, behielt für die Erzeugnisse der überseeischen Länder sehr hohe Sätze bei, weil man in diesen Zöllen eine Art Luxussteuer sah. Das wurde allmählich völlig anders. Vor dem Kriege waren die Kolonialwaren in den westeuropäischen Kulturstaaten überall Gegenstände des Massenverbrauchs.

In welcher Weise speziell in Deutschland der Verbrauch ausländischer Produkte im letzten Jahrhundert gewachsen ist, dafür nur folgende Beispiele; es stieg der Jahresverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im deutschen Zollgebiet von 1836/40 bis 1906/10

bei:	kg	kg	bei:	kg	kg
Kaffee	von 0,01	auf 2,99	ausländ. Gewürzen von	0,05	auf 0,18
Tee	„ 0,004	„ 0,06	Heringen	„ 1,10	„ 2,96
Kakao	„ 0,01	„ 0,57	Reis	„ 0,18	„ 2,58
frischen Südfrüchten	„ 0,06	„ 3,15			

Die beträchtliche Zunahme des Verbrauchs bei allen genannten Artikeln bedeutete aber zugleich eine Erweiterung des Arbeitsfeldes der distributiven Gewerbe. Denn bei den in überseeischen Gebieten erzeugten Verzehrungsgegenständen ist von jeher die Tätigkeit eines gewöhnlich sogar mehrgliedrigen Zwischenhandels erforderlich gewesen, um sie aus den Händen des Produzenten in die des Konsumenten gelangen zu lassen. Schon die räumliche Entfernung der

Produktionsstätte vom Konsumtionsort macht hier das Eingreifen des Händlers zur Nothwendigkeit.

Die zweite Ursache, die dem Handel im letzten Jahrhundert Gelegenheit gegeben hat, seine Tätigkeit auszudehnen, war das Wachstum der städtischen auf Kosten der ländlichen Bevölkerung und besonders das rapide Anwachsen der Großstädte (S. 25). In den Großstädten ist der direkte Verkehr zwischen Produzent und Konsument, wie er bei der Versorgung mit einer Reihe von Gegenständen des täglichen Bedarfs auf den Wochenmärkten der kleinen Städte immer noch eine häufige Erscheinung bildet, ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Die regelmäßige Versorgung der Großstädte mit einheimischen Nahrungs- und Genußmitteln hat jetzt der Zwischenhandel übernommen, und es ist das schon wegen der Größe des Zufuhrgebiets, auf das eine moderne Großstadt bei der Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel angewiesen ist, durchaus notwendig. Von den Ochsen, die eine Stadt wie München jährlich verzehrt, wurden vor dem Kriege nur etwa sechs Prozent auf dem Landwege zugeführt, 94 Prozent aber auf der Eisenbahn zugeführt. Das heißt zugleich, daß sie überwiegend nicht mehr direkt beim Produzenten vom Fleischer eingekauft werden, sondern daß der Viehhändler ihre Zufuhr besorgt. Ebenso erwirbt die Hausfrau der Großstadt auch da, wo sie ihren Bedarf an Gemüse, Kartoffeln, Geflügel, Butter, Eiern usw. noch auf dem Wochenmarke einzukaufen pflegt, diese Gegenstände gewöhnlich nicht mehr direkt vom Produzenten, sondern von einem Kleinhändler. Die Personen, die in den Markthallen, welche man in Nachahmung des Pariser Vorbilds seit 1879 in den deutschen Großstädten zu errichten angefangen hat, ihre Waren feilbieten, sind nicht mehr die Produzenten selbst, wie regelmäßig auf den Märkten der kleinen Städte, sondern Zwischenhändler von Beruf. Daneben kommen hier die in allen Großstädten in großer Zahl bestehenden Milch-, Butter-, Käse- und Eierhandlungen, Grünfrämläden usw. in Betracht.

Ein dritter Umstand, der die Ausdehnung der distributiven Gewerbe in der heutigen Volkswirtschaft begünstigt, liegt darin, daß, während es früher in den Familien des bürgerlichen Mittelstandes Sitte war, den Bedarf für längere Perioden bei vielen Waren gleich auf einmal anzuschaffen, man jetzt bei den meisten Waren, abgesehen etwa von Wein und Kohlen, immer nur sehr kleine Mengen auf ein-

mal einkauft. Auch wohlhabende Kreise leben in dieser Hinsicht sozusagen von der Hand in den Mund. Infolgedessen hat jetzt der Händler die Aufgabe der Vorratsbildung für die einzelnen Haushaltungen mit übernehmen müssen. Die Familienwirtschaft ist dazu in den großen Städten schon wegen der Wohnungsverhältnisse meist gar nicht mehr imstande. Selbst die Vorratskammern und Kellerräume, die zu sogenannten herrschaftlichen Wohnungen in unseren Großstädten gehören, sind nach ihren Ausmaßen nicht mehr darauf angelegt, große Vorräte aufzunehmen.

Der vierte und wohl wichtigste Grund endlich, der dazu mitgewirkt hat, daß der Handel in neuester Zeit immer mehr Raum in der Volkswirtschaft beansprucht, liegt in der Verdrängung des handwerksmäßigen Kleinbetriebs und dem Aufkommen der Großindustrie. Die Entstehung und das immer weitere Umsichgreifen des Großbetriebs auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion hat den direkten Verkehr des Produzenten mit dem Konsumenten, der ein charakteristisches Merkmal der handwerksmäßigen Kundenproduktion bildet, unmöglich gemacht. Der Fabrik als einer reinen Produktionsanstalt ist der Konsument nur indirekt, nur durch eine kommerzielle Behandlung des Absatzes erreichbar. Die Fabrik hat nach dem treffenden Wort von Wilhelm Roscher „die Bundesgenossenschaft des Krämers“ zum Absatz ihrer Produkte nötig. Auf diese Weise hat das Eindringen des Großbetriebs in bisher handwerksmäßig betriebene Gewerbezeige, wie z. B. die Schuhmacherei, die Hutmacherei, die Täschnerei usw. die Gründung zahlreicher Ladengeschäfte nach sich gezogen und so ebenfalls zur Vermehrung der Zahl der im Handel tätigen Personen beigetragen.

Soviel über die äußere Entwicklung des Handelsgewerbes im letzten Jahrhundert! Der gewaltigen äußeren Entwicklung gehen ebenso bedeutsame Wandlungen in der Organisation und im inneren Betrieb des Handels zur Seite. Insbesondere hat die Arbeitsteilung im Handelsgewerbe im letzten Jahrhundert ungeheuerere Fortschritte gemacht. Zahlreiche Spezialhandelszweige sind entstanden, von denen früher niemand etwas wußte. Und vielfach ist auch die Gruppierung der Waren, die in einem Geschäft geführt werden, eine ganz andere geworden als früher. Insbesondere im Kleinhandel faßt man die Waren vielfach nicht mehr nach den Rohstoffen zusammen, aus denen sie bestehen, sondern nach den Gebrauchszwecken, denen sie

dienen sollen. Wollen wir aber diese Wandlungen im inneren Wesen des Handels genauer erkennen, so müssen wir den bisher als eine Einheit betrachteten Zwischenhandel in seine beiden Hauptzweige, den Großhandel und den Kleinhandel, zerlegen.

Zunächst einige Worte über den *Großhandel*, der seine Waren nicht an den eigentlichen Verbraucher, sondern an Wiederverkäufer und Gewerbetreibende absetzt! Die innere Entwicklung des deutschen Großhandels im letzten Jahrhundert ist vornehmlich charakterisiert durch eine Veränderung in der Form der Geschäftsabschlüsse. Bis in die 50er Jahre hinein war die herrschende Form des Geschäftsabschlusses im deutschen Großhandel durchaus das sogenannte *Loko*geschäft. Man handelte mit Waren, die am Orte des Geschäftsabschlusses zum Verkauf bereit lagen. Ein derartiger Lokohandel ist natürlich nur da möglich, wo entweder der Verkäufer mit seinen Waren den Käufer aufsucht oder wo der Käufer den Händler am Orte seines Warenlagers besucht oder endlich, wo Verkäufer und Käufer zu bestimmten Terminen regelmäßig an einem dritten Orte zusammentreffen, an den der Verkäufer sein Warenlager mitbringt. In Deutschland war bis zur Mitte des Jahrhunderts die dritte Form des Lokohandels, der *Markt- oder Meßhandel*, noch von der allergrößten Bedeutung. Die Hauptstätten des deutschen Großhandels, namentlich auch bei Textilwaren und Eisenfabrikaten, waren in der ganzen ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts die regelmäßig zwei- oder dreimal im Jahre stattfindenden großen Messen; die Hauptmessen Deutschlands waren damals die zu Frankfurt a. M., Leipzig, Frankfurt a. O. und Braunschweig. Die Braunschweiger Messe hat allerdings immer nur geringe Bedeutung gehabt. Dagegen verstand es die Leipziger Messe, einen immer größeren Teil des gesamten Warenverkehrs Deutschlands an sich zu ziehen; zumal die Gründung des Deutschen Zollvereins ist ihr in erster Linie zugute gekommen. Im Jahre 1842 betrug der Anteil Leipzigs am Meßverkehr der vier Meßstädte 42 Prozent, zwölf Jahre später dagegen 45 Prozent. Auch das Aufkommen der Eisenbahnen vermochte zunächst dem Meßverkehr keinen Abbruch zu tun. Vielmehr nahm die Wareneinfuhr zu den Messen auch nach der Einführung des neuen Verkehrsmittels anfänglich noch zu, so daß beispielsweise die Wareneinfuhr in Leipzig erst in den 60er Jahren ihren größten Betrag erreichte. Seitdem ging sie freilich schnell zurück und auch vorher

schon bedeutete die absolute Zunahme doch ein Zurückbleiben des Meßverkehrs hinter dem gesamten Warenumsatz. Indessen hat diese Entwicklung nicht etwa zu einem völligen Verschwinden des Meßverkehrs aus dem deutschen Wirtschaftsleben geführt. Die Leipziger Messe insbesondere konnte ihre alte Bedeutung, wenn auch in stark veränderter Form, fast ohne Unterbrechung behaupten. Aus einer Warenmesse wandelte sie sich allmählich zu einer Mustermesse. Zuerst vollzog sich diese Entwicklung, die mit der Neuordnung der Leipziger Messen im Jahre 1894 ihre äußere Anerkennung erhielt, bei solchen Industrien wie der Herstellung von Porzellan, Glas-, Spiel-, Kurz- und Galanteriewaren, bald aber schlossen sich dem Musterlagerverkehr in diesen Geschäftszweigen auch immer mehr andere Industrien an. Besonders in der Kriegszeit hat diese Entwicklung rasche Fortschritte gemacht. Das führte dann in der Nachkriegszeit dazu, daß auch andere deutsche Städte wie Breslau, Frankfurt a. M., Köln, Königsberg, Wien, Mustermessen nach dem Vorbild der Leipziger ins Leben zu rufen suchten. Ob dieser ja auch im Auslande zu beobachtenden Bewegung für die Gründung neuer Mustermessen dauernde Erfolge beschieden sein werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht sagen.

Nach dem Großhandel endlich noch einige Worte über den *Kleinhandel*, der die Waren dem eigentlichen Verbraucher zuführt, und zwar speziell über den *stehenden Kleinhandel*, der die charakteristische Betriebsform des Detailhandels in der modernen Volkswirtschaft ist! Die wesentlichen Eigenschaften der traditionellen Form des Kleinhandels, die bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus in Deutschland so gut wie allein herrschte, waren folgende: Mäßiger Umfang des Geschäfts, so daß neben dem Ladeninhaber höchstens so viel Hilfspersonen tätig waren, als etwa auch ein Handwerksmeister früher durchschnittlich Gesellen beschäftigte. So standen im Berliner Handelsgewerbe im Jahre 1801 889 selbständigen Betriebsleitern 848 Handlungsgehilfen und Arbeiter gegenüber, und auch 1846 war das Gleichgewicht zwischen selbständigen und Abhängigen noch nicht wesentlich gestört. Im Königreich Sachsen kamen 1846 gar im Handelsgewerbe auf 70 Geschäftsinhaber nur 30 Gehilfen und Lehrlinge, während 1895 das Verhältnis zwischen Selbständigen und Angestellten wie 44:56 war. Ein weiteres für den Kleinhändler der guten alten Zeit charakteristisches Merkmal war das Arbeiten mit

eigenem, allerdings oft durch Kreditinanspruchnahme noch verstärktem Kapital in der Weise, daß die Waren vom Produzenten oder vom Großhändler fest bezogen wurden und der Kleinhändler bei der Festsetzung seiner Verkaufspreise völlig freie Hand hatte. Endlich war ihm ein gewisses konservatives Festhalten an den althergebrachten Grundsätzen bei der ganzen Geschäftsgebarung und im Verkehr mit dem Publikum eigentümlich. Nicht er suchte das Letztere durch Anwendung der Mittel der Reklame in seinen Laden zu ziehen, sondern es mußte von selber zu ihm kommen.

Dieser Kleinhandel alten Stils, wie wir ihn kurz nennen wollen, ist im letzten Viertel des Jahrhunderts aus einem großen Teile seines bisherigen volkswirtschaftlichen Besitzstandes verdrängt worden oder steht doch im Begriff, verdrängt zu werden, besonders in den großen Städten. Und zwar hatte der Kleinhandel alten Stils nach drei Fronten hin den Kampf zu führen. Seine drei Hauptgegner waren 1. die Produzenten, 2. die Konsumenten und 3. die in seiner Mitte neu entstehenden Betriebsformen großgewerblichen Charakters, die Großmagazine und Warenhäuser.

Bei den Produzenten macht sich immer mehr das Bestreben geltend, den Absatz ihrer Waren bis zum letzten Abnehmer hin selbst in die Hand zu nehmen. Namentlich bei einem Teil der primären Großindustrien (s. S. 80 ff.) läßt sich wahrnehmen, wie der Fabrikant in allen größeren Städten Niederlagen und offene Verkaufsstellen errichtet und dadurch in direkte Beziehungen zum Verbraucher zu treten sucht. Schokoladenwaren, Fahrräder und Nähmaschinen, Hüte, Schuhe, Sonnen- und Regenschirme, Metallwaren u. dgl. werden in den Großstädten häufig in Geschäften vertrieben, die nicht mit eigenem Kapital arbeiten, sondern die der Fabrikant selbst eingerichtet hat. Oder die Produzenten von Wein, Zigarren und anderen Artikeln suchen auf dem Wege der Offerte durch Inserate und Zirkulare direkte Aufträge von den Konsumenten zu erhalten, bei deren Ausföhrung ihnen dann bis zum Kriege das billige Porto für 5-kg-Postpakete zu statten kam.

Gefährlicher als der Produzent ist für den selbständigen Kleinhändler der Konsument als Gegner. Denn wenn die Konsumenten sich zusammenschließen, um den Warenbezug durch eigene Organisationen besorgen zu lassen, so handelt es sich regelmäßig um einen Kampf, in dem der selbständige Kleinhandel nicht eventuell bloß

unterworfen, sondern ganz ausgeschaltet und vernichtet werden soll. Hinsichtlich der Entstehung und Ausbreitung der Konsumvereinsbewegung in Deutschland mag es genügen, an das schon früher hierüber bei der Besprechung der Arbeiterfrage Gesagte zu erinnern. (S. 106.)

Während die Tätigkeit der Konsumvereine in der Hauptsache auf den gemeinsamen Bezug von Kolonialwaren, Lebensmitteln, Heizungs- und Beleuchtungsmaterial gerichtet ist, sucht der dritte Feind des Kleinhandels alten Stils, der vom Privatkapital gegründete Großbetrieb, ein anderes Gebiet des Warenhandels für sich zu erobern. Das eigentliche Arbeitsgebiet der privatkapitalistischen Geschäfte, die einen Großhandel im Kleinhandel organisiert haben, ist der Vertrieb von Konfektions-, Manufaktur-, Kurz-, Spiel- und Galanteriewaren, von Hausgeräten und Wirtschaftsgegenständen aller Art, ohne daß damit eine feste Grenze bezeichnet werden soll. Unter den neuen Geschäften, die das Eindringen des Großkapitals in den Kleinhandel geschaffen hat, sind wieder zwei Hauptformen zu unterscheiden, die zwar in mehreren Punkten eng miteinander verwandt sind, dabei aber doch auch erhebliche Verschiedenheiten aufweisen. Ihre Verwandtschaft zeigt sich darin, daß sie beide einen großen Umfang bei straffer, einheitlicher Leitung besitzen, beide Barzahlung fordern und gewähren und beide sich der Reklame in großem Maßstabe bedienen. Verschieden dagegen sind sie in bezug auf die Kundenkreise, an die sie sich wenden, und die Grundsätze, die sie bei der Preiskalkulation befolgen.

Die ältere gewöhnlich als „Großmagazine“ bezeichnete Art, die zuerst in England entstanden sein soll, uns aber besonders durch die großen, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Paris errichteten Unternehmungen bekannt geworden ist, die Zola in einem seiner Romane so eingehend beschrieben hat, ist berechnet auf den Bedarf der oberen Schichten des Mittelstandes und der wohlhabenden Kreise der Bevölkerung. Diese Geschäfte suchen das Publikum vor allem durch die reiche Auswahl, die sie bieten, zu gewinnen, dagegen legen sie es noch nicht darauf an, durch ihre Preise den Kleinhandel alten Stils systematisch zu unterbieten. Derartige Großmagazine sind namentlich seit 1870 unter verschiedenen Formen in allen größeren und auch in zahlreichen mittleren Städten Deutschlands entstanden.

Von den Kleinhändlern alten Stils ist das Aufkommen der Großmagazine im allgemeinen nicht so unangenehm empfunden worden

wie das der zweiten Hauptform des Großbetriebs im Kleinhandel, der Warenhäuser im engeren Sinne des Wortes. Die Großmagazine haben sich zum großen Teil aus kleinen Anfängen heraus in stetiger Zunahme langsam zu dem entwickelt, was sie heute sind. Die Warenhäuser oder Basare dagegen, die erst den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege ihre Entstehung verdanken, stellten auf ganz veränderten Geschäftsprinzipien beruhende Neugründungen dar. Ihr Auftreten bedeutete sofort eine erhebliche Verschärfung der Konkurrenz im Kleinhandel.

Im Unterschiede von der Kundschaft der Großmagazine rekrutiert sich die der Warenhäuser vorwiegend aus den unteren Einkommensklassen, aus den Kreisen, die mit dem Pfennig rechnen müssen, insbesondere aus der Arbeiterschaft. Die Warenhäuser wollen lieber für die Millionen, als für die Millionäre arbeiten. Die besonderen Bedürfnisse ihrer Kundschaft machen sie zum Gegenstand eines eingehenden Studiums. Sie führen nur die Warenqualitäten, die bei ihren Kunden sicher auf Absatz rechnen können, aber sie führen möglichst alle Waren, die ihre Kunden für den Alltagsbedarf brauchen. Durch diese Praxis vermindert sich das Risiko der Warenhäuser beim Einkauf, und ihr Umsatz steigt. Endlich haben sie es in der Kunst, die Preiszuschläge für die einzelnen Waren möglichst vorteilhaft, d. h. so zu bemessen, daß der Gesamtabsatz gesteigert wird, zu einer wahren Virtuosität gebracht, wenn sie diese Kunst auch nicht erst erfinden haben.

In den Konsumvereinen, Großmagazinen und Warenhäusern ist dem Kleinhandel alten Stils zweifellos eine oft vernichtende Konkurrenz entstanden. Und zwar beruht die Gefährlichkeit dieser neuen Betriebsformen des Handelsgewerbes für den althergebrachten Kleinhandel in letzter Linie darauf, daß auch im Handel, nicht bloß in der Produktion, der Großbetrieb gewisse natürliche Vorteile vor dem Kleinbetrieb voraus hat, daß er billiger einkaufen kann und im Verhältnis zum Umsatz mit geringeren Spesen arbeitet als der letztere. Insbesondere ist aller Voraussicht nach nicht zu erwarten, daß der Großbetrieb im Warenhandel den Kleinbetrieb etwa in ähnlicher Weise auffaugen und verdrängen werde, wie er das im Gewerbewesen getan hat.

Noch immer liegt der Schwerpunkt des Handelsgewerbes bei den Kleinbetrieben. Von je 100 im Handel beschäftigten Personen ge-

hörten 1907 rund 63 den Kleinbetrieben und nur 37 den Mittel- und Großbetrieben an, während sich in der Industrie das Verhältnis jetzt bereits ziemlich umgekehrt gestaltet hat. Und es ist auch nicht zu erwarten, daß die Zukunft hieran viel ändern wird. Ihrer Natur nach können ja Großmagazine und Warenhäuser auch in der größten Stadt immer nur in relativ kleiner Zahl bestehen. Infolgedessen wird aber ihre Entfernung von der Wohnung der Kunden durchschnittlich sehr beträchtlich sein. Nicht bei jedem Einkauf kann man aber der Nähe der Bezugsquelle entzogen werden. Müssen doch z. B. die Konsumvereine auf je 800 bis 1200 Mitglieder eine Verkaufsstelle errichten, wenn sie ihren Mitgliedern nicht zu weite Wege und dadurch Zeitverluste zumuten wollen. Durch diese Umstände wird für die Kleinhandelsgeschäfte alten Stils immer ein großes Arbeitsfeld übrigbleiben. Denn gerade darin besteht ja die eigentliche volkswirtschaftliche Aufgabe des Kleinhandels, die Waren dem Verbraucher örtlich so nahe wie möglich zu bringen und sie ihm auf die bequemste Weise zugänglich zu machen.

Nur in einem Zweige des Handels, freilich einem Zweige, der nicht mehr dem Warenhandel selbst angehört, hat der Großbetrieb anscheinend endgültig das Übergewicht und die Herrschaft erlangt. Das ist der Geldhandel oder das Bankwesen. Das stärkere Hervortreten der Banken im Wirtschaftsleben gehört ja ebenso wie die mächtige Entfaltung des Versicherungsgewerbes zu den charakteristischen Merkmalen der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im letzten Jahrhundert. Die großen Summen, über welche diese beiden Geschäftszweige verfügen — die deutschen Banken hatten 1911 an eigenen und fremden Geldern 32,8 Milliarden Goldmark in Verwaltung, die deutschen Versicherungsgesellschaften 1910 6,3 Milliarden, wovon fast $\frac{3}{4}$ allein auf die Lebensversicherung entfielen —, sind ein weiteres Zeichen für den Übergang zum Großkapitalismus, den die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert vollzogen hat.

Im Versicherungsgewerbe hat dabei von Anfang an der Großbetrieb dominiert und er muß es hier aus Gründen, die im Wesen dieses Geschäftszweigs liegen. Im Kreditwesen dagegen hat der Großbetrieb, und zwar meist ebenso wie in der Versicherung der unpersönliche Großbetrieb, erst in neuerer Zeit die Führung erlangt, während gleichzeitig der Privatbankier immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, und jetzt oft nur als Vertrauensmann und Berater

der Privatleute noch eine gewisse Rolle spielt. Diese Entwicklung hat sich in zwei Stufen vollzogen. Die erste Stufe wird gekennzeichnet durch die rasche Ausbreitung der Aktienbanken, deren Entwicklung bis 1870 durch das bis dahin im deutschen Aktienwesen geltende Konzeptionsystem zurückgehalten worden war. Sobald die Konzeptionspflicht für Aktiengesellschaften aufgehoben war, wurden allenthalben Banken in der Form von Aktienunternehmungen ins Leben gerufen. In der zwanzigjährigen Periode von 1851 bis 1870 betrug im Königreich Preußen das in neugegründeten Aktienbanken investierte Kapital nicht ganz 95 Millionen Mark, in den fünf Jahren von 1870 bis 1874 allein dagegen wurde ein Kapital von fast $\frac{3}{4}$ Milliarde Mark in Aktienbanken angelegt. Für die zweite Stufe der Entwicklung, die erst der allerjüngsten Zeit seit 1890 angehört, ist dann vor allem der Umstand bezeichnend, daß innerhalb der Aktienbanken der Einflußbereich der Großunternehmungen rasch sich ausdehnt und die kleineren Betriebe, zu denen in diesem Falle auch noch Banken mit an sich sehr beträchtlichen Mitteln, sogar mit Duzenden von Millionen eigenen Kapitals, gehören, der Anziehungskraft der Riesenbetriebe unterliegen. Die kleineren und mittleren Banken geben ihre Selbständigkeit mehr oder weniger auf und suchen unter den verschiedensten juristischen Formen (Fusionen, Interessengemeinschaften, Beteiligungen usw.) Anschluß an eine der Berliner Großbanken. Diese haben, während sie früher ihre Tätigkeit in der Hauptsache auf Berlin beschränkten, seit der Mitte der 90er Jahre einen Eroberungszug in die Provinz unternommen und die ganze deutsche Volkswirtschaft zu ihrem Arbeitsfeld gemacht, an zahlreichen Orten Niederlassungen und Depositenkassen errichtet, andere Banken in sich aufgenommen oder sie sich wenigstens wirtschaftlich angegliedert. Mit diesem Prozeß war zugleich ein weiteres Zurücktreten des Privatbankierstandes verbunden. In Berlin ging die Zahl der Privatbankiers von 1892 bis 1899 sogar absolut zurück, von 538 auf 370. Die Banken, denen auf diese Weise die kaum noch bestrittene Führung im privaten deutschen Bankwesen zugefallen ist, lassen sich schnell nennen. Als eigentliche und vollkommen unabhängige Großbanken konnten bei Kriegsausbruch nur noch die nachstehenden sechs Berliner Kreditinstitute gelten: Die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft und die Dresdner Bank mit je 200 Millionen Mark Aktienkapital, ferner die Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank) mit 160, der A. Schaaffhousensche Bankverein mit 145, sowie die Berliner Handelsgesellschaft, die im Gegensatz zu den vorgenannten Banken an der Beschränkung ihrer Geschäftstätigkeit auf Berlin festgehalten hat, mit 110 Millionen Mark. Damit hört aber auch die Reihe der eigentlichen Großbanken schon auf. Denn die selbständigen Banken, die nach der Größe ihrer Kapitalien dann folgen, wie die Nationalbank für Deutschland mit 90 und die Kommerz- und Diskonto-Bank mit 85 Millionen Mark, wurden an Höhe der eigenen Mittel teilweise schon von solchen Banken übertroffen, die sich in die Klientel einer der Großbanken begeben haben.

Was dem Großbetrieb im Bankwesen das Übergewicht über den Kleinbetrieb verliehen hat, das waren zum großen Teil ganz analoge Umstände zu den Verhältnissen, auf denen in der Industrie die Überlegenheit des Großbetriebs beruht. Je größer die eigenen Mittel einer Bank, ihr Aktienkapital und ihre Reserven sind, um so widerstandsfähiger ist sie gegen etwaige Verluste. Eine Großbank kann den Grundsatz der Risikoverteilung, der von so ungeheurer Tragweite für das ganze Bankwesen ist, sowohl bei ihren Kreditgewährungen als auch im Effektenemissions- und im Gründungsgeschäft besser durchführen als eine Kleinbank. Sie besitzt sozusagen in sich selbst den Charakter einer Versicherungsanstalt. Erleidet sie bei einem einzelnen Unternehmen, dem sie Kredit bewilligt hat, Verluste, vielleicht sogar Verluste, die in die Millionen gehen, so wird dadurch bei der Größe ihres Kapitals doch noch nicht ihre Existenz in Frage gestellt, während kleinere und mittlere Banken dann rettungslos zusammenbrechen. Die Mehrzahl aller Bankkatastrophen, welche die Bankgeschichte kennt, ist dadurch veranlaßt worden, daß die Kredite, welche die betreffenden Banken an einzelne Unternehmungen gewährt hatten, nicht mehr im rechten Verhältnis zu den eigenen Mitteln der Bank standen. Hieraus ergibt sich zugleich, wie das Vordringen des Großbetriebs im Bankwesen aufs innigste zusammenhängt mit den Fortschritten des Großbetriebs in der Industrie. In dem Maße, wie die Industrieunternehmungen größer wurden, mußten auch die Banken, die ihnen Kredit gewährten, an Kapitalkraft wachsen, wenn das Verhältnis zwischen beiden noch auf gesunden und soliden wirtschaftlichen Grundlagen ruhen sollte.

Zu diesem wohl ausschlaggebenden Vorzug der Großbank ge-

fellen sich aber noch andere Vorteile des Großbetriebs im Bankwesen. Eine Großbank vermag unter ihren Angestellten eine weitgehende Arbeitsteilung durchzuführen, sie erzielt bei dem auftragsweisen An- und Verkauf von Wertpapieren Ersparnisse, weil die ihr zugehenden Aufträge sich häufig kompensieren, sie sich also nicht an die Börse zu wenden braucht, wodurch Gebühren usw. wegfallen, vor allem aber strömen einer Bank die für ihren Betrieb so ungemein wichtigen fremden Gelder, die Spareinlagen und Depositen, gewöhnlich um so reichlicher zu, je größer ihre eigenen Mittel sind, weil das Vertrauen des Publikums zu einer Bank sich naturgemäß wesentlich mit nach der Größe ihres Stammkapitals richtet. Alle diese Momente zusammen haben in Verbindung mit einigen die Großbanken begünstigenden Bestimmungen der Börsensteuergesetze von 1881 und 1884 sowie des Börsengesetzes von 1896 die rasche Entwicklung zum unpersönlichen Großbetrieb im Bankwesen gefördert. Und die sogenannte „Konzentrationsbewegung“ im Bankwesen, die dazu geführt hat, daß seit 1895 ein sehr großer Teil der mittleren und kleinen Banken und Bankiers in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den führenden Berliner Großbanken getreten ist, ist im Grunde genommen weiter nichts als eine Spezialform des Vordringens des Großbetriebs.

Schlußwort.

Die Lage der deutschen Volkswirtschaft nach dem Weltkrieg.

Wir stehen damit am Ende unserer Betrachtungen. Heben wir noch einmal die Hauptergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert kurz hervor, um im Anschluß daran einen Blick auf den Weltkrieg und die durch ihn geschaffene Lage des deutschen Wirtschaftslebens zu werfen!

Wir sind im letzten Jahrhundert einmal reicher geworden, und zwar nicht etwa in dem Sinne, daß nur die Reichen reicher, die Armen dagegen ärmer geworden seien. Vielmehr hat sich in allen Schichten der Bevölkerung und namentlich auch bei den Lohnarbeitenden Klassen der Wohlstand gehoben. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie sich in Deutschland im Laufe des letzten Jahrhunderts die allgemeine Lebenshaltung gebessert hat, muß man Bücher wie etwa „Friedensindens Lebenslauf“ von H. Söhre

lesen. Statistisch tritt die Hebung der allgemeinen Lebenshaltung darin zutage, daß gerade bei Massenverbrauchsartikeln wie Fleisch, Kaffee, Zucker, Bier, Kakao usw. der Konsum pro Kopf der Bevölkerung ganz gewaltig gestiegen ist (vgl. die Zahlen S. 125). Nach einer Berechnung von Prof. Eßlen hat sich ferner von 1840 bis 1907 die Fleischerzeugung auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland mehr als verdoppelt. In welchem Maße wir im letzten Jahrhundert wohlhabender geworden waren und uns neue Bedürfnisse angewöhnt hatten, das ist ja vielen erst zum Bewußtsein gekommen, als wir während des Weltkrieges unseren Konsum empfindlich einschränken und auf die Befriedigung vieler Bedürfnisse wieder verzichten mußten. Da merkten viele erst, wie gut es ihnen im Grunde bis dahin gegangen war, obwohl sie ja auch in diesen fetten Jahren, und gerade in ihnen, mit Klagen und Beschwerden über ihre angeblich schlechte Lage nicht zurückhaltend gewesen waren.

Die allgemeine Zunahme des Wohlstandes und die Besserung der Lebenshaltung in allen Schichten der Bevölkerung während des letzten halben Jahrhunderts tritt vor allem in einer Tatsache deutlich hervor, in der bedeutenden Abnahme der Sterblichkeit, oder anders ausgedrückt, in der Zunahme der durchschnittlichen Lebensdauer, welche die Bevölkerung Deutschlands im letzten Drittel des verfloßenen Jahrhunderts aufzuweisen hat. Zunahme oder Abnahme der durchschnittlichen Lebensdauer ist ja stets einer der zuverlässigsten Maßstäbe, um die soziale Lage einer Bevölkerung, ihre Verbesserung oder Verschlechterung, beurteilen zu können. In Deutschland haben nun alle Altersklassen während der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege eine außerordentlich starke Zunahme ihrer durchschnittlichen Lebensdauer aufzuweisen gehabt — eine Tatsache, die allein schon ausreicht, um die völlige Haltlosigkeit des Geredes von der zunehmenden Verelendung der Massen in der modernen Volkswirtschaft darzutun. Wenn man z. B. die Jahrzehnte 1871/80 und 1901/10 miteinander vergleicht, so hat sich die mittlere Lebensdauer in Deutschland beim männlichen Geschlecht von 35,58 auf 44,82 und beim weiblichen von 38,45 auf 48,33 Jahre erhöht. Das ist für einen so kurzen Zeitraum ein ungeheuer großer Fortschritt. Es wird überhaupt keine zweite Periode in der ganzen deutschen Geschichte geben, in der, und zwar wesentlich eben infolge der Besserung der Lebenshaltung in allen Schichten der Bevölkerung, die

durchschnittliche Lebensdauer so stark zugenommen hat, wie im letzten Menschenalter vor dem Kriege. Auf dem starken Rückgang der Sterblichkeit nach 1870 beruht auch in erster Linie die starke Bevölkerungszunahme Deutschlands in dieser Zeit. Sie ist nicht sowohl die Folge eines Ansteigens der Geburtenziffer in diesem Zeitraum gewesen, als vielmehr die Folge davon, daß noch rascher, als die Geburtenziffer sank, die Sterblichkeit zurückging.

Damit kommen wir zu einem zweiten Hauptergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert. Wir haben nicht nur als einzelne unsere Lebenshaltung verbessern und unseren Wohlstand vermehren können, wir sind auch als Volk mächtiger geworden. Derselbe deutsche Boden, der an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert nur wenig über 20 Millionen Menschen ernährte, bot bei Ausbruch des Krieges Raum für fast 68 Millionen Einwohner. Auf diesen quantitativen Ausbau der deutschen Volkswirtschaft, auf den Umstand, daß wir an Menschenzahl rascher gewachsen sind als viele andere Völker, stützte sich ja in erster Linie die Zunahme unserer politischen Macht und Geltung. Zu einem großen Teil freilich ruhte das Bevölkerungswachstum, dessen sich Deutschland im letzten halben Jahrhundert erfreuen konnte, wie früher geschildert (s. S. 27 ff.), auf den unsicheren Grundlagen des Export-Industrialismus und des Export-Kapitalismus. Nicht aus eigenen, von uns selbst beherrschten Quellen vermochten wir unsere gewachsene Bevölkerung vollständig wirtschaftlich zu erhalten und ausreichend zu ernähren, sondern von fremdem Boden, auf dem wir vielfach nur widerwillig geduldet waren, gewannen wir zu einem erheblichen Teil die Mittel zur Erhaltung unseres 70-Millionen-Volkes. Damit sind zugleich die Kräfte, die neben den rein politischen Momenten als die Hauptursachen des Weltkriegs und des allgemeinen Zusammenschlusses gegen Deutschland anzusehen sind, angedeutet. Von den älteren Weltvölkern wurde das Hineinwachsen Deutschlands in die Weltwirtschaft, die Ausdehnung des deutschen Welthandels, der im letzten Jahre vor dem Kriege fast schon die Ziffern des britischen Außenhandels erreicht hatte, und der deutschen Schifffahrt, welche, wenn auch in weitem Abstände, die zweite Stellung hinter der englischen Handelsflotte erlangt hatte, mit scheelsten Augen betrachtet. Der Reichtum und die Macht Deutschlands erweckten den Neid und die Eifersucht der anderen Völker, die da-

durch zu vermehrter Anstrengung genötigt wurden, wenn sie ihre frühere Stellung auf dem Weltmarke behaupten wollten. Und die deutsche Kolonialpolitik vermehrte diese Gegensätze noch, so bescheiden an sich die koloniale Ausdehnung Deutschlands im Verhältnis zu der anderer Völker war, weil Deutschland als bei der Verteilung der Welt zuletzt kommender Staat in allen Erdteilen seine Kolonien mitten zwischen den Kolonialgebieten der älteren Kolonialmächte hatte suchen müssen.

Aus diesen wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessengegensätzen ist der Weltkrieg hauptsächlich erwachsen. Deutschland hat in ihm den Versuch gemacht, seine Stellung in der Weltwirtschaft durch Schaffung eines Dauerbündnisses der Mittelmächte und der Türkei auf eine breitere Basis zu stellen und zu konsolidieren. Der Versuch ist gescheitert, Deutschland hat sich im Kampfe gegen die ungeheure Übermacht verblutet. Wir müssen uns heute gestehen, daß die deutsche Politik vor dem Weltkriege, soweit bei ihrem fortwährenden Hin- und Herschwanke überhaupt von einem festen Programm bei ihr gesprochen werden kann, die Zukunft Deutschlands in einer falschen Richtung gesucht hat. Statt zunächst unter Anlehnung an die englische Weltmacht und demgemäß Verzicht auf den Bau einer starken Kriegsflotte die kontinentale Stellung Deutschlands immer mehr zu festigen und die Gebiete für die wirtschaftliche Ausdehnung und Betätigung Deutschlands im Osten zu suchen, wollte sie einfach das Vorbild nachahmen, das die englische Politik aufgestellt hatte, ohne zu erkennen, daß Deutschland für eine solche Politik die wichtigsten Voraussetzungen fehlten. Und als einzige Sicherung und Rückendeckung diente dieser Politik das Bündnis mit dem national zerklüfteten Österreich-Ungarn. Damit aber verzichtete Deutschland darauf, den Völkern, die auf dem Gebiete der alten österreichisch-ungarischen Monarchie zur politischen Selbständigkeit drängten, als Führer und Mitbester bei ihren Bestrebungen zu dienen, und setzte sich für die Erhaltung des Donaufstaates in seiner veralteten Form ein. Mit dieser vorwiegend von dynastischen und Gefühlsrücksichten auf die Deutschen in Österreich geleiteten Politik arbeiteten wir einer der stärksten Kräfte der Geschichte, dem Nationalitätenprinzip, entgegen und brachten uns selbst um die Stellung in Mitteleuropa, die uns bei einer klügeren und weitsichtigeren Politik naturgemäß hätte zufallen müssen. Und nicht einmal den deutschen Volksgenossen

in Österreich haben wir mit dieser Politik, an der das ganze deutsche Volk, nicht bloß seine Regierung, die Schuld trägt — es gab keine nennenswerte Partei in Deutschland, die eine andere Politik verlangt hätte —, genügt. Weder haben wir verhindern können, daß Millionen von Deutschösterreichern durch den Frieden von St. Germain unter fremde Herrschaft gerieten, noch wurde uns die Angliederung des aus der zerfallenden österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen deutsch-österreichischen Staates gestattet.

Wie die politische Macht Deutschlands durch den Ausgang des Weltkrieges vernichtet ist — es sei denn, daß aus den politischen Geburtswehen, in denen Europa jetzt liegt, noch ein ganz anderer Zustand hervorgehe als der, den wir jetzt vor Augen haben —, so ist auch die deutsche Volkswirtschaft im Gefolge der militärischen Niederlage Deutschlands in eine furchtbar ernste Lage geraten. Ein großer Teil dessen, was die Arbeit von Generationen auf wirtschaftlichem Gebiet mühsam aufgebaut hatte, liegt jetzt zertrümmert vor uns. Unsere Handelsflotte ist uns bis auf einen kümmerlichen Rest genommen, die deutschen Unternehmungen im Auslande sind zwangsweise aufgelöst, wichtige Provinzen, die wie Oberschlesien, in vielhundertjähriger Verbindung mit Deutschland gestanden hatten, sind von unserem Wirtschaftskörper abgetrennt worden. Inbessenen, so schmerzlich alle diese Verluste sind, sie wären wirtschaftlich immer noch zu tragen gewesen, wenn nicht durch die finanziellen Verpflichtungen, die uns durch das Friedensdiktat von Versailles und durch das Londoner Ultimatum auferlegt worden sind, über unsere Volkswirtschaft das Schicksal einer fortschreitenden Geldentwertung verhängt worden wäre.

Als unvermeidliche Folge der Reparationsverpflichtungen ergab sich, auch wenn wir unseren eigenen Haushalt in Staat und Gemeinde noch so sparsam und bescheiden eingerichtet hätten, die Notwendigkeit zu einer beständigen Vermehrung unseres Geldumlaufs, einer fortgesetzten „Inflation“. Diese Verschlechterung der Währung ist die alles beherrschende Tatsache im Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit, sie gibt dem deutschen Wirtschaftsleben der letzten Jahre sein charakteristisches Gepräge. Sie wirkt sich nach zwei Hauptrichtungen aus: im Innern als fast ununterbrochene und in ihrem Tempo immer stürmischer werdende Aufwärtsbewegung der Warenpreise, im Auslande als fast

ebenso ununterbrochene und teilweise in katastrophalen Sprüngen sich vollziehende Entwertung der deutschen Valuta. Welche Dimensionen die Preissteigerung im Innern bereits angenommen hat, lassen die Indexziffern, welche die „Frankfurter Zeitung“ regelmäßig berechnet, erkennen. Sie sind gestiegen, wenn man den Preisstand der Vorkriegszeit gleich 100 setzt,

auf 1965 im Januar	1920
„ 2130 „ „	1921
„ 4217 „ „	1922 und
„ 94492 „ November	1922.

Selbstverständlich suchen die Löhne und Gehälter dieser progressiv steigenden Teuerung der Waren sich anzupassen. Dadurch wurde aber notwendig eine fortwährende Unruhe in das Wirtschaftsleben hineingetragen. Tarifverträge, die eben erst abgeschlossen worden waren, wurden nicht selten bei ihrem Inkrafttreten schon wieder gekündigt, weil ihr Inhalt durch eine neue Teuerungswelle überholt war.

Noch tollere Sprünge als die Aufwärtsbewegung der Preise im Inland hat die Abwärtsbewegung des Kursstandes des deutschen Geldes im Auslande in der Nachkriegszeit zu verzeichnen. Noch im Januar 1919 behauptete die deutsche Mark im Vergleich mit dem Dollar mehr als die Hälfte ihres normalen Wertes, dann ging es aber von Monat zu Monat in immer schnellerem Tempo mit ihr abwärts, im Dezember war sie schon unter 10 % des Friedenskursstandes gesunken. Im Jahre 1920 und auch im größten Teile des Jahres 1921 hat sich die Mark noch einmal leidlich gehalten. In der zweiten Hälfte 1921 setzte dann aber unter dem Druck der jeden Monat fällig werdenden Zahlungen aus dem Friedensvertrag eine neue katastrophale Abwärtsbewegung ein, die die Mark im November schon unter 2 % ihres Friedenswertes herabgedrückt hatte. Aber auch auf diesem Stande konnte sie sich nicht behaupten. Der Sommer 1922 brachte eine weitere ungeheuerliche Entwertung der Mark. Im August stieg der Dollar in Berlin vorübergehend schon auf über 2000, und im November erreichte er gar einen Kursstand von 6000 bis 8000. Die Mark langte im valutastarken Auslande (Schweiz, Holland, Nordamerika) damit auf einem Kursstande an, der nur noch Bruchteile des Friedenswertes eines Pfennigs betrug.

Mit diesem Zusammenbruch der deutschen Währung ging nun aber

bisher — das ist das Eigenartige und Auffallende der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands — eine Scheinblüte des deutschen Wirtschaftslebens Hand in Hand. Wer die Verfassung, in der sich die deutsche Volkswirtschaft seit 1920 befindet, nur oberflächlich betrachtet, der kann leicht zu dem Eindruck kommen, Deutschland befinde sich in einer ganz günstigen Lage. Deutschland hat die Periode der Arbeitslosigkeit, die sich an die überstürzte Demobilisierung und die politischen Wirren im Innern anfänglich angeschlossen, relativ schnell überwunden. Es hatte in den letzten beiden Jahren weniger Arbeitslose aufzuweisen als in Friedenszeiten. In Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern der Siegerseite dagegen hatte gleichzeitig die Arbeitslosigkeit infolge der seit dem Frühjahr 1921 immer deutlicher hervortretenden schweren Wirtschaftskrisis in der Weltwirtschaft einen für Friedensverhältnisse ganz unerhörten Umfang angenommen. Der hohe Beschäftigungsgrad, der in der deutschen Industrie, insbesondere in ihren für den Export arbeitenden Teilen herrscht, darf indessen über die wahre Lage der deutschen Volkswirtschaft nicht hinwegtäuschen. Es sind nur die Folgeerscheinungen der fortgesetzten Geldinflation und Valutaentwertung, wodurch der äußere Schein einer Prosperität des Wirtschaftslebens hervorgerufen wird. Was sich hinter dieser täuschenden Fassade in Wahrheit verbirgt, das ist aber nichts anderes als der Prozeß der Verarmung des deutschen Volkes. Wie die Konsum- und Kaufkraft des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit in eine rückläufige Entwicklung eingetreten ist, läßt sich auf einigen Gebieten bereits statistisch verfolgen. Nach den Zusammenstellungen von Prof. Dr. Philipp Stein¹⁾ hat sich, wenn man die Jahre 1913 und 1920 miteinander vergleicht, der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung wie folgt entwickelt:

	1913	1920
	in Liter	
Bier	103,8	41,0
Branntwein	10,5	1,6
Wein	4,5	3,3
reinem Alkohol	6,8	1,4

1) Die Finanz- und Wirtschaftsbilanz des Deutschen Reichs. Frankfurt a. M. 1922. S. 25.

	1913	1920
	in kg	
Zucker	19,2	14,1
Kaffee	2,5	0,7
Tea	0,065	0,033
Zigarren in Stück	120	66
Rauchtabak in kg	0,698	0,246

Eine Zunahme des Verbrauchs ist lediglich bei Zigaretten und Schokolade festzustellen, dagegen hat der Fleischverbrauch nach dem Ergebnis der Schlachtungen in Preußen und anderen Ländern ebenfalls eine sehr starke Abnahme im Vergleich mit der Friedenszeit erfahren, besonders seit Frühjahr 1922.

Dieser Rückgang, so beträchtlich er an sich erscheint, ist aber noch gar nicht der wahre Ausdruck für den wirklichen Grad unserer zunehmenden Verarmung. Das wichtigste Moment zur Charakterisierung der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands muß erst noch hervorgehoben werden: Deutschland konsumiert gegenwärtig erheblich mehr als nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere nach den Erträgen der deutschen Produktion, eigentlich gerechtfertigt ist. Unter dem Einfluß der Geldinflation findet in Deutschland eine starke Überkonsumtion statt. Die Arbeitslöhne haben, wenn sie auch absolut in ihrer realen Kaufkraft hinter dem Stand vor dem Kriege oft noch zurückbleiben, eine Höhe erreicht, die in keinem rechten Verhältnis mehr zu der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft steht und nur dadurch möglich ist, daß die deutsche Volkswirtschaft schon seit Jahren ihr Kapital angreift und teilweise von ihrem Kapital lebt. Das ist ja in wirtschaftlicher Hinsicht eine der bedenklichsten Folgen jeder länger andauernden Entwertung des Geldes, daß sie zu einer Aufzehrung des vorhandenen Kapitals führt, ebenso wie sie die Neubildung von Sparkapital lähmt. Hier liegt der Punkt, von dem aus die Krankheit, die zunächst nur eine solche des Geldwesens war, in die Zentralorgane des Wirtschaftskörpers vordringt, und seine Lebensfunktionen zu zerstören droht. In dieses Stadium der Krankheitsentwicklung sind wir in Deutschland jetzt — im Herbst 1922 — bereits eingetreten. Immer fühlbarer wird die Knappheit des Kapitals, und zugleich wird es immer deutlicher, daß diese für das normale Funktionieren des Wirtschaftskörpers verhängnisvolle Erscheinung nicht wirksam bekämpft werden kann, so lange die Zu-

flation weiter getrieben wird. Alle Diskonterhöhungen der Reichsbank vermögen an der kritischen Lage der deutschen Volkswirtschaft und der Kapitalknappheit nichts zu ändern, so lange es nicht möglich ist, der weiteren Vermehrung des Notenumlaufs zu steuern.

Es ist ein geradezu trostloses Bild, das die Lage der deutschen Volkswirtschaft im Herbst 1922 bietet. In immer mehr Herzen senkt sich Verzweiflung, ob ein Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft noch im Bereiche der Möglichkeit liegt. Für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt alles davon ab, ob bei unseren ehemaligen Gegnern, insbesondere in Frankreich, noch zur rechten Zeit die Einsicht einkehrt, was sie von uns verlangen können und was nicht. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands für Reparationszwecke ist durch die rücksichtslose Behandlung, die man uns hat zu Teil werden lassen, bereits auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Das haben auch sachverständige Beurteiler des neutralen Auslandes, wie Professor Cassel in Stockholm, offen ausgesprochen. Trägt man dieser Sachlage, die sich immer deutlicher enthüllt, von seiten der Ententemächte nicht bald Rechnung — mit kleinen Zugeständnissen ist dabei jetzt aber auch nichts mehr zu erreichen —, so ist nicht nur unser wirtschaftlicher Ruin, sondern das wirtschaftliche Chaos und die Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung auf dem ganzen europäischen Festlande besiegelt. Dann wird ein ähnliches Schicksal, wie es über Rußland bereits hereingebrochen ist, auch über Mittel- und Westeuropa hereinbrechen, und wird sich hier in blutigen Bürgerkriegen und durch den Hungertod von Millionen noch schneller vollenden als in Rußland. Noch ist es Zeit, dem Unheil zu wehren. Aber es ist bereits die zwölfte Stunde.

Die angegebenen Preise sind Grundpreise,
die z. Zt. (Dezember 1922), den jetzigen Herstellungs- und allgemeinen Unkosten entsprechend,
mit der Teuerungsziffer 400 (für Schulbücher, mit * bezeichnet, mit 100) zu vervielfältigen sind.

Kapitalismus und Sozialismus. Betrachtungen üb. d. Grundlag. d. gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sow. d. Voraussetzungen u. Folgen d. Sozialismus. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. L. Pohle. 3. Aufl. Geb. M. 2.50

„Weit aus das Beste, was bisher über Kapitalismus u. Sozialismus kritisch-wissenschaftlich und zugleich gut verständlich veröffentlicht wurde.“ (Literarisches Zentralblatt f. Deutschland.)

Antike Wirtschaftsgeschichte. Von Dr. O. Neurath. 2., umgearb. Aufl. (ANuG Bd. 258.) Kart. M. 1.—, geb. M. 1.30

„Die ‚Antike Wirtschaftsgeschichte‘ sei besonders wegen ihrer scharfen, theoretisch höchst lehrreichen Herauslösung einzelner Wirtschaftsformen gerühmt; in kleinstem Rahmen bietet das Büchlein nicht nur geschichtliche Beschreibung, sondern scharfsinnige Deutung und Erklärung der Vorgänge.“ (Lit. Jahresbericht des Dürerbundes.)

Wirtschaftsgeschichte. Vom Ausgang der Antike bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. (Mittlere Wirtschaftsgeschichte.) Von Prof. Dr. H. Sieveking. (ANuG Bd. 577.) Kart. M. 1.—, geb. M. 1.30

Verfolgt die Entwicklung des Wirtschaftslebens vom Ausgang der Antike über Byzanz, die mittelalterliche Agrar- und Stadtwirtschaft und den Merkantilismus bis zur Schwelle der modernen freien Wirtschaft.

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. V. Geh. Oberreg.-R. Prof. Dr. W. Lexis. (Kult. d. Gegenw., hrsg. v. Prof. P. Hinneberg. II, 10, 1.) 2. Aufl. Geb. M. 5.—

„Ein geistvolles Werk, in dem der Verf. seine durch langjährige vielseitige, tiefgründige Studien ausgereifte Stellung zur Volkswirtschaftslehre in glänzender Weise niedergelegt hat.“ (Literarisches Zentralblatt für Deutschland.)

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. G. Jahn. 2. Aufl. (ANuG Bd. 593.) Kart. M. 1.—, geb. M. 1.30

Eine gemeinverständliche und unparteiische mit ausführlichem Literaturverzeichnis versehene Einführung in das Verständnis der Volkswirtschaft, die nach ihren Voraussetzungen, Bedingungen und wesentlichsten Bestandteilen, der Gütererzeugung, des Güterumlaufs und der Güterverwendung, behandelt wird.

Einleitung in die Volkswirtschaftslehre. Geschichte, Theorie und Politik. Von Prof. Dr. A. Sartorius Frhr. v. Waltershausen. Geh. M. 3.20, geb. M. 4.20

Das Buch will dem Bedürfnisse einer Einführung für den im praktischen, wirtschaftlichen oder politischen Leben Stehenden in die Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge entgegenkommen, über den Stand der Wissenschaft orientieren und die Grundlagen und Probleme beleuchten. Es versucht dabei die geschichtliche, theoretische und politische Betrachtungsweise zu einer organischen Einheit der Volkswirtschaftslehre zu verschmelzen. Um die Erörterungen leicht faßbar zu machen, wird immer von einfachen, allgemein verständlichen Voraussetzungen ausgegangen und von ihnen zu einer Vertiefung fortgeschritten.

Wörterbuch der Warenkunde. Von Prof. Dr. M. Pietsch. (Teubners kleine Fachwörterbücher. Bd. 3.) Geb. M. 2.—

Gibt zuverlässige Auskunft über 2000 Rohstoffe, Ersatzstoffe, Halb- u. Ganzerzeugnisse sämtl. Gewerbe u. Industrien nach Ursprung, geogr. Herkunft, Eigenschaften, Verarbeitung u. Verwendung.

Handelswörterbuch. Zugleich fünfsprachiges Wörterbuch zusammengestellt v. V. Armhaus, verpfl. Dolmetscher. Von Handelsschuldir. V. Sittler u. Justizrat Dr. M. Strauß. (Teubn. kl. Fachwörterbücher. Bd. 9.) Geb. M. 2.—

Gibt rasch und zuverlässig Auskunft über die wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Vorgänge und Zusammenhänge im kaufmännischen Berufsleben.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Anfragen ist Rückporto beizufügen

(ANuG 57: Pohle, Deutsches Wirtschaftsleben)

Die angegebenen Preise sind Grundpreise, die z. Zt. (Dezember 1922), den jetzigen Herstellungs- und allgemeinen Unkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 400 (für Schulbücher, mit * bezeichnet, mit 100) zu vervielfältigen sind.

Zeitgemäße Betriebswirtschaft. Von Direktor Dr.-Ing. G. Peiseler. I. Teil: Grundlagen. Geh. M. 2.60, geb. M. 3.60

Das Werk entwickelt ein umfassendes System der deutschen Betriebswirtschaft, indem es von dem wirtschaftlichen Aufbau des Einzelunternehmens (technisches Büro, Einkauf, Fertigung, Vertrieb, Selbstkostenberechnung, Preisbildung) ausgehend, alle grundlegenden Fragen, die unsere heutige Wirtschaft beherrschen, (Verteilung des Ertrages, Wirtschaftsfrieden, Produktionssteigerung, Taylorsystem, verbandsmäßige Preisbildung, Geldwertung, Auslandssteuerungszulage) in ihrem inneren Zusammenhange behandelt.

Mathematik des Geld- und Zahlungsverkehrs. Von Prof. Dr. A. Loewy. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50

Das Werk bietet, ohne höhere mathematische Kenntnisse vorauszusetzen, Belehrung über die finanziellen Berechnungen, die beim Geldverkehr in der Haus- und Volkswirtschaft von Bedeutung sind, z. B. Zins und Diskont, Kontokorrent, Kauf von Wechseln und Wertpapieren, Arbitrage, Amortisationshypotheken, Erbbaurecht, Abschreibungen, tilgbare Anleihen usw.

Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen. Von Prof. Dr. phil. et jur. R. Passow. I. Teil: 3., neu durchges. Aufl. Geh. M. 8.—, geb. M. 10.—. II. Teil: 3. Aufl. [U. d. Pr. 1922.]

I: Allgem. Teil. II: Die Besonderheiten in den Bilanzen d. Aktiengesellsch., Gesellsch. mit beschr. Haftung, Genossenschaften, der bergbau-, Bank-, Versicherungs- u. Eisenbahnunternehmungen, der Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke sowie der staatl. u. komm. Erwerbsbetriebe.

Versicherungswesen. Von Prof. Dr. A. Manes. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage. I: Allgemeine Versicherungslehre. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—. II: Besondere Versicherungslehre. Geh. M. 4.25, geb. M. 5.50

Die Neuauflage berücksichtigt in der Neuausgabe die Wirkungen des Krieges wie des Versailler Vertrages, die Folgen der Geldentwertung, das Sozialisierungsproblem, die Steuergesetze der Nachkriegszeit, die Verbands-Selbstversicherung, die Aufruhversicherung, die Kriegsanzleihe- und Kriegswaisen-Versicherung, die Versicherung Kriegsverletzter, den Reichstarifvertrag der Versicherungsangestellten u. v. a.

Die englische Wirtschaft. Von Prof. Dr. H. Levy. Geh. M. 1.80, geb. M. 2.50
Legt die Gründe des heutigen Volksreichtums Englands dar, unter besonderer Berücksichtigung des modernen Aufschwungs auf sozialem Gebiete.

Die Vereinigten Staaten als Wirtschaftsmacht. Von Prof. Dr. H. Levy. Kart. ca. M. 1.75

Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie. Von Prof. Dr. K. Sapper. [In Vorb. 1922.]

Das Handbuch der „Allgemeinen Wirtschafts- und Verkehrsgeographie“ soll in erster Linie zeigen, wie einerseits die von Gegend zu Gegend verschieden gestalteten Naturbedingungen, andererseits die ebenso verschiedenen Verhältnisse der geistigen Verfassung, der kulturellen wie geschichtlichen Zusammenhänge der Menschen auf die Wirtschaft einwirken.

Europa. Grundzüge der Länderkunde. Band I. Von Prof. Dr. A. Hettner. 2., gänzl. umgearb. Aufl. Mit 4 Tafeln u. 197 Kärtchen i. Text. Geh. ca. M. 13.50, geb. ca. M. 16.—. Band II. Die außereuropäischen Erdteile. [In Vorb.]

Der vorliegende I. Band bietet eine zusammenfassende Darstellung der Länder Europas in ihrer neuen Gestaltung auf wissenschaftlicher, aber gemeinverständlicher Grundlage. Gleichzeitig kommt ihm als Handbuch zum Verständnis des heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens für die Allgemeinheit eine außerordentliche Bedeutung zu.

Geographisches Wörterbuch. I. Allg. Erdkunde. Von Prof. Dr. O. Kende. Mit 81 Abb. (Teubners kleine Fachwörterbücher Bd. 8.) Geb. M. 2.—

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Anfragen ist Rückporto beizufügen

Die angegebenen Preise
sind Grundpreise, die gegenwärtig (November 1922), den jetzigen Herstellungs- und
allgemeinen Umkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 100 zu vervielfältigten sind.

Teubners kleine Fachwörterbücher

geben rasch und zuverlässig Auskunft auf jedem Spezialgebiete und lassen sich je nach den Interessen und den Mitteln des einzelnen nach und nach zu einer Enzyklopädie aller Wissenszweige erweitern.

„Mit diesen kleinen Fachwörterbüchern hat der Verlag Teubner wieder einen sehr glücklichen Griff getan. Sie stehen tatsächlich für ihre Sondergebiete ein Konversationslexikon und werden gewiß großen Anlang finden.“ (Die Werte.)

„Wer ist jetzt in der Lage, teure Nachschlagebücher zu kaufen? Wie viele aus den Reihen der Volkshochschulbesucher verlangen nach Handreichungen, die das Studium der Natur- und Geisteswissenschaften ermöglichen. Die Erklärungen sind sachlich zutreffend und so kurz als möglich gegeben, das Sprachliche ist gründlich erfaßt, das Wesentliche berücksichtigt. Die Bücher sind eine glückliche Ergänzung der Bändchen „Aus Natur und Geisteswelt“ des gleichen Verlags. Selbstverständlich ist dem neuesten Stande der Wissenschaft Rechnung getragen.“ (Pädagog. Arbeitsgemeinschaft.)

„Diese handlichen Nachschlagebücher bieten nach Form und Inhalt Vorzügliches und werden sich, wie zu erwarten steht, in unseren Volksbüchereien schnell einbürgern.“

(Blätter für Volksbibliotheken.)

Bisher erschienen:

- Philosophisches Wörterbuch.** 3. Aufl. V. Studienrat Dr. P. Thormeyer. (Bd. 4.) M. 4.—
- Psychologisches Wörterbuch** von Dr. Fritz Giese. Mit 60 Fig. (Bd. 7.) M. 3.50
- Wörterbuch zur deutschen Literatur** von Studienrat Dr. H. Köhl. (Bd. 14.) M. 4.—
- ***Musikalisches Wörterbuch** von Privatdoz. Dr. J. H. Moser. (Bd. 12.)
- ***Wörterbuch zur Kunstgeschichte** von Dr. H. Vollmer.
- Physikalisches Wörterbuch** von Prof. Dr. G. Berndt. Mit 81 Fig. (Bd. 5.) M. 4.—
- ***Chemisches Wörterbuch** von Privatdozent Dr. H. Kemf. (Bd. 10.)
- ***Astronomisches Wörterbuch** v. Observator Dr. H. Naumann. (Bd. 11.)
- Geologisch-mineralogisches Wörterbuch** von Dr. C. W. Schmidt. Mit 211 Abb. (Bd. 6.) M. 4.—
- Geographisches Wörterbuch** von Prof. Dr. O. Kende. I. Allgem. Erdkunde. Mit 81 Abb. (Bd. 8.) M. 4.— *II. Wörterbuch der Länder- und Wirtschaftskunde. (Bd. 13.)
- Zoologisches Wörterbuch** von Dir. Dr. Th. Knottnerus-Meyer. (Bd. 2.) M. 3.50
- Botanisches Wörterbuch** von Dr. O. Gerke. Mit 109 Abb. (Bd. 1.) M. 3.50
- Wörterbuch der Warenkunde** von Prof. Dr. M. Pietsch. (Bd. 3.) M. 4.—
- Handelswörterbuch** von Handelschuldir. Dr. V. Sittel u. Justizrat Dr. M. Strauß. Zugleich fünfsprachiges Wörterbuch, zusammengestellt von V. Armhaus, verpfl. Dolmetscher. (Bd. 9.) M. 4.—

* in Vorbereitung bzw. unter der Presse (1922)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die angegebenen Preise
sind Grundpreise, die gegenwärtig (November 1922), den jetzigen Herstellungs- und allgemeinen Unkosten entsprechend, mit der Teuerungsziffer 100 (für Schulbücher, mit * bezeichnet, mit 70) zu vervielfältigten sind.

Das dichterische Kunstwerk

Grundbegriffe der Urteilsbildung in der Literaturgeschichte.
Von Prof. Dr. E. Ermatinger. M. s., geb. M. 11.70, in Halbjhr. M. 14.-

Das vorliegende Buch will die Grundbegriffe literaturgeschichtlicher Urteilsbildung bestimmen, es sucht den Begriff des Erlebnisses aufzuhellen, so eine Bestimmung des literarischen, epischen, dramatischen Stiles zu geben und enthält eine Fülle neuer Einsichten über den künstlerischen Prozeß und das Dichtwert.

Volk und Vaterland

Schaffen und Schauen. Bd. 1. 4. Aufl. Geb. M. 15.-

Auch in 2 Teilbänden erhältlich. I. M. 9.-. II. M. 8.-

„Diese Art staatsbürgerlicher Bildung erscheint als der wirkungsvollste Weg zur Erhebung vom bloßen Nationalgefühl zum Nationalbewußtsein.“ (Tägliche Rundschau.)

Des Menschen Sein und Werden

Schaffen und Schauen. Bd. 2. 3. Aufl. Geb. M. 12.-

Auch in 2 Teilbänden erhältlich. I. M. 6.-. II. M. 8.-

Führt in die tieferen Zusammenhänge der deutschen geistigen Welt der Gegenwart ein, - Werden, Wesen und Aufgaben unserer Kultur, wie ihre Voraussetzungen im Leiblichen und geistigen Dasein des Menschen aufzeigend und zur vertiefteren Lebensführung anleitend.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre Geschichte, Theorie und Politik

V. Prof. Dr. A. Sartorius Schr. v. Waltershausen. M. 6.40, geb. M. 8.40

Das Buch will dem Bedürfnisse einer Einführung für den in praktischen, wirtschaftlichen oder politischen Leben Stehenden in die Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge entgegenkommen, über den Stand der Volkswirtschaft orientieren und die Grundlagen und Probleme beleuchten.

Die bewegenden Kräfte in der deutschen Volksgeschichte Ein Beitrag zur politischen Soziologie

Von Legationsrat z. D. Prof. Dr. E. Brinmann. Kart. M. 2.40

Das Buch will der so notwendigen geschichtlich politischen Bildung unseres Volkes dienen, ihr die Ergebnisse der bisherigen Forschung nutzbar machen, indem es einen Überblick über die Hauptperioden der deutschen Volksgeschichte von der Entstehung germanischer Staaten bis zum Ausgange des Weltkrieges gibt und die in ihr wirkenden Kräfte aufzeigt.

Die antike Kultur

in ihren Hauptzügen dargestellt von Oberstudiendirektor Prof. Dr. J. Boland, Direktor Prof. Dr. E. Reisinger und Oberstudiendirektor Prof. Dr. R. Wagner.

Mit 118 Abbildungen im Text, 6 ein- und mehrfarbigen Tafeln und 2 Plänen.
Geb. M. 13.40, in Halbpergament mit Goldoberschnitt M. 23.-

Bietet ein Gesamtbild der Antike als der sich in überreicher Entfaltung ausbreitenden Lebensgestaltung griechisch-römischen Westes in Staat und Wirtschaft, in Wissenschaft und Kunst, Philosophie und Religion, Leben und Treiben.

Weltanschauung

Ein Führer für Suchende

Von Oberstudiendirektor Dr. H. Richert. Geb. M. 2.50, geb. M. 4.-

Ein Einblick in Urgrund, Gestaltungen, Methoden und Typen der philosophischen Weltanschauungsformen und Wertmaßstäbe als Wegweiser zur Gewinnung eigener Weltanschauung.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Anfragen ist Rückporto beizufügen